

Universität Duisburg-Essen
Fachbereich Gesellschaftswissenschaften: Politikwissenschaft
Schriftliche Magisterarbeit zur Erlangung des Grades Magistra Artium
Vorgelegt am: 01.09.2008
Betreuender Gutachter: Prof. Dr. Dirk Messner
Zweiter Gutachter: Prof. Dr. Othmar Nikola Haberl

„Analyse von Machtkonzepten in den internationalen
Beziehungen. Anwendung auf das Fallbeispiel Indien.“

Astrid Christiane Müller
Matr.-Nr.: ES0127928300
15. Fachsemester Praktische Sozialwissenschaft
13. Fachsemester Kommunikationswissenschaft

Adresse: Am Propsthof 152, 53121 Bonn,
E-Mail: astrid.mueller@uni-essen.de,
Telefon: 0228-6205842

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
1 Staatliche Machtkonzepte in den Internationalen Beziehungen	4
1.1 Das staatliche Machtkonzept des Realismus	6
1.1.1 Das internationale System und die Rolle der staatlichen Macht: Eine Sichtweise des Realismus	6
1.1.2 Im Notfall Gewalt: Das staatliche Machtkonzept des Realismus	11
1.2 Das staatliche Machtkonzept des Liberalismus.....	13
1.2.1 Das internationale System und die Rolle der staatlichen Macht: Eine Sichtweise des Liberalismus.....	13
1.2.2 Steuerung durch Konsens: Das staatliche Machtkonzept aus einer liberalen Sicht.....	22
1.3 Zusammenfassung.....	25
2 Warum das Machtkonzept Indiens wichtig ist	27
2.1 Indien, die neue Großmacht	27
2.1.1 Indiens wirtschaftlicher Aufstieg	28
2.1.2 Indiens neue Machtmöglichkeiten	29
2.2 Die Machtkonzepte der Großmächte und ihre Bedeutung für das internationale System	30
2.2.1 Die neue Machtkonstellation des internationalen Systems.....	31
2.2.2 Eine Bewertung aus der Perspektive des Realismus	32
2.2.3 Eine Bewertung aus der Perspektive des Liberalismus.....	35
3 Analyse des indischen Machtkonzepts	39
3.1 Einzelanalysen	42
3.1.1 Außenpolitische Positionierung Indiens nach der Unabhängigkeit.....	43
3.1.2 Indien und die Atombombe	45
3.1.3 Indien in seiner Region	52
3.1.4 Indien und die Weltmächte China und USA	66
3.1.5 Indien in den zentralen Weltorganisationen.....	80
3.2 Zusammenfassung der Ergebnisse.....	89
3.2.1 Indische Außenpolitik während des Kalten Krieges.....	90
3.2.2 Indische Außenpolitik nach dem Kalten Krieg	93
Schluss	98
Literaturverzeichnis.....	102

Einleitung

„Die Anfang des 21. Jahrhunderts quasi-unilateral geprägte Weltordnung wird voraussichtlich nur von kurzer Dauer sein. Der Aufstieg Chinas und Indiens führt bis spätestens 2020 zu einer multipolaren Machtkonstellation, deren zentrale Pole die USA, China und Indien sein werden.“¹

Vor dem Hintergrund dieser Annahme setzt sich die vorliegende Arbeit mit dem in den Internationalen Beziehungen (IB)² lange unbeachteten Thema Indien auseinander. Als eine der drei zukünftigen Weltmächte³ wird Indien für die Gestaltung des internationalen Systems von grundlegender Bedeutung sein. Es liegt daher nahe zu fragen, mit welchem außenpolitischen Akteur man es eigentlich zu tun hat. Im Rahmen dieser Arbeit geht es speziell um die Frage, auf welche Weise Indien Macht einsetzt, um Einfluss auszuüben und seine Ziele zu erreichen. Anzunehmen ist, dass die Außenpolitik Indiens angesichts des indischen Aufstiegs zur Weltmacht vor großen Veränderungs- und Anpassungsprozessen steht. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass zukünftige Entscheidungen immer auch im Zusammenhang stehen mit den Entscheidungen und Erfahrungen der Vergangenheit. Das Ziel der Arbeit ist deshalb, Traditionen, Trends und Wandlungsprozesse des indischen Machtkonzepts seit Erreichung der Unabhängigkeit 1947⁴ bis heute aufzuzeigen, um Indien als außenpolitischen Akteur besser einschätzen zu können.

Bei der Analyse des indischen Machtkonzeptes geht es nicht um ein Machtkonzept, das die indische Regierung möglicherweise ausgearbeitet und nach außen hin kommuniziert hat. Vielmehr soll hier von außen auf die Außenpolitik Indiens geschaut werden. Von dort aus wird gefragt, welches Machtverständnis dem außenpolitischen Prozess zugrunde liegt.

Das Machtkonzept Indiens kann jedoch nicht allein durch die Betrachtung empirischer Fakten ermittelt werden. Zunächst gilt es, den Machtbegriff theoretisch zu bestimmen und ihn so zu konkretisieren, dass er einer Analyse der indischen Außenpolitik zugänglich gemacht werden kann.

In der Politikwissenschaft wird für gewöhnlich zwischen zwei Machtkonzepten unterschieden:⁵ Zum einen wird Macht handlungstheoretisch definiert. Die heute wohl geläufigste Definition eines handlungstheoretischen Machtbegriffs stammt von Max Weber: „Macht bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen

¹ Messner, 2006, S. 49.

² Wenn im Folgenden das Kürzel IB gebraucht wird, dann ist die akademische Disziplin gemeint. Ist vom Untersuchungsgegenstand der IB die Rede, wird die Schreibweise internationale Beziehungen verwendet.

³ Diese These soll im Kapitel 2.1 noch einmal ausführlicher dargelegt und begründet werden.

⁴ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, 1997, S. 28.

⁵ Vgl. Lenz/Ruchlak, 2001, S. 132.

Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht.“⁶

Der Machtbegriff kann aber auch strukturalistisch definiert werden. Macht manifestiert sich demzufolge in gesellschaftlichen Strukturen, ohne dass dabei ein machtausübender Akteur zu identifizieren wäre.⁷

Da es im Rahmen der vorliegenden Arbeit jedoch um die möglichen Machtkonzepte eines einzelnen Staates geht, der Macht einsetzt, um konkrete Ziele zu verfolgen, ist hier der handlungstheoretische Machtbegriff relevant. Dieser erweist sich bei näherer Betrachtung als schwer eingrenzbar. Bereits Weber hat den Machtbegriff als „amorph“⁸ bezeichnet: „Alle denkbaren Qualitäten eines Menschen und alle denkbaren Konstellationen können jemanden in die Lage versetzen, einen Willen in einer gegebenen Situation durchzusetzen.“⁹

Macht ist ein Grundbegriff der IB.¹⁰ Dennoch besteht kein allgemein anerkanntes und fest umrissenes Machtkonzept. Schließlich wird die Macht von Staaten im internationalen System nicht nur unterschiedlich bewertet, sondern auch von höchst unterschiedlichen Perspektiven aus entwickelt. Unter dem Dach der IB gibt es eine Vielzahl verschiedener Weltbilder.¹¹ Aus der Perspektive des jeweiligen Weltbildes stellt sich der Machtbegriff unterschiedlich dar, und so gehen die Ansichten darüber, wie Staaten ihre außenpolitischen Ziele erreichen können, weit auseinander.

Im ersten Teil der vorliegenden Arbeit werden deshalb zunächst zwei zentrale Theorieperspektiven der IB vorgestellt. Es wird gefragt, wie die Bedingungen internationaler Politik von dort aus beschrieben werden und welche Rolle dabei staatliche Macht einnimmt. Anschließend soll jeweils ein Machtkonzept abgeleitet werden, das beschreibt, auf welche Weise Staaten effektiv Macht ausüben können.

Im zweiten Teil der Arbeit geht es darum aufzuzeigen, warum es für die Zukunft internationaler Politik entscheidend sein kann, wie Indien sich gegenüber den beiden theoretischen Machtkonzepten positioniert.

Im dritten und umfangreichsten Teil der Arbeit soll die Positionierung Indiens schließlich empirisch ermittelt werden. Es geht dabei nicht um eine punktuelle Momentaufnahme, sondern darum, Indiens außenpolitisches Machtkonzept in seinem historischen Verlauf zu erfassen und somit möglicherweise richtungweisende

⁶ Weber, 1980 [1921], S. 28.

⁷ als Beispiel für einen strukturellen Machtbegriff in den IB kann auf das Konzept der strukturellen Gewalt von Johan Galtung verwiesen werden (vgl. Albrecht/Hummel, 1990, S. 98).

⁸ Weber, 1980 [1921], S. 28.

⁹ Weber, 1980 [1921], S. 28 f.

¹⁰ Vgl. Albrecht, 1999, S. 49.

¹¹ Mit „Weltbildern“ sind hier die Großtheorien der IB gemeint. Verwendet wird der Begriff in diesem Zusammenhang u. a. in Krell, 2004, S. 34 ff.

Traditionen und Trends aufzuzeigen. Zu diesem Zweck werden Kriterien bestimmt, die eine Zuordnung zu den theoretischen Machtkonzepten ermöglichen und auf verschiedenen Ebenen zur Beurteilung der indischen Außenpolitik angewendet werden. Abschließend werden die Ergebnisse zusammengefasst und bewertet.

1 Staatliche Machtkonzepte in den Internationalen Beziehungen

In diesem Kapitel geht es darum, zwei für die IB zentrale Theorieperspektiven zu bestimmen und von dort aus jeweils ein Machtkonzept abzuleiten.

Die Theorielandschaft der IB befindet sich in einem Zustand ständiger Ausdifferenzierung und ist deshalb kaum noch überschaubar.¹² Sie lässt sich jedoch strukturieren, indem die zahlreichen Ansätze unterschiedlichen Großtheorien/Theorieschulen zugeordnet werden. Wenngleich sich die Großtheorien durch zunehmende Heterogenität auszeichnen und die Grenzen zwischen ihnen oft fließend sind,¹³ können sie hinsichtlich ihrer Grundannahmen voneinander unterschieden werden. Das betrifft sowohl die Annahmen bezüglich der zentralen Antriebsmomente internationaler Politik und der damit verbundenen Probleme und Entwicklungsperspektiven als auch die Auswahl der zu berücksichtigenden Akteure, ihrer Ziele und Präferenzen sowie die Qualität und Struktur ihres Handlungsumfeldes.¹⁴

In der Literatur finden sich verschiedene Einteilungen und Klassifizierungen der Großtheorien. Möglich ist zum Beispiel eine Orientierung an den drei großen klassischen politischen Theorietraditionen der Moderne. Im Ergebnis können dabei folgende Großtheorien der IB unterschieden werden: der Realismus (in der Terminologie klassischer politischer Theorietraditionen: Konservatismus), der Liberalismus (nach Krell unterschieden in neue liberale Theorie und Institutionalismus¹⁵) und die gesellschaftskritischen Ansätze. Eine Reihe von Autoren, zum Beispiel Behrens, Krell und Kümmel,¹⁶ orientieren sich an dieser Einteilung der Großtheorien.¹⁷

Im Zentrum der IB-Debatte standen bislang jedoch vor allem der Realismus und der Liberalismus.¹⁸ Sie sollen deshalb zur Grundlage der folgenden Arbeit gemacht werden. Um jeweils ein in sich schlüssiges Weltbild darzustellen, wird das Problem der theorieinternen Heterogenität ausgeblendet. Die beiden Theoriekapitel greifen deshalb

¹² Vgl. Spindler/Schieder, 2006, S. 9.

¹³ Vgl. Wagner, 2005a, S. 21.

¹⁴ Großtheorien können sich auch hinsichtlich ihrer erkenntnistheoretischen und methodologischen Grundlagen unterscheiden. Wenngleich wissenschaftstheoretische Debatten in den Internationalen Beziehungen geführt wurden (so z. B. zwischen „Traditionalismus“ und „Szientismus“ in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts), stehen sie jedoch nicht im Zentrum der inhaltlichen Auseinandersetzungen. Im Rahmen der Arbeit finden sie deshalb keine Berücksichtigung (vgl. Krell 2004a, S. 58-62 sowie Krell 2004b, S. 34f.).

¹⁵ Vgl. Krell, 2004a, S. 58-84.

¹⁶ Vgl. Behrens, 2004, S. 103-124; Kümmel, 1999, S. 157-192; Krell, 2004a, S. 58-84.

¹⁷ Weitere Theorieansätze ergeben sich z. B. durch jüngere Entwicklungen wie dem Feminismus, den Konstruktivismus und politisch-psychologische Theorien.

¹⁸ Vgl. Kegley, 1995, S. 1.

nur einige zentrale Kerngedanken und Einzelaspekte der jeweiligen Theorieschule auf. Die Gesamtheit theorieinterner Ausdifferenzierungen und Weiterentwicklungen muss jedoch weitgehend unberücksichtigt bleiben. Dargestellt wird deshalb nicht *die* Perspektive des Liberalismus und des Realismus, sondern *eine* mögliche Perspektive der jeweiligen Theorieschule.

Liberaler Kerngedanken spielten bereits in den idealistischen Anfängen (1919)¹⁹ der IB eine zentrale Rolle. Doch die politischen Entwicklungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (das Scheitern des Völkerbundes, die Weltwirtschaftskrise, der Stalinismus, die Barbarei Nazi-Deutschlands und der Zweite Weltkrieg) passten nicht zum normativen Anspruch und zum optimistischen Fortschrittsglauben²⁰ idealistisch-liberaler Ansätze. Sie wurden als utopisch und kontraproduktiv abgetan²¹ und durch den Realismus verdrängt.²² Seit den 1950er Jahren gilt der Realismus als das dominierende Paradigma der IB,²³ wenngleich er zumindest in der deutschen Theoriedebatte überwiegend kritisch gesehen wird.²⁴ Vor dem Hintergrund der Entspannungspolitik im Kontext der Ost-West-Beziehungen und der Erfahrung weltwirtschaftlicher Krisenerscheinungen und Konflikte²⁵ bildeten sich in den 1970er Jahren neue liberale Ansätze heraus, die mit dem Ende des Kalten Krieges in den 90er Jahren eine Renaissance erlebten.²⁶

Der Machtdiskurs innerhalb der IB ist klar vom Machtverständnis des Realismus geprägt.²⁷ Liberale Ansätze ermöglichen es jedoch, den Machtbegriff des Realismus kritisch zu hinterfragen und ihm einen Alternativbegriff entgegenzustellen, der die zunehmenden Interdependenzen und vielfältigen Globalisierungs- und Demokratisierungsprozesse berücksichtigt.

¹⁹ Vgl. Zürn, 1994, S. 309; Czempiel, 2004b, S. 3.

²⁰ Vgl. Schieder, 2006, S. 176.

²¹ Vgl. Jacobs, 2006, S. 40 ff.

²² Vgl. Krell, 2004b, S. 146 ff.

²³ Vgl. Baldwin, 2002, S. 182 sowie Krell, 2004b, S. 174.

²⁴ Vgl. Krell, 2004b, S. 166 sowie Hummel, 2005, S. 132.

²⁵ Hier sind vor allem der Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton-Woods und die erste Ölkrise 1973 zu nennen (Spindler, 2006, S. 94 f.).

²⁶ Vgl. Schieder, 2006, S. 175.

²⁷ Vgl. Albrecht/Hummel, 1990, S. 95 sowie Nolte, 2006, S. 10.

1.1 Das staatliche Machtkonzept des Realismus

1.1.1 Das internationale System und die Rolle der staatlichen Macht: Eine Sichtweise des Realismus

Der folgende Abschnitt erläutert, wie sich das internationale System aus einer Perspektive des Realismus darstellt. Grundlage dafür sind vor allem die Arbeiten der Autoren Morgenthau und Waltz.

Das internationale System

Das für die internationalen Akteure wichtigste und folgenreichste Merkmal des internationalen Systems ist die Anarchie. Das bedeutet, dass es keine übergeordnete Zentralgewalt gibt, die regulierend und ordnend eingreifen kann, um dem Machtkampf der Staaten Einhalt zu gebieten.

Hans Morgenthau, der bekannteste und bedeutendste Vertreter des klassischen Realismus, geht davon aus, dass Staaten per se nach Macht streben. Den Ursprung für die Machtbezogenheit von Politik sieht Morgenthau in der Natur des Menschen begründet, dem er einen natürlichen, biologisch determinierten Machttrieb unterstellt. Auch das Machtstreben von Nationen führt er auf den *animus dominandi*, die Lust, andere zu beherrschen, zurück.²⁸ Er argumentiert, dass die Individuen der modernen Gesellschaft ihren Machttrieb auf die Außenpolitik projizieren, da sie ihn innerhalb des verregelten Gemeinwesens ihrer Nation nicht mehr hinreichend befriedigen können. Im internationalen System sind dem Streben nach Macht hingegen keine strukturellen Grenzen gesetzt.²⁹ Durch die Identifizierung mit ihrer Nation nehmen die Individuen die außenpolitische Macht als die eigene wahr. Tatsächlich sind es nach Morgenthau jedoch die Staatsmänner, die außenpolitisch Macht ausüben.³⁰ Sie folgen dabei dem im Sinne von Macht verstandenen nationalen Interesse,³¹ denn „[...] whenever they strive to realize their goals by means of international politics, they do so by striving for power.“³² Macht ist somit bestimmender Selbstzweck politischen Handelns.³³

Der ständige Machtkampf der Staaten im anarchischen Umfeld der internationalen Politik führt zwangsläufig dazu, dass die Gefahr von Krieg stets präsent ist.³⁴ Innenpolitische Problemlösungen sind dem grundlegenden Interesse der außenpolitischen

²⁸ Vgl. Krell, 2004b, S. 153 f.

²⁹ Vgl. Siedschlag, 1997, S. 53.

³⁰ Vgl. Morgenthau, 2006 [1948], S. 113 ff.

³¹ Vgl. Morgenthau, 2006 [1948], S. 5.

³² Morgenthau: 2005 [1948], S. 29.

³³ Vgl. Siedschlag, 1997, S. 93.

³⁴ Vgl. Morgenthau, 2006 [1948], S. 333.

Machtbehauptung unterzuordnen.³⁵ Es gilt das Primat der Außen- und Sicherheitspolitik. Stabilität und Friede können für Morgenthau nur dadurch erreicht werden, dass die Macht einzelner Staaten durch Gegenmachtbildung (*Balance of Power*) anderer Staaten eingeschränkt wird. Das Streben nach abstrakten Idealen dient hingegen nicht der Stabilität und dem Frieden. Sie können diese sogar gefährden, denn Völkerrecht, Moral, internationale Organisationen und Abrüstung vermögen dem Machtstreben nichts entgegenzusetzen.³⁶ Hartmann fasst die Idee der *Balance of Power* wie folgt zusammen: „Die Bereitschaft zum Krieg verhindert den Krieg am besten.“³⁷ Militärische Stärke wird für Morgenthau somit zum wichtigsten materiellen Faktor politischer Macht in den internationalen Beziehungen: „In international politics in particular, armed strength as a threat or a potentiality is the most important material factor making for the political power of a nation. If it becomes an actuality in war, it signifies the substitution of military for political power.“³⁸

Kenneth Waltz, der mit seinem 1979 veröffentlichten Buch *Theory of International Politics* als Begründer und darüber hinaus als einflussreichster Vertreter der neorealistischen Schule gilt, widerspricht dem anthropologischen Ansatz Morgenthaus. Anstatt Morgenthaus induktiver Argumentation zu folgen, geht Waltz strikt deduktiv vor, indem er das Machtstreben der Staaten nicht anthropologisch, sondern strukturalistisch³⁹ erklärt. Demnach ist die entscheidende Ursache für Konflikte und Kriege in der Struktur des internationalen Systems selbst zu verorten.⁴⁰ Die Struktur eines Systems ist der Zugang zum Verständnis des Ganzen.⁴¹ Das internationale System besteht aus Einheiten (*units*), den Staaten. Diese interagieren miteinander und unterliegen dabei den Bedingungen der Systemstruktur.⁴² Das heißt zwar nicht, dass die Staaten nicht auch gelegentlich gegen die Systemlogik verstoßen. Der Neorealismus geht jedoch davon aus, dass ein solches Verhalten schnell zu negativen Konsequenzen für den Staat führt, im Extremfall auch zu seinem eigenen Untergang.⁴³ Nach Waltz sind es drei Elemente, die im Vergleich zu dem System Staat zur Bestimmung der politischen Struktur des internationalen Systems herangezogen werden: das Ordnungsprinzip (*ordering principle*), die Eigenschaften der Akteure

³⁵ Vgl. Zürn, 1994, S. 311.

³⁶ Vgl. Masala, 2005, S. 27 f.

³⁷ Hartmann, 2001, S. 25.

³⁸ Morgenthau, 2006 [1948], S. 31.

³⁹ Waltz erklärt das Machtstreben der Staaten strukturalistisch. Damit ist jedoch nicht ein strukturalistischer Machtbegriff gemeint, auf den in der Einleitung (in Abgrenzung zum handlungstheoretischen Machtbegriff) hingewiesen wurde.

⁴⁰ Vgl. Rüländ, 2004, S. 329; Neuss, 2005, S. 480 ff.

⁴¹ Vgl. Waltz, 2006 [1979], S. 78 f., Masala, 2005, S. 41.

⁴² Vgl. Krell, 2004b, S. 162 f.

⁴³ Vgl. Baumann/Rittberger/Wagner, 1998, S. 4.

(*qualities*) und die Machtverteilung zwischen den Einheiten (*distribution of capabilities*).⁴⁴

Das *Ordnungsprinzip* des internationalen Systems definiert Waltz in Anknüpfung an Morgenthau als Anarchie. Obgleich es keine anthropologische Festlegung gibt, die einen Staat per se danach streben lässt, seinen Herrschaftsbereich auszuweiten und Macht zu expandieren, kann ein solch aggressives Verhalten nie ausgeschlossen werden. Für die einzelnen Staaten, die *units*, bedeutet das, dem fortwährenden Risiko der Gewalt ausgesetzt zu sein. „Among states, the state of nature is a state of war. [...] war may at any time break out.“⁴⁵ Auch in hierarchisch strukturierten Systemen staatlich verfasster Gesellschaften besteht ein Gewaltisiko. Der Unterschied ergibt sich aus der Form des Umgangs mit dem Risiko. Im Gegensatz zu staatlich verfassten Gesellschaften ist das internationale System ein Selbsthilfesystem. Wenn Staaten überleben wollen, müssen sie sich selbst helfen. Sie sind auf sich selbst zurückgeworfen und somit auf die eigene Handlungsfähigkeit angewiesen. Staaten müssen deshalb ihre Autonomie sichern und dürfen sich nicht durch andere Staaten und internationale Organisationen einschränken lassen.⁴⁶

Der Zustand der Anarchie sorgt dafür, dass die zentralen *Eigenschaften der Staaten* im internationalen System funktional nicht differenziert sind. Sie müssen sich vorrangig auf *high politics*,⁴⁷ das heißt auf Sicherheitspolitik, konzentrieren.⁴⁸

Die *Machtverteilung* innerhalb des internationalen Systems führt dazu, dass sich die Staaten hinsichtlich ihrer relativen Fähigkeiten, für die eigene Sicherheit zu sorgen, unterscheiden.⁴⁹ Ist ein Staat dazu nicht in der Lage, muss er *bandwaggoning* betreiben und sich dem Machtüberlegenen anschließen. Da jedoch das primäre Interesse von Staaten darin liegt, ihre Position im internationalen System beizubehalten, sind sie – wenn es ihre relative Machtposition zulässt – bestrebt, selbst für ihre Sicherheit zu sorgen. Sie können dazu ihre interne Macht und/oder ihre externe Macht steigern. *Interne Machtsteigerung* kann zum Beispiel durch Aufrüstung, Stärkung der Volkswirtschaften oder strategische Verbesserungen erfolgen. Demgegenüber bedeutet *externe Machtsteigerung* vor allem, Allianzen zu bilden oder externe Territorien zu erobern.⁵⁰ Diese Machtsteigerung führt zur Verunsicherung der Gegenseite, die sich, um der potentiellen Bedrohung entgegenzuwirken, erneut um

⁴⁴ Vgl. Waltz, 2006 [1979], S. 89 ff. sowie Schörnig, 2006, S. 73.

⁴⁵ Waltz, 2006 [1979], S. 102.

⁴⁶ Vgl. Baumann/Rittberger/Wagner, 1998, S. 5.

⁴⁷ Vgl. Schörnig, 2006, S. 68.

⁴⁸ Vgl. Krell, 2004b, S. 162.

⁴⁹ Vgl. Siedschlag, 1997, S. 96.

⁵⁰ Vgl. Masala, 2005, S. 57.

einen relativen Machtvorsprung bemüht. Dieses *Sicherheitsdilemma*⁵¹, in dem sich jeder Staat im internationalen System befindet, führt quasi-automatisch zu ständigen Macht- und Gegenmachtbildungen im internationalen System.⁵² Die *Balance of Power* ist hier also nicht zwangsläufig das Ergebnis eines bewussten und willentlichen Arrangements einzelner Akteure, wie er bei Morgenthau beschrieben wird, sondern ergibt sich aus der Notwendigkeit eines jeden Staates, für den eigenen Schutz zu sorgen. Sie ist daher ein geradezu emergentes Phänomen, das aus den Strukturbedingungen des internationalen Systems hervorgeht.

Zwischenstaatliche Kooperationen, die über zeitlich beschränkte Allianzen zur Gegenmachtbildung hinausgehen, sind aufgrund der strukturellen Begrenzung durch das internationale System nicht möglich. Weiterreichende Zusammenarbeit zur Steigerung des gemeinsamen Wohlstands werden Staaten aufgrund der Gefahr potentieller Abhängigkeiten nicht eingehen. Dies ist mit dem Streben nach Sicherheit nicht vereinbar. Kooperationen können in einer anarchischen Umwelt nicht verbindlich abgesichert werden. Staaten müssen deshalb stets damit rechnen, dass sich potentielle Kooperationspartner nicht an die getroffenen Vereinbarungen halten.⁵³ Schließlich können Kooperationen die eigene Machtposition trotz eigener absoluter Kooperationsgewinne gegenüber der Machtposition des Kooperationspartners schwächen.⁵⁴ Weil nicht erwartbar ist, dass die Kooperationsgewinne für alle Teilnehmer stets gleich ausfallen und nicht alle Staaten einer Kooperation zu den relativen Gewinnern der Kooperation gehören können, ist Kooperation unwahrscheinlich.⁵⁵

Lediglich Hegemonialmächte, die einen Teil der Kosten sowie militärische Schutzfunktionen übernehmen, können Kooperation und funktionale Differenzierung durchsetzen, um die gemeinsame Wohlfahrt zu steigern.⁵⁶

Das Potential der Staaten, gestaltend auf das internationale System einzuwirken, ist relativ gering. Waltz unterscheidet in diesem Zusammenhang zwischen einer *Änderung* und einer *Transformation*. Eine Änderung des internationalen Systems liegt dann vor, wenn Staaten auf die Verteilung der Machtmittel und damit auf die Polarität des Systems Einfluss nehmen. Eine Transformation vollzieht sich jedoch nur, wenn die Anarchie des Systems überwunden wird. Waltz hält das für derart unwahrscheinlich,

⁵¹ Der Begriff des Sicherheitsdilemmas ist auf John Herz zurückzuführen (vgl. Krell, 2004b, S. 156 ff.).

⁵² Vgl. Krell, 2004b, S. 162 f. sowie Masala, 2005, S. 59.

⁵³ Vgl. Schörnig, 2006, S. 77.

⁵⁴ Vgl. Krell, 2004b, S. 165 f.

⁵⁵ Vgl. Reinicke, 1998, S. 61.

⁵⁶ Vgl. Neuss, 2005, S. 482.

dass er die Anarchie und den aus ihr resultierenden Selbsthilfecharakter zu *überzeitlich* konstanten Merkmalen erklärt.⁵⁷

Die Rolle der staatlichen Macht

Der Realismus stellte den Machtbegriff erstmals als konstituierendes Element ins Zentrum seiner Theorie der IB und distanzierte sich damit explizit von den idealistischen Anfängen der Disziplin.⁵⁸

Ob anthropologisch oder strukturell bedingt: Staaten streben nach Macht, denn nur sie kann die maximale Sicherheit für einen Staat gewährleisten: „Auf meine Waffe ist der größte Verlass, auf meine Verbündeten schon weniger, doch für das moralische Verhalten meines Rivalen – dass er Verträge ehrt und Versprechen einhält – gibt es absolut keine Garantie außer meine eigene Gewaltfähigkeit.“⁵⁹

Das internationale System wird dabei einzig und allein durch die Macht der Staaten strukturiert. Waltz erkennt zwar an, dass diese nicht die einzigen Akteure internationaler Politik sind, doch andere Akteure wie transnationale Konzerne oder internationale Institutionen sind für ihn zu vernachlässigen:

*„States are never and ever have been the only actors. But then structures are defined not by all of the actors that flourish within them but by the major ones. [...] States are the units whose interactions form the structure of international-political systems.“*⁶⁰

Das Weltbild des Realismus wird deshalb häufig als Staatenweltmodell dargestellt, in dem sich die Protagonisten antagonistisch gegenüberstehen.

Eine wichtige Rolle kommt im Staatenweltmodell den Großmächten zu. Da sie über eine große Bandbreite an Machtmitteln verfügen, ist Macht für sie fungibel. Das bedeutet, dass die Macht von problemübergreifender funktionaler Effektivität ist.⁶¹ Die Großmächte sind die Pole des internationalen Systems, um die sich die Koalitionen und Allianzen bilden.⁶² Die Anzahl der Großmächte bestimmt die Polarität des internationalen Systems. Drei konkrete Formen der Polarität sind denkbar: Unipolarität (es existiert ein besonders mächtiger Staat, der Hegemon), Bipolarität (es existieren zwei besonders mächtige Staaten) und Multipolarität (es existieren mehr als zwei besonders mächtige Staaten).⁶³ Die Polarität des internationalen Systems ist für die Stabilität und die Gewichtung der relativen Machtposition der Staaten insgesamt

⁵⁷ Vgl. Schörnig, 2006, S. 77 f.

⁵⁸ Vgl. Zürn, 1994, S. 309.

⁵⁹ Joffe, 2005, S. 830.

⁶⁰ Waltz, 2006 [1979], S. 93 sowie S. 95.

⁶¹ Vgl. Siedschlag, 1997, S. 122.

⁶² Vgl. Masala, 2005, S. 60.

⁶³ Vgl. Schörnig, 2006, S. 73 f.

entscheidend. Internationale Politik kann nach Waltz deshalb als „small number system“ analysiert werden.⁶⁴

1.1.2 Im Notfall Gewalt: Das staatliche Machtkonzept des Realismus

In *Theory of International Politics* schreibt Waltz, dass ein Akteur als mächtig gelten kann „to the extent that he effects others more than they effect him.“⁶⁵ Macht äußert sich also darin, inwieweit ein Staat seine Autonomie wahren und seinen Einfluss steigern kann.

Im Realismus geht es bei der Fähigkeit, Macht auszuüben, nicht so sehr um die Ebene staatlichen Handelns, sondern vielmehr um die Ebene der Ressourcen. Entscheidend ist also zunächst nicht, was ein Staat für seine Autonomie und seinen Einfluss konkret unternimmt, sondern über welche Ressourcen er diesbezüglich im Vergleich zu den anderen Staaten verfügt.

Dazu Waltz: „power is estimated by comparing the capabilities of a number of units.“⁶⁶ Trotz des zentralen Stellenwerts von Macht im Realismus gibt es keine hinreichende Erläuterung, was genau als staatliche Machtressource zu betrachten und wie diese zu messen ist. Waltz benennt acht Elemente nationaler Macht: Bevölkerung, Territorium, Ressourcenausstattung, Wirtschaftskraft, militärische Stärke, politische Stabilität und Kompetenz.⁶⁷ Andere Autoren, die dem Realismus zugeordnet werden können, bieten ebenfalls Kriterien an, die Machtressource eines Landes zu bewerten. So hebt z. B. Mearsheimer die Bedeutung militärischer Machtmittel hervor und für Gilpin basiert Macht auf den militärischen, ökonomischen und technologischen Fähigkeiten eines Staates. Die Ansichten darüber, was als Machtressource zählt, gehen also auseinander. Unstrittig ist jedoch, dass der wirtschaftlichen und der militärischen Stärke eines Staates ein besonderer Stellenwert als Machtressource zukommt.⁶⁸ Um seine eigene Machtposition im System zu verbessern, muss ein Staat demnach vor allem wirtschaftliche und militärische Stärke entwickeln. Da es dabei stets um die relative Machtposition geht, stellt der Machtgewinn eines Staates für die andere Seite stets einen Machtverlust dar. Internationale Politik wird dadurch zum Nullsummenspiel.⁶⁹

Je mächtiger ein Staat ist, umso besser gelingt es ihm, Abhängigkeiten anderen gegenüber zu vermeiden oder seine Verwundbarkeit in Abhängigkeitsbeziehungen zu

⁶⁴ Vgl. Masala, 2005, S. 48, 76.

⁶⁵ Waltz, 2006 [1979], S. 192.

⁶⁶ Waltz, 2006 [1979], S. 98.

⁶⁷ Vgl. Waltz, 2006 [1979], S. 131.

⁶⁸ Vgl. Baumann/Rittberger/Wagner, 1998, S. 10 ff.

⁶⁹ Vgl. Wilhelm, 2006, S. 53.

kompensieren.⁷⁰ Zugleich kann er seinen Einfluss erhöhen. Die Beeinflussung muss nicht aktiv erfolgen, sondern kann bereits das Ergebnis der hervorgehobenen Stellung im internationalen System sein.⁷¹ Eine starke Machtposition im internationalen System gibt dem Staat aber auch Instrumente an die Hand, aktiv Macht auszuüben und so seinen Willen gegen Widerstände durchzusetzen. Die Machtinstrumente müssen Druck und Zwang, notfalls auch Gewalt ausüben können. Das kann z. B. auf der wirtschaftlichen Ebene gegenüber wirtschaftlich abhängigen Staaten geschehen. In der Staatenwelt sind jedoch die militärischen Machtmittel die *ultimo ratio regis*, das letzte, aber stets brauchbare Mittel.⁷² Waltz geht sogar noch weiter, wenn er schreibt: „In international politics force serves not only as the ultima ratio, but indeed as the first and constant one.“⁷³ Militärische Macht ist wesentlicher Bestandteil internationaler Politik und deshalb auch in Friedenszeiten vielseitig einsetzbar.⁷⁴ Es gilt jedoch, dass militärische Macht politisch dann am wirkungsvollsten ist, wenn sie nicht eingesetzt wird. Waltz: „Force is most useful or best serves the interest of such a state, when it needs not to be used in the actual conduct of warfare.“⁷⁵ Um seinem Drohpotential Wirksamkeit zu verleihen, muss ein Staat glaubhaft vermitteln, dass er notfalls auch Zwang und Gewalt anwenden werde.⁷⁶ Trotz der weitgehenden Konzentration auf den Sicherheitsbereich finden sich in der Literatur zum Realismus ebenfalls Bezüge zu anderen möglichen Politikbereichen der internationalen Ebene. Auch hier kommt militärischer Macht ein besonderer Stellenwert zu. Die Wirkung erfolgreicher Abschreckung, Drohung oder Selbstverteidigung reicht demzufolge über den Bereich militärischer Sicherheit hinaus. Sie beeinflusst prinzipiell alle Bereiche internationaler Politik, da sie den politischen Gesamtrahmen zwischenstaatlicher Beziehungen darstellt.⁷⁷ „Lurking behind the scenes, unstated but explicit, lies the military muscle, that gives meaning to the posturing of the diplomats.“⁷⁸

⁷⁰ Vgl. Schörnig, 2006, S. 77.

⁷¹ Vgl. Masala, 2005, S. 47.

⁷² Vgl. Czempiel, 2004b, S. 5.

⁷³ Waltz, 2006 [1979], S. 113.

⁷⁴ Vgl. Art, 2004, S. 3 f.

⁷⁵ Waltz, 2006 [1979], S. 186.

⁷⁶ Vgl. Waltz 2006 [1979], S. 113 f.; Kindermann, 1977, S. 64.

⁷⁷ Vgl. Art, 2004, S. 14 ff.

⁷⁸ Art, 2004, S. 4.

1.2 Das staatliche Machtkonzept des Liberalismus

1.2.1 Das internationale System und die Rolle der staatlichen Macht: Eine Sichtweise des Liberalismus

Stärker noch als der Realismus zeichnet sich der Liberalismus durch Facettenreichtum und Uneinheitlichkeit aus. Da ihm viele verschiedene Theorierichtungen zugeordnet werden, die durch ihre gemeinsame Anbindung an traditionelle liberale Ideen⁷⁹ nur lose miteinander verbunden sind, kann nicht von *dem einen* liberalen Weltbild ausgegangen werden.⁸⁰ Im Folgenden stehen zwei Prozesse im Vordergrund, die das 20. Jahrhundert maßgeblich geprägt haben: Demokratisierung und Globalisierung. Mit dem Verweis auf verschiedene liberale Ansätze wird unter Einbeziehung der Arbeiten Joseph Nyes⁸¹ und insbesondere der Ernst-Otto Czempiels nun dargestellt, inwiefern der Liberalismus davon ausgeht, dass diese beiden Prozesse die Bedingungen der internationalen Politik im 20. Jahrhundert grundlegend verändert haben. Das Bild der Staatenwelt, wie der Realismus es zeichnet, hat auch aus liberaler Perspektive durchaus Berechtigung, nur werde es der heutigen Welt nicht mehr gerecht:

„Seit dem 19. Jahrhundert, als mit der europäischen Machtpolitik auch die ‚Realpolitik‘ geboren wurde, hat sich unendlich viel geändert. Damals war Europa arm und wurde autoritär regiert. Heute ist es reich und demokratisch organisiert. Damals war Europa die Welt, heute hat sich die Welt globalisiert. Damals war jeder Staat autonom, heute hat die Interdependenz den Staaten immer größere Teile dieser Eigenschaft abgenommen.“⁸²

Der Realismus bestreitet die Demokratisierungs- und Globalisierungsphänomene nicht, er bewertet diese i. d. R. jedoch anders und misst ihnen deshalb für ihren prinzipiellen Erklärungsansatz des internationalen Systems lediglich untergeordnete bis keine Bedeutung zu. Anders als in den liberalen Ansätzen bleiben die Anarchie der Staatenwelt, seine Machtverteilung und das Sicherheitsdilemma aus Sicht des Realismus die einzig entscheidenden Variablen internationaler Beziehungen.⁸³ Auf-

⁷⁹ Unter Liberalismus wird jener politische Ideenkomplex verstanden, der sich durch die Postulate der Selbstbestimmungsfähigkeit der Individuen durch Vernunft, der Individualfreiheit gegenüber dem Staat, der Bändigung politischer Herrschaft durch Verfassung und der Selbstregulierung der Ökonomie durch Gesetzmäßigkeiten von Markt und Wettbewerb auszeichnet (vgl. Schiller, 1995, S. 298 ff.

⁸⁰ Vgl. Richardson, 2001, S. 71 sowie Kegley, 1995, S. 107 f.

⁸¹ Die Arbeiten Joseph Nyes können in gewisser Hinsicht durchaus auch realistischen Theoriepositionen zugeordnet werden. Durch sein politisch motiviertes Erkenntnisinteresse, die Mehrung US-amerikanischer Macht und Wahrung der amerikanischen globalen Hegemonieposition gerät seine Argumentation ins Fahrwasser der neorealistisch geprägten Theorie hegemonialer Stabilität (siehe z. B. Nye, 2003, S. 36 ff.). Als wichtiger Vertreter der Interdependenzanalyse und aufgrund seines Konzepts der *soft power*, in dem Ideen und Ideologien, veränderbare Präferenzen und intersubjektiv geprägte Weltbilder Berücksichtigung finden, wird er hier jedoch als Vertreter der liberalen Theorieschule behandelt.

⁸² Czempiel, 1999, S. 11.

⁸³ siehe hierzu z. B. Siedschlag, 2005 sowie Link, 1998.

grund dieser Differenzen kommen die liberalen Ansätze auch in Bezug auf den staatlichen Machtbegriff zu anderen Ergebnissen.

Die demokratische Revolution

Muss bezweifelt werden, dass es im 19. Jahrhundert überhaupt Demokratien gegeben hat, die dem Namen gerecht werden, so sind es Ende des 20. Jahrhunderts 117 Staaten, die sich durch ein demokratisches Herrschaftssystem auszeichnen, wobei allerdings nur 81 Staaten beanspruchen können, mit der Demokratisierung auch ein genuin freiheitliches System errichtet zu haben.⁸⁴ Der Demokratisierungsprozess ist in Gang gekommen und laut Czempiel „irreversibel“⁸⁵. Als wichtigste Ursachen für diese Entwicklung verweist er auf steigenden Wohlstand, verbesserten Zugang zu Bildung und Information. Unter diesen Bedingungen „entsteht unweigerlich der Wunsch nach Teilhabe an der Herrschaft“⁸⁶. Besonders im euro-atlantischen Raum, aber tendenziell auch weltweit findet eine zunehmende Emanzipierung der Gesellschaft gegenüber ihren politischen Systemen statt.⁸⁷

Aus liberaler Sicht ist diese Entwicklung auch für die IB von zentraler Bedeutung. Besonders ausgearbeitet ist dieses Argument von Czempiel und Bruce Russett im Rahmen der demokratischen Friedenstheorie.⁸⁸ Während die Regierungen autoritärer Herrschaftssysteme autonom auf die Anforderungen aus dem internationalen System oder auf die machtpolitischen Möglichkeiten, die sich dort ergeben, reagieren, verhält es sich in demokratischen Systemen genau umgekehrt. Die Anforderungen der Gesellschaft spielen die Hauptrolle.⁸⁹ Demokratische Gesellschaften akzeptieren keine Herrschaft mehr, die ihre Anforderungen übergeht. Demokratien sind somit theoretisch imstande, sich den Handlungszwängen der Systemanarchie zu widersetzen.⁹⁰ Ein Angriffskrieg von Seiten eines demokratischen Staates wird unwahrscheinlich, da der Souverän, das Volk, „alle Drangsale des Krieges über sich selbst beschließen müsste“⁹¹. Empirische Erkenntnisse bestätigen diese These insofern, als Demokratien nachweislich kaum Kriege gegeneinander führen oder sich in gewaltsame Konflikte verwickeln.⁹² Sicherheit bleibt das Hauptziel auch von demokratisch verfassten Gesellschaften. Neben das Ziel der Sicherheit tritt jedoch der gesellschaftliche Anspruch auf Wohlstand und verbesserte Entfaltungschancen auf der Grundlage

⁸⁴ Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1997 (Czempiel, 1999, S. 32).

⁸⁵ Czempiel, 1999, S. 33.

⁸⁶ Czempiel, 2002, S. 27.

⁸⁷ Vgl. Czempiel, 1999, S. 41 ff.

⁸⁸ Vgl. Hasenclever, 2006, S. 176 ff.

⁸⁹ Vgl. Czempiel, 1979, S. 877.

⁹⁰ Vgl. Czempiel, 2004b, S. 14.

⁹¹ Kant zitiert nach Hasenclever, 2006, S. 218.

⁹² Vgl. Hasenclever, 2006, S. 214.

materieller Wohlfahrt.⁹³ Eine demokratische Regierung muss dem Rechnung tragen und die Erzeugung wirtschaftlicher Werte ermöglichen. Dabei ist auch die internationale Umwelt einzubeziehen.⁹⁴ Die Bedingungen für Wohlstand durch Expansion haben sich jedoch verändert. Rosecrance schreibt dazu: „Früher war es billiger, das Territorium eines anderen Staates gewaltsam zu erobern, als den komplizierten Wirtschafts- und Handelsapparat aufzubauen, der notwendig ist, um vom kommerziellen Austausch zu profitieren.“⁹⁵ Unter den veränderten technologisch-ökonomischen Bedingungen kann dieser Anspruch auf wirtschaftlichen Wohlstand ohne territoriale Expansion bedient werden. Das gesellschaftliche Interesse an der Steigerung des wirtschaftlichen Wohlstands lässt sich vielmehr durch innovative Produkte und durch freien Handel realisieren.⁹⁶ Für den Handel aber ist der Krieg dysfunktional. Der Handelsstaat⁹⁷ setzt „auf friedliche statt militärische Mittel, auf kooperative Strategien zum gegenseitigen Nutzen statt auf konfrontative und zwangsmittelbestimmende Politik und situationsbedingt auf Multilateralismus statt Unilateralismus“⁹⁸.

Die Globalisierung

Der Begriff der Globalisierung beschreibt die zunehmende Verdichtung weltweiter Interdependenz-Netzwerke. Globalisierung ist vieldimensional. Mit Hinblick auf die nukleare Verletzbarkeit, die voranschreitende Klimaerwärmung, die Mobilität von Personen, Informationen und Ideen wird deutlich, dass Globalisierung nicht nur auf ökonomischer, sondern auch auf militärischer, ökologischer, sozialer, kultureller und politischer Ebene stattfindet. Globalisierung ist kein neues Phänomen. Schon die frühen Völkerwanderungen oder die alte Seidenstraße, die das mittelalterliche Europa mit Asien verband, stellen Formen der Globalisierung dar.⁹⁹ Die heutige Globalisierung unterscheidet sich jedoch fundamental von früheren Perioden: „contemporary globalization goes faster, cheaper and deeper. [...] sheer magnitude, complexity, and speed distinguish contemporary globalization from earlier periods.“¹⁰⁰ Globalisierungsprozesse tangieren heute weltweit das Leben von immer mehr Menschen.

⁹³ Vgl. Czempiel, 1999, S. 71.

⁹⁴ Obgleich der Liberalismus in seiner ökonomischen Ausrichtung freien Handel und internationalen Wettbewerb grundsätzlich bejaht (vgl. Blauburger/Mergler/Wagschal, 2005, S. 169) und darin die Möglichkeit sieht, wirtschaftliche Wohlfahrt und Frieden zu stärken, unterscheiden sich die einzelnen Ansätze doch wesentlich in ihren Positionen zum Verhältnis von Markt und Staat. Die vorliegende Arbeit setzt sich mit einer liberalen Perspektive auseinander, die von der Notwendigkeit regulativer Politik auf internationaler Ebene ausgeht und somit in der Tradition des deutschen Ordoliberalismus steht (vgl. Mürle, 2006, S. 23 ff.).

⁹⁵ Rosecrance, 1986, zitiert nach Nye, 2003, S. 27.

⁹⁶ Vgl. Czempiel, 2002, S. 23.

⁹⁷ Zum Modell des Handelsstaats siehe Rosecrance, 1986.

⁹⁸ Rittberger, 1999, S. 87.

⁹⁹ Vgl. Keohane/Nye, 2000, S. 7.

¹⁰⁰ Keohane/Nye, 2000, S. 9 sowie S. 11.

Grenzüberschreitende Prozesse beeinflussen vielfältige Aspekte der sozialen Umwelt wie Beschäftigung, Wohlstand, soziale Sicherheit, Kommunikation, der Zustand der Umwelt und Bildung. Die Intensität und Dichte der Globalisierung bewirkt zugleich, dass weltumspannende Strukturen und Netzwerke sich wechselseitig beeinflussen, durchdringen und systemische Wirkungsketten entstehen, die zu globalen Systemrisiken führen können. Die Instabilität der internationalen Finanzmärkte und das Weltklimaproblem gehören zu den prominentesten Beispielen dieser Entwicklungen.¹⁰¹ Globalisierung macht Staaten verwundbarer. Externe Einflüsse können sie je nach Grad der Interdependenz-Verwundbarkeit¹⁰² nicht mehr durch eigenständiges Handeln auffangen.¹⁰³ Die Steuerungskapazitäten der einzelnen Staaten sind überfordert. Die Verwirklichung der einzelstaatlichen Ziele hängt zunehmend von den Entscheidungen aller in den interdependenten Beziehungszusammenhang eingebundenen Staaten ab. Als wegweisend für eine erste politikwissenschaftliche Konzeptualisierung von Interdependenz gelten die Arbeiten von Keohane und Nye. Bereits 1977 kamen sie zu dem Schluss, dass Interdependenz Beziehungszusammenhänge darstellt, die grundsätzlich gemeinsame Gewinne durch internationale Kooperation ermöglichen können.¹⁰⁴

Unter den Bedingungen der Globalisierung verliert eigenständiges machtpolitisches Handeln als Instrument zur Wahrung staatlicher Interessen zunehmend seine Effektivität, selbst für Großmächte. Internationale Kooperation ist vor dem Hintergrund der Globalisierung nicht mehr nur ein normatives Politikmodell, das als wirklichkeitsfremd und kontraproduktiv abgetan werden kann. Kooperation wird vielmehr zur notwendigen Bedingung politischer Zielverwirklichung.¹⁰⁵

Ausgehend von dem gemeinsamen Kooperationsinteresse der Staaten aufgrund zunehmender Interdependenz-Dichte hat sich vor allem der neoliberale Institutionalismus mit den Bedingungen und Möglichkeiten von Kooperation auseinandergesetzt. In Abgrenzung zum Realismus betonen institutionalistische Autoren, dass Kooperation auch jenseits hegemonialer Machtstrukturen möglich ist. Angenommen wird hier, dass die Unwahrscheinlichkeit von erfolgreicher Kooperation durch die Institutionalisierung der Kooperation minimiert werden kann, denn

¹⁰¹ Vgl. Messner, 2005, S. 29 f.

¹⁰² Keohane und Nye unterscheiden zwischen Interdependenz-Empfindlichkeit und Interdependenz-Verwundbarkeit. Interdependenz-Empfindlichkeit „meint den Grad der Reaktionsfähigkeit innerhalb eines politischen Rahmens, die Frage also, wie rasch Veränderungen in einem Land kostspielige Effekte in einem anderen hervorrufen, und wie groß diese sind“ (Keohane/Nye, 1985, S. 79). Interdependenz-Verwundbarkeit ergibt sich aus „der relativen Verfügbarkeit und Kostspieligkeit der Alternativen“ (Keohane/Nye, 1985, S. 81).

¹⁰³ Vgl. Krell, 2004b, S. 246.

¹⁰⁴ Vgl. Spindler, 2006, S. 107.

¹⁰⁵ Vgl. z. B. Druwe/Hahlbohm/Singer, 1998, S. 92-98 sowie Krell, 2004b, S. 181-264.

Institutionen ermöglichen es Informationen und Überprüfungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, Vertrauen zu bilden und die Kooperationskosten zu senken.¹⁰⁶

In den 1990er Jahren hat sich der Institutionalismus sukzessive davon gelöst anzunehmen, dass Staaten ausschließlich an strukturell oder innenpolitisch bedingten Interessen orientiert handeln. Dementsprechend wird angenommen, dass institutionalisierte Kooperation nicht nur von Staaten instrumentell eingesetzt wird, um ihre vorgegebenen Interessen besser zu verwirklichen, sondern dass die institutionell verankerte Zusammenarbeit und die darin gründenden internationalen Normen und Werte für die Interessen der Staaten konstitutiv sein können.¹⁰⁷ Auf diesem Weg kann die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen das Verhalten der Staaten sozialisieren und zivilisieren.¹⁰⁸

Deutlich wird, dass aus liberaler Perspektive das realistische Staatenweltmodell an vielen Stellen nicht mehr greift. Globalisierung hat die Staaten miteinander „verklammert“¹⁰⁹. Sie stehen sich nicht mehr antagonistisch gegenüber, stets auf der Hut vor einem relativen Nachteil gegenüber den Konkurrenten. Durch die Globalisierung entsteht ein Zustand, in dem alle durch Kooperation gewinnen können. Das Nullsummenspiel ist einer potentiellen Win-win-Situation gewichen.¹¹⁰ Traditionelle Machtpolitik und das Streben nach staatlicher Souveränität aus Selbsterhaltungsinteressen werden als hemmende Faktoren für die Ausbildung staatlicher Interdependenz-Strukturen zwar berücksichtigt,¹¹¹ der Grundgedanke ist jedoch, „[...] dass Kooperation Souveränitätsverzichte verlangt, die Globalisierungseffekte und Interdependenz-Strukturen schon längst erzwungen haben.“¹¹²

Es gibt einen weiteren Aspekt der Globalisierung, der aus liberaler Sicht von grundlegender Bedeutung ist: Wenngleich die Globalisierung erst durch staatliche Politik ermöglicht wurde, indem internationaler Austausch über die nationalen Grenzen hinweg gefördert wurde,¹¹³ ist sie doch keineswegs ein rein staatlicher Prozess. Vielmehr spielen auch wirtschaftliche und gesellschaftliche Akteure eine maßgebliche Rolle bei der *Denationalisierung*¹¹⁴ des Staates. Czempiel stellt hier einen direkten Zusammenhang zwischen Globalisierung und demokratischer Verfasstheit her:

„die Emanzipation der Gesellschaft gegenüber ihrem Politischen System [...] hat nicht nur zu veränderten Anforderungen an dessen Politik geführt. Er [der Vorgang der Emanzipation] hat dem Politischen System das außenpolitische Monopol

¹⁰⁶ Vgl. Krell, 2004, S. 257.

¹⁰⁷ Vgl. Zangl, 2006, S. 120-141.

¹⁰⁸ Vgl. Czempiel, 1999, S. 111.

¹⁰⁹ Czempiel, 1999, S. 12.

¹¹⁰ Wilhelm, 2006, S. 53.

¹¹¹ Vgl. Messner, 2005, S. 44 f.

¹¹² Messner/Nuscheler, 2003, S. 15.

¹¹³ Vgl. Nye, S. 132.

¹¹⁴ Der Begriff ist vor allem von Michael Zürn geprägt (siehe dazu u. a. Zürn 1998).

*genommen und zahlreiche bedeutende und starke gesellschaftliche Akteure freigesetzt, die ihre eigenen Interaktionen mit der internationalen Umwelt unterhalten, und zwar sowohl mit den politischen Systemen dort als auch mit den gesellschaftlichen Akteuren.*¹¹⁵

Es sind also längst nicht nur Staaten, sondern auch nichtstaatliche Akteure, die im internationalen System agieren. Von dort nehmen sie zunehmend Einfluss auf gesellschaftliche Sicherheit, wirtschaftliche Wohlfahrt und Herrschaft, die drei Sachbereiche, die für die Existenz von Gesellschaften relevant und daher der Politik zur Bearbeitung zugewiesen sind. Wertzuweisungen in diesen Bereichen sind politisch relevant. Akteure, die darauf Einfluss nehmen, müssen also auch von den IB berücksichtigt werden.¹¹⁶ Aus liberaler Perspektive findet auf internationaler Ebene eine Machtverschiebung statt, die die gesellschaftlichen Akteure begünstigt und die Gestaltungsmacht der Staaten einschränkt.¹¹⁷

Im Sachbereich der Sicherheit spielen Staaten nach wie vor die dominante Rolle. Aber sie besitzen auch in diesem Sachbereich nicht mehr das Monopol.¹¹⁸ Die *neuen Gefahren*, wie politischer Terrorismus, Bürgerkriege, ‚failing states‘, organisierte Kriminalität und Umweltzerstörung, sind nicht durch zwischenstaatliche Konstellationen, sondern in erster Linie von gesellschaftlichen Akteuren verursacht.¹¹⁹

Im Sachbereich der wirtschaftlichen Wohlfahrt finden sich die Staaten eher an der Peripherie der Prozessabläufe.¹²⁰ Seit den Industrialisierungs- und Modernisierungsschüben der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat sich die wirtschaftliche Interdependenz so weit verdichtet, dass der von privaten Kräften unterhaltene Weltmarkt von der Gestaltungsmacht der Staaten nicht erreicht werden kann, solange sie sich auf ihren territorial definierten Herrschaftsbereich beschränken. Die weltwirtschaftlichen Krisen der 1990er Jahre haben bedrohlich gezeigt, dass schrankenlose Gewinnmaximierung gesellschaftlicher Akteure und die Deregulierungs- und Unterbietungswettläufe der Staaten nicht nur den Wohlstand, sondern auch die gesellschaftliche Sicherheit destabilisieren können.¹²¹ Nur durch Kooperation in internationalen Organisationen können Staaten dem entgegenwirken. Staaten sind dabei auch auf die Kooperation der gesellschaftlichen Akteure, ihre Organisationen und Regime angewiesen; in manchen Fällen sind sie sogar davon abhängig.¹²²

¹¹⁵ Czempiel, 1999, S. 45.

¹¹⁶ Vgl. Czempiel, 2004b, S. 6.

¹¹⁷ Vgl. Czempiel, 1999, S. 63.

¹¹⁸ Vgl. Czempiel, 1999, S. 91.

¹¹⁹ Vgl. Czempiel, 2004b, S. 23.

¹²⁰ Vgl. Czempiel, 1999, S. 91.

¹²¹ Vgl. Czempiel, 1999, S. 101.

¹²² Vgl. Czempiel, 1999, S. 59, 91, 227.

Im Sachbereich der Herrschaft müssen Staaten sich zunehmend nicht nur gegenüber ihren nationalen Gesellschaften, sondern auch gegenüber Akteuren der entstehenden globalen Zivilgesellschaft (z. B. Transparency International, World Watch, Amnesty International) und Öffentlichkeit (z. B. durch globale Medien) rechtfertigen.¹²³ Grundlage dieser Entwicklung ist die technologische Revolution in den Bereichen der Informationsverarbeitung und der Kommunikation. Insbesondere das Internet schafft ein System, in dem die Verfügungsgewalt über die Information viel weiter gestreut ist als früher. Gemeinschaften und Netzwerke können sich kaum kontrollierbar über nationale Grenzen hinweg bilden. Politische Systeme haben dadurch ihr Informations- und Definitionsmonopol verloren. Nye hält deshalb die Tragweite und Bedeutung der gegenwärtigen kommunikationstechnologischen Entwicklung für vergleichbar mit der Industriellen Revolution, die Ende des 18. Jahrhunderts den Wandel der Agrar- zur Industriegesellschaft einläutete.¹²⁴

Die Rolle der staatlichen Macht

Die Rolle der staatlichen Macht ist aus der Perspektive des Realismus eine andere als aus der des Liberalismus. Der Realismus geht von einem Staatenweltmodell aus, in dem die Staaten die einzig relevanten Akteure sind, deren Macht das internationale System strukturiert. Vertreter des Liberalismus argumentieren, dass diese Vorstellung überwunden werden muss, da für das internationale System nicht nur staatliche Macht eine Rolle spielt. Bereits in den 1970er Jahren unternahm John Burton den Versuch, ein radikal alternatives Modell zu entwickeln, dass die Welt als Weltgesellschaft beschreibt.¹²⁵ Er zeigt eine Vielzahl unterschiedlicher funktional bestimmbarer Beziehungsgeflechte auf, welche die Akteure auf den verschiedenen Handlungsebenen mit einer Vielzahl anderer, auch nichtstaatlicher Akteure in einem *Spinnwebmodell* verknüpfen. Er nimmt dabei auch unterhalb und außerhalb der staatlichen Ebene ablaufende Interaktionsprozesse in den Blick und macht sie für eine politikwissenschaftliche Analyse fruchtbar.¹²⁶ Das Modell der Weltgesellschaft stößt jedoch auch bei liberalen Autoren¹²⁷ auf Kritik. Sie argumentieren, dass die Welt zwar keine Staatenwelt mehr ist, aber auch noch nicht als Weltgesellschaft dargestellt werden kann. Czempiel führt in diesem Zusammenhang den Begriff der *Gesellschaftswelt* ein. Gesellschaftswelt definiert er als einen Systemzustand, in dem Staaten zwar weiterhin als wichtigste Akteure anzusehen sind, da sie nach innen weiterhin allein autoritative

¹²³ Vgl. Messner, 2002, S. 15.

¹²⁴ Vgl. Nye, 2003, S. 8, 13, 38, 89 ff.

¹²⁵ Vgl. Czempiel, 2004b, S. 10.

¹²⁶ Vgl. Take, 2006, S. 271 f.

¹²⁷ U. a. Nye, Czempiel, Messner.

Entscheidungen treffen können und über das Monopol zum Einsatz militärischer Gewalt verfügen. Sie müssen ihren Herrschaftsanspruch jedoch demokratisch legitimieren und mit dem ihrer Nachbarn teilen. Zugleich sehen sie sich der zunehmenden Regelungskompetenz gesellschaftlicher Akteure gegenüber, die diesen aus ihrer neuen Machtposition erwächst.¹²⁸

In der Gesellschaftswelt sind die nationalstaatlichen Grenzen durchlässig geworden, die Trennung von innerer und äußerer Souveränität kann immer weniger aufrechterhalten werden.¹²⁹ Innen- und Außenpolitik verschmelzen zur *internationalisierenden Politik*.¹³⁰

Die Bedingungen und Eigenschaften der Gesellschaftswelt treffen weltweit nicht in gleichem Maße zu. Die gesellschaftliche Emanzipation, die Demokratisierung sowie die Abhängigkeit von globalisierungsbedingten Akteur- und Problemkonstellationen sind sehr unterschiedlich stark ausgeprägt. Wirtschaftliche und politische Interdependenz ist regional am weitesten entwickelt. Insbesondere trifft das für die westlichen Industriestaaten und Japan zu.¹³¹ Dennoch hat nicht zuletzt der 11. September 2001 deutlich gemacht, dass auch globale Systemrisiken und weltumspannende Interdependenz-Ketten bestehen.¹³² Staaten sind also selbst auf globaler Ebene auf Kooperation und Koordination angewiesen. Die Global-Governance-Forschung setzt sich mit diesem Thema auseinander. Ihr Gegenstand ist die Frage nach der Weiterentwicklung des internationalen Institutionen- und Regelsystems sowie die Entwicklung neuer Mechanismen internationaler Kooperation, die die kontinuierliche Problembearbeitung globaler Herausforderungen und grenzüberschreitender Phänomene ermöglichen.¹³³ Es wird dabei davon ausgegangen, dass zur Lösung der Globalisierungsprobleme viele neue, unterschiedliche Kooperationsformen entstehen: sowohl in Form zwischenstaatlicher Regelungen, privater Selbstregulierung als auch durch eine Vielzahl sektoraler öffentlich-privater Politiknetzwerke, in denen staatliche und nichtstaatliche Akteure auf verschiedenen Ebenen (von der lokalen bis zur globalen Ebene) kooperativ Steuerungsfunktionen wahrnehmen.¹³⁴ Die Autoren der politisch-strategisch ausgerichteten Global-Governance-Forschung postulieren in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, diese Kooperationszusammenhänge durch Regelwerke mit regionaler und globaler Reichweite zu verknüpfen, das UN-System als

¹²⁸ Vgl. Czempiel, 1999, S. 61.

¹²⁹ Vgl. Behrens, 2004, S. 105 f.

¹³⁰ Vgl. Czempiel, 1999, S. 71.

¹³¹ Vgl. Czempiel, 2002, S. 15 ff.

¹³² Vgl. Messner, 2002, S. 8.

¹³³ Vgl. Messner/Nuscheler, 2003: Zusammenfassung

¹³⁴ Vgl. Mürle, 2006, S. 8.

„Forum der Welt“¹³⁵ zu stärken und durch Verrechtlichung und Zivilisierung der internationalen Beziehungen, eine multilaterale Steuerung auch auf globaler Ebene zu ermöglichen.¹³⁶

Analytisch gesehen nähert sich die Außenpolitik unter den Bedingungen von Demokratisierung und Globalisierung den Modalitäten der Innenpolitik¹³⁷ an. Die Global Governance-Debatte macht dabei deutlich, dass die Machtverschiebung hin zu gesellschaftlichen Akteuren langfristig nicht zu einem Verschwinden, sondern zur Transformation nationalstaatlicher Macht beiträgt.¹³⁸ Der Staat wird zum *Interdependenzmanager* mit komplexen Koordinationsaufgaben. Auch dieser Staat hat weiterhin die Aufgabe, die Interessen der eigenen Gesellschaft im internationalen Umfeld zu vertreten und sie vor negativem Einfluss aus diesem Umfeld zu schützen. Er ist zudem der Adressat von Entscheidungen, die auf internationaler Ebene getroffen werden und muss für deren innenpolitische Umsetzung sorgen.¹³⁹

In der Gesellschaftswelt hat auch die inhaltliche Ausrichtung staatlicher Macht eine andere Gewichtung als im Realismusmodell, denn die klassischen sicherheitspolitischen Probleme sind kaum aktuell. Das Sicherheitsdilemma, aus dem sich die militärische Ausrichtung des realistischen Machtkonzepts ableitet, verliert zwischen Demokratien an Bedeutung (*demokratischer Friede*). Auch die Globalisierung schwächt das Problem des Sicherheitsdilemmas ab,¹⁴⁰ denn für den in zahlreiche Interdependenzen eingebundenen und zugleich verwundbaren Staat ist der Einsatz militärischer Macht zu teuer und unsicher. Überdies ist militärische Macht für viele neue Problembereiche wie Umweltverschmutzung und Weltwirtschaftskrisen als Mittel zur Zielerreichung in internationalen Interessenkonflikten nicht nutzbringend.¹⁴¹

Czempiel, der sich als Friedensforscher insbesondere auch mit dem Bereich der Sicherheitspolitik befasst, geht davon aus, dass das Sicherheitsdilemma auch vollständig aufgehoben werden kann, indem internationale Zusammenarbeit im Rahmen internationaler Organisationen institutionalisiert wird. Vertrauensbildende Maßnahmen und Rüstungskontrollen im Rahmen dieser Organisationen verhindern

¹³⁵ Nuscheler, 1998, S. 10.

¹³⁶ Vgl. Nuscheler, 1998, S. 10.

¹³⁷ Die Global-Governance-Literatur baut hier auf Erkenntnisse der sozialwissenschaftlichen Steuerungstheorie auf, die untersucht, wie der moderne Staat Einfluss auf die Gesellschaft nimmt. Im Kern handelt es sich um die Feststellung, dass die traditionelle Vorstellung eines über das Festlegen verbindlicher Regeln und deren Durchsetzung durch Zwangsmaßnahmen handelnden Staates nur einen Teil der Staatsfähigkeit erfasst. Der Staat bindet oft gesellschaftliche Akteure in die Politikformulierung und Implementierung ein. Regelungen werden damit nicht einseitig (hierarchisch) vom Staat vorgegeben, sondern stellen das Ergebnis von Verhandlungssystemen bzw. Netzwerken von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren dar (vgl. Mürle, 2006, S. 8f.).

¹³⁸ Vgl. Messner, 2005, S. 42.

¹³⁹ Vgl. Messner/Nuscheler, 2003, S. 17 f.

¹⁴⁰ Vgl. Czempiel, 2004b, S. 13.

¹⁴¹ Vgl. Keohane/Nye, 2001 [1977], S. 24.

eine Fehlperzeption der Verteidigungsvorbereitung anderer Staaten und können somit Rüstungswettläufe aufhalten und Abrüstung ermöglichen. Als erfolgreiches Beispiel verweist Czempiel auf die OSZE, die das Sicherheitsdilemma aus Europa verbannt habe.¹⁴²

Von neorealistischer Seite wird dem Liberalismus vorgeworfen, den Machtfaktor auszublenden. Die Veränderung der Staatenwelt sei deshalb eine Illusion und bestenfalls eine Utopie für eine Welt von morgen.¹⁴³ Tatsächlich richtet sich der Fokus liberaler Arbeiten auf *kooperative Problemlösungen* sowohl in den neuen Feldern der Weltpolitik (Global-Governance-Debatte), als auch in Bezug auf die klassische Frage der Sicherheitspolitik (Czempiel). Baldwins Aussage “[...] power plays a less crucial role in neoliberal theory”¹⁴⁴ entspricht daher einer durchaus gängigen Auffassung unter Autoren der IB.¹⁴⁵ Und dennoch schreibt auch Czempiel: „Macht bleibt das Medium aller Politik. Wer sie besitzt, kann seine Ziele erreichen.“¹⁴⁶

1.2.2 Steuerung durch Konsens: Das staatliche Machtkonzept aus einer liberalen Sicht

Machtpolitik verliert in der Welt, wie sie sich aus liberaler Perspektive darstellt, seine Wirksamkeit. Zugleich bleibt aber auch hier Macht das Medium von Politik. Wie ist das zu verstehen? Die Antwort liegt nah: Dem hier vorgestellten liberalen Konzept liegt ein Machtbegriff zugrunde, der sich vom Machtbegriff des Realismus in wesentlichen Punkten unterscheidet. Ein Blick auf die Machtdefinitionen von Czempiel und Nye, die sich mit der Frage nach einem liberalen Machtbegriff explizit auseinandergesetzt haben, scheint hinsichtlich einer Abgrenzung zum *Realismus* zunächst kaum weiterzuhelfen: In seinem 2004 erschienenen Buch *Soft power* definiert Nye Macht als: “the ability to influence the behavior of others to get the outcomes one wants.”¹⁴⁷ Czempiel verwendet in seinem 1999 erschienen Buch *Kluge Macht* eine Machtdefinition von Robert Dahl. Demnach besteht Macht darin: „[...] jemanden zu einer Handlung zu veranlassen, die er sonst nicht unternommen haben würde.“¹⁴⁸ Von der Position Waltz – als mächtig gilt jemand “to the extent that he effects others more than they effect him”¹⁴⁹ – sind Nye und Czempiel demnach nicht weit entfernt. Tatsächlich hält Czempiel den Machtbegriff des Realismus für die Staatenwelt durchaus für

¹⁴² Vgl. Czempiel, 2004b, S. 13.

¹⁴³ Vgl. Nuscheler, 1998, S. 10.

¹⁴⁴ Baldwin, 1993, S. 15.

¹⁴⁵ hierzu siehe z. B. Richardson, 2001, S. 9.

¹⁴⁶ Czempiel, 1999, S. 91.

¹⁴⁷ Nye, 2004, S. 2.

¹⁴⁸ Czempiel, 1999, S. 91.

¹⁴⁹ Waltz, 2006 [1979], S. 192.

berechtigt.¹⁵⁰ Die Bedingungen der sich entwickelnden Gesellschaftswelt unterscheiden sich jedoch grundlegend von denen der Staatenwelt. Wechselseitige Abhängigkeiten, das Problem globaler Steuerungsfragen und die zunehmende Emanzipation der Gesellschaft führen zu einem Systemwandel. Im Zentrum des Wandels steht die Entwicklung des dominanten Prozessmusters von Antagonismus zur Kooperation. Die Macht, andere zu beeinflussen, um gewünschte Ergebnisse zu erreichen, ist zunehmend auf den Konsens der Betroffenen angewiesen. Zugleich ist anzunehmen, dass die durch Interdependenz entstandene Nähe Konflikte nicht verhindert, sondern insgesamt eine Zunahme von Konflikthanlässen mit sich bringt.¹⁵¹ Für den Erfolg von Kooperation sei es wichtig, dass Staaten bereit sind, sich nicht ausschließlich an einem eng gefassten Begriff des nationalen Interesses zu orientieren, wie es vom Realismus gefordert wird, sondern stets grenzübergreifende gesellschaftliche Gesamtinteressen¹⁵² zu berücksichtigen. Auch die Bereitschaft sich zum Schutz gesellschaftlicher Gesamtinteressen gemeinsamen Regeln zu unterwerfen ist von grundlegender Bedeutung. Der Liberalismus ist damit im Gegensatz zum Realismus normativ orientiert. Werte wie Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus, Partizipation und Freiheit müssen aus liberaler Perspektive für die Außenpolitik wegweisend sein. Diese an den idealistischen Wurzeln des Liberalismus anknüpfende Forderung wird nicht mehr nur normativ begründet, sondern erhält angesichts der steigenden globalen Interdependenz sowie der zunehmenden gesellschaftlichen Emanzipation und Einflussmöglichkeit auch funktionale Berechtigung.

Für die Gesellschaftswelt hat Nye den Begriff der *weichen Macht* (*soft power*) entwickelt. Weiche Macht besteht im Unterschied zur *harten Macht* (*hard power*) darin, andere dazu zu bringen, dass sie das wollen, was man selbst will. Sie kooptiert die Menschen, anstatt sie zu zwingen.¹⁵³ Harte Macht beruht hingegen auf der Fähigkeit, Zwang und Druck auszuüben, zu bestechen und zu bestrafen. Die Gesellschaftswelt bietet neue Möglichkeiten, Macht auszuüben. Für das 21. Jahrhundert benennt Czempiel drei Formen der Machtausübung: Beziehungsmacht, Definitions- und Konsensmacht und schließlich strukturelle Macht.

¹⁵⁰ Vgl. Czempiel, 1999, S. 22.

¹⁵¹ Vgl. Messner, 2002, S. 26.

¹⁵² Czempiel definiert diese Gesamtinteressen zusammenfassend als Sicherheit, Wohlfahrt und Partizipation (Czempiel, 1999, S. 101). Nuscheler verweist in Bezug auf Hans-Dietrich Genscher darauf, dass eine Weltordnung auf das gleichberechtigte Zusammenleben der Völker und auf die gleichberechtigte und globale Zusammenarbeit der Weltregionen angewiesen ist (Nuscheler, 1998, S. 12). Nye spricht von universellen Werten (Nye, 2004, S. 11) und globalen Interessen (Nye, 2003, S. 14). Er bezieht sich dabei u. a. auf die Werte der Demokratie, der Zusammenarbeit, des Friedens und der Menschenrechte (Nye, 2004, S. 14).

¹⁵³ Vgl. Nye, 1999, S. 30.

Beziehungsmacht besteht in der direkten Einwirkung auf einen Akteur. Sie nimmt Einfluss, um Vorteile zu erringen, Nachteile zu vermeiden und Allianzen zu schmieden. Sie ist die klassische Form der Machtausübung. Wenn von Machtpolitik gesprochen wird, ist in der Regel *Beziehungsmacht* gemeint. Oft genug wendet sie Gewalt an oder droht damit. Auch in der Gesellschaftswelt gehört Beziehungsmacht zur diplomatischen Routine. Sie reicht jedoch längst nicht mehr aus. Unter Bedingungen der Interdependenz wird es immer wichtiger, Ergebnisse zu beeinflussen, die nur durch kollektives Handeln im Konsens erreicht werden können. Einfluss entsteht hier durch *Definitions- und Konsensmacht*. Sie bestehen in der Fähigkeit, Probleme zu definieren, zu thematisieren (agenda-setting) und einen Konsens für die Regelung dieser Probleme herbeizuführen, der den eigenen Interessen entspricht. Noch wirkungsvoller als die Beeinflussung von einzelnen Akteuren und Prozessen ist es jedoch, auf die Rahmenbedingungen des internationalen Systems insgesamt einzuwirken und damit eine langfristige Richtung vorzugeben. Die zukunftsfähigste Form der Macht ist deshalb die *strukturelle Macht*.¹⁵⁴

Während die Definitions- und Konsensmacht sowie die strukturelle Macht ausschließlich auf Konsens basieren und langfristig nur Bestand haben können, wenn sie sich an gesellschaftlichen Gesamtinteressen orientieren, so können im Rahmen der Beziehungsmacht aus liberaler Sicht notfalls auch Druckmittel angewendet werden. Sie darf sich dabei jedoch nicht gegen das gesellschaftliche Wohl richten, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Glaubwürdigkeit als Ressource für konsensorientierte Machtausübung dadurch leiden würde. Hätte sich die Gesellschaftswelt global bereits voll entfaltet, wäre diese Form der Beziehungsmacht nicht nötig und aufgrund der *Interdependenz* auch immer weniger möglich. Gewalt würde generell zwar nicht verschwinden, in den zwischenstaatlichen Beziehungen würde sie jedoch keine Rolle mehr spielen. Die Gesellschaftswelt ist jedoch lediglich im euro-atlantischen Raum wirksam genug, um die Logik der Staatenwelt auszuhebeln und das Sicherheitsdilemma zu überwinden. Der Druck zur Kooperation ist hier so hoch, dass die Sicherheitsfrage zugunsten gesellschaftlicher Wohlfahrtsziele erfolgreich verdrängt werden konnte. In der übrigen Welt sind Sicherheitsprobleme sowohl regional als auch global durchaus aktuell. Der Zwang der Systemanarchie macht militärische Maßnahmen zur Verteidigung und Abschreckung deshalb notwendig. Mit dem langfristigen Ziel einer kooperativen Sicherheitspolitik gilt es jedoch, ein aggressives *Balancing* zu vermeiden. Es gilt stattdessen, sich selbst auf defensive Verteidigungsstrategien zu beschränken und den potentiellen Gegner davon zu

¹⁵⁴ Vgl. Czempiel, 1999, S. 93 ff.

überzeugen, dass wechselseitige Transparenz und andere vertrauensbildende Maßnahmen für seine Sicherheit mehr wert sind als die traditionelle Sicherheitspolitik. Gegen entschlossene Aggressivität nach außen, aber auch im Falle massiver Menschenrechtsverstöße innerhalb eines Staates, z. B. im Fall eines Genozids, kann die kooperative Politik der Gesellschaftswelt gegebenenfalls nichts ausrichten. Unter diesen Umständen müssen zum Schutz der Gesellschaft auch Gewaltstrategien eingesetzt werden. In diesem Zusammenhang ist aus liberaler Perspektive die legitimierende Rolle der Staatengemeinschaft wichtig. In diesem Zusammenhang verweist Czempiel vor allem auf den UN-Sicherheitsrat. Er sollte über militärisches Gewaltpotential verfügen, um es als legitimes Mittel zur Bekämpfung von Aggressionen einsetzen zu können.

Militärische Macht kann verhindern. Umfassende Sicherheit kann sie in der Gesellschaftswelt jedoch nicht herstellen. Der Liberalismus geht davon aus, dass Sicherheit heute mehr denn je mit dem Sachbereich der wirtschaftlichen Wohlfahrt, dem der Teilhabe an der Herrschaft und der Fähigkeit zur gemeinsamen internationalen Gestaltung verknüpft ist.¹⁵⁵ Zudem sei Sicherheit auch auf globaler Ebene nur dann nachhaltig wirksam, wenn sie das Ergebnis von struktureller Macht, von Definitions- und Konsensmacht ist.

1.3 Zusammenfassung

Die Herleitung staatlicher Machtkonzepte aus der Perspektive zweier Theorieschulen führt hier zur Offenlegung unterschiedlicher Machtverständnisse, die sehr stark von den jeweiligen Welterklärungsmodellen abhängen. Wenngleich sich die zitierten Definitionen von Macht inhaltlich zunächst nicht grundlegend unterscheiden – Macht besteht darin, jemanden zu beeinflussen oder zu einer Handlung zu veranlassen – so werden die Differenzen mit Blick auf die Bedingungen und Möglichkeiten der Einflussnahme schnell sichtbar.

Der Realismus geht von einem Staatenweltmodell aus, in dem die Bedingungen eines Selbsthilfesystems herrschen. In der Logik dieses Modells kann ein Akteur dann Einfluss ausüben, wenn er glaubhaft vermittelt, notfalls auch Zwang und Gewalt anzuwenden. Es geht um die Fähigkeit, den eigenen Willen gegen Widerstreben durchsetzen zu können. Die Durchsetzungschancen erhöhen sich mit den Machtressourcen (*capabilities*), über die ein Staat verfügt. Entscheidend ist dabei das Verhältnis zwischen den eigenen Machtressourcen und denen der anderen Staaten. Die Macht des Realismus basiert auf harter Macht. Militärische Machtmittel sind die

¹⁵⁵ Vgl. Czempiel, 1999, S. 78-213.

ultimo ratio regis, das letzte, aber stets brauchbare Mittel¹⁵⁶ und nach Waltz sogar: „the first and constant one.“¹⁵⁷

Die liberale Perspektive geht demgegenüber von dem Bild der Gesellschaftswelt aus, die in unterschiedlichem Maße, vor allem regional, zunehmend aber auch global die Staatenwelt abgelöst hat. Diese Entwicklung hat weitreichende Folgen, auch in Bezug auf den Einsatz von Macht im internationalen System. Grenzübergreifende Interdependenz-Zusammenhänge und das Auftreten gesellschaftlich starker und einflussreicher Akteure im internationalen System schwächen die Wirksamkeit einzelstaatlichen Vorgehens, sowohl auf der internationalen Ebene als auch hinsichtlich innerstaatlicher Belange, die zunehmend in einem internationalen Zusammenhang stehen. Um Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit herzustellen, müssen selbst Großmächte zunehmend auf konsensorientierte Kooperation aller beteiligten Akteure setzen. In der Gesellschaftswelt ist es *klug*,¹⁵⁸ auf Konsens zu setzen. Macht verschwindet deshalb nicht aus den internationalen Beziehungen, verliert nicht einmal an Bedeutung, denn sie bleibt das Medium internationaler (/internationalisierender) Politik. Verändert hat sich der Modus der Macht. Mächtig ist zunehmend derjenige, der über weiche Macht verfügt, das heißt, andere davon überzeugen kann, die gleichen Ziele zu verfolgen wie man selbst. Voraussetzung ist hier, dass die Bedürfnisse des Gegenübers ernst genommen werden und die Ziele an grenzübergreifenden gesamtgesellschaftlichen Interessen orientiert sind. Weiche Macht ermöglicht es Staaten, auch auf Prozesse in hochgradig interdependenten Handlungszusammenhängen bis hin zu globalen Strukturbildungsprozessen Einfluss zu nehmen.

¹⁵⁶ Vgl. Czempiel, 1981, S. 658.

¹⁵⁷ Waltz, 2006 [1979], S. 113.

¹⁵⁸ Vgl. Czempiel, 1999.

2 Warum das Machtkonzept Indiens wichtig ist

Ging es im ersten Teil der Arbeit darum, auf einer theoretischen Ebene zwei unterschiedliche Weltmodelle vorzustellen, ihre Funktionslogik zu beschreiben und von dort aus jeweils ein staatliches Machtkonzept abzuleiten, so gilt es nun anhand des Fallbeispiels Indien die Relevanz der Entscheidung für eines der beiden Machtkonzepte aufzuzeigen. Die These lautet, dass es für die Zukunft des internationalen Systems grundlegend sein kann, wie Indien sich gegenüber den beiden Machtkonzepten positioniert.

Die Argumentation verläuft in zwei Schritten:

Erstens: Indien hat das Potential zur Weltmacht. In der Einleitung wurde diese These bereits als feststehende Zukunftsannahme formuliert. Sie soll im Kapitel 2.1 jedoch noch einmal ausführlicher dargelegt und begründet werden.

Zweitens: Die Konstellation der Weltmächte und die Machtkonzepte, die sie verfolgen, sind für die Gestaltung des internationalen Systems von entscheidender Bedeutung. Diese Annahme scheint zunächst unmittelbar einleuchtend. Sie lässt sich auch im Rahmen der beiden Großtheorien aufrechterhalten. Der Gestaltungsspielraum des internationalen Systems wird aus den jeweiligen Theorieperspektiven jedoch sehr unterschiedlich bewertet. Ausgehend von der Annahme, dass die quasi-unilaterale Machtstruktur des internationalen Systems zugunsten einer multipolaren Machtstruktur abgelöst wird, sollen in Kapitel 2.2 erwartbare bzw. mögliche Entwicklungen dargestellt werden, die sich aus der jeweiligen Theorieperspektive ableiten lassen. Es soll dabei deutlich gemacht werden, inwiefern die Positionierung der Großmächte hinsichtlich der vorgestellten Machtkonzepte für das internationale System von Bedeutung sein können.

2.1 Indien, die neue Großmacht

Indien ist in vielerlei Hinsicht bemerkenswert: So stellt es zum Beispiel mit seinen 1,12 Milliarden Einwohnern¹⁵⁹ nach China das bevölkerungsreichste Land der Erde dar. Indien ist außerdem die größte Demokratie der Welt,¹⁶⁰ deren Stabilität sich in über sechzig Jahren ihrer Existenz bewährt hat.¹⁶¹ Zudem galt Indien bis vor kurzem als Armenhaus der Welt. Auch heute ist das Armutproblem noch nicht gelöst.

¹⁵⁹ Vgl. Ihlau, 2008, S. 4.

¹⁶⁰ Der Bertelsmann-Transformations-Index schätzt Indien als *defekte Demokratie* ein. In Asien ist Indien damit immer noch sehr günstig platziert (vgl. Müller, 2006, S. 150).

¹⁶¹ Vgl. Müller, 2006, S. 8.

Von der westlichen Öffentlichkeit wurde Indien jedoch lange Zeit weitgehend ignoriert.¹⁶² Das hat sich nun gewandelt. Heute wird Indien häufig als zukünftige Weltmacht gehandelt und zieht somit die Aufmerksamkeit auf sich.¹⁶³

Diese These basiert vor allem auf der wirtschaftlichen Entwicklung Indiens und seinem Potential für die Zukunft.¹⁶⁴ Auch der Aufstieg Indiens zur Atommacht spielt für viele Autoren eine Rolle.¹⁶⁵ Dennoch wird in Hinblick auf Israel, Korea oder Pakistan klar, dass der (mögliche) Besitz einer Atombombe allein nicht zum Weltmachtstatus führt. Zunächst soll deshalb die wirtschaftliche Entwicklung Indiens kurz dargestellt werden. Anschließend wird theoretisch skizziert, inwiefern dem indischen Staat durch das „Wirtschaftswunder“¹⁶⁶ Möglichkeiten an die Hand gegeben werden, im internationalen System Einfluss geltend zu machen.

2.1.1 Indiens wirtschaftlicher Aufstieg

Lange Zeit hat Indien in der Weltwirtschaft kaum eine Rolle gespielt. Nach der Erreichung der Unabhängigkeit im August 1947¹⁶⁷ folgte das Land einem Modell des demokratischen Sozialismus. Der Staat nahm demzufolge eine dominierende Rolle in der Volkswirtschaft Indiens ein. Nationale Autarkie war ein wesentliches Leitbild. Die wirtschaftlichen Zuwachsraten erreichten durchschnittlich nur 3,5 Prozent und überstiegen damit kaum das Bevölkerungswachstum des Landes, das zwischen 1950 und 1980 bei 2,2 Prozent lag.¹⁶⁸ Bereits Mitte der 1980er Jahre begann man zaghaft mit ersten Reformen. Die Wende kam jedoch erst mit dem Ende des Kalten Krieges. Die Sowjetunion, Indiens wichtigster Wirtschafts- und Handelspartner, fiel auseinander.¹⁶⁹ Im Zuge der Kuwait-Krise explodierten die Ölpreise. Die Devisenüberweisungen durch die indischen Fremdarbeiter im Nahen Osten sanken rapide ab. Indien geriet in eine Zahlungsbilanzkrise. Es musste die Hilfe des internationalen Währungsfonds in Anspruch nehmen und im Gegenzug Maßnahmen zur wirtschaftlichen Liberalisierung durchführen.¹⁷⁰ Unter dem damaligen Finanzminister und späteren Premierminister Manmohan Singh zog sich der Staat aus einer Reihe von Wirtschaftszweigen zurück und privatisierte Unternehmen. Hindernisse für Unternehmensaktivitäten und Auslandsinvestitionen wurden abgebaut.¹⁷¹

¹⁶² Schulz, 2006, S. 1.

¹⁶³ Vgl. dazu u. a. Oberender, 2006; Kapur, 2006; Tellis, 2005; Harris, 2005; Humphrey/Messner, 2006.

¹⁶⁴ Vgl. Müller/Rauch, 2008, S. 7.

¹⁶⁵ Vgl. u. a. Kapur, 2006, S. 202 sowie Ganguly, 2006, S. 21.

¹⁶⁶ Vgl. Kamp, 2006, S. 7.

¹⁶⁷ Vgl. Wagner, 2001b, S. 886.

¹⁶⁸ Vgl. Pilny, 2006, S. 38.

¹⁶⁹ Vgl. Kamp, 2006, S. 7.

¹⁷⁰ Vgl. Pilny, 2006, S. 38.

¹⁷¹ Vgl. Müller, 2006, S. 69 f.

Seit 1994 liegt das reale Wachstum Indiens durchschnittlich bei über 7,4 Prozent. 2005 und 2006 hat es neun Prozent erreicht.¹⁷² Heute verfügte Indien bereits über das viertgrößte Bruttoinlandsprodukt (in Kaufkraftparitäten) weltweit.¹⁷³

Zugleich steht Indien weiterhin vor großen Problemen: So führt das extreme Ausbildungsgefälle dazu, dass es in Indien trotz einer weit überdurchschnittlichen Zahl von Wissenschaftlern, Ingenieuren und Technikern an einer gebildeten und alphabetisierten Durchschnitts-Arbeiterschaft mangelt. Über ein Drittel der Bevölkerung kann nicht lesen. Der Trend ist jedoch positiv: Liegt der Anteil der Analphabeten bei den Erwachsenen noch bei gut 40 Prozent, so sind es bei den 15- bis 24-Jährigen nur noch 24 Prozent.¹⁷⁴ Zu den weiteren Problemen gehören die schwache Infrastruktur, die untergeordnete Stellung der Frau und ganz besonders die soziale Fragmentierung, denn trotz des wirtschaftlichen Wachstums und einer stark wachsenden Mittelschicht leben – je nach Zählung – noch immer bis zu 80 Prozent der Bevölkerung in Armut.¹⁷⁵ Jedes zweite Kind ist unterernährt.

	1987	1993	2004
Anteil der Bevölkerung mit weniger als 1 US\$ pro Tag	46%	42%	34%
Anteil der Bevölkerung mit weniger als 2 US\$ pro Tag	87%	85%	80%

Vgl. Müller/Rauch, 2008, S.10.

Dennoch gilt Indien als Land mit großem Potential. Die politisch gefestigte Demokratie Indiens, seine Rechtsstaatlichkeit, funktionierende Institutionen und seine offene Gesellschaftsstruktur können als positive Ausgangsbedingungen für weiteres Wachstum ausgelegt werden.¹⁷⁶ Die wirtschaftliche Zukunft Indiens wird jedoch vor allem wegen des hohen Bevölkerungswachstums positiv bewertet.¹⁷⁷ Goldman Sachs zufolge hat Indien das Potential, in den kommenden 30 Jahren eine Wachstumsrate von mehr als fünf Prozent aufrechtzuerhalten und somit zur drittgrößten Wirtschaftsmacht der Welt heranzuwachsen, gleich nach den USA und China.¹⁷⁸

2.1.2 Indiens neue Machtmöglichkeiten

Die erfolgreiche Marktliberalisierung Indiens hat bereits heute gesellschaftliche Akteure freigesetzt, die auf internationaler Ebene über weitreichende wirtschaftliche Macht verfügen. So hat zum Beispiel das Wirtschaftsmagazin Forbes ermittelt, dass vier

¹⁷² Vgl. Deutsche Bank Research, 2008.

¹⁷³ Vgl. World Bank, 2008, S. 1.

¹⁷⁴ Vgl. Müller, 2006, S. 63 f.

¹⁷⁵ Vgl. Müller/Rauch, 2008, S. 11.

¹⁷⁶ Vgl. Müller, O. 2006, S. 41.

¹⁷⁷ Vgl. Decker/Mildner, 2005, S. 22.

¹⁷⁸ Vgl. Goldman Sachs, 2003, S. 4.

indische Staatsbürger erstmalig den Sprung unter die zehn reichsten Menschen der Welt geschafft haben.¹⁷⁹ Auch für den indischen Staat bedeutet das Wirtschaftswunder Indiens eine Stärkung der eigenen Machtposition im internationalen System. Zudem ergeben sich theoretisch unterschiedliche Möglichkeiten, außenpolitisch aktiv Einfluss zu nehmen, sowohl auf der Ebene harter Machtressourcen als auch auf der Ebene weicher Machtressourcen. Die Wirkung harter Macht entsteht vor allem in der Umsetzung wirtschaftlichen Potentials in militärische Stärke, aber auch durch Ausnutzung neuer asymmetrischer Interdependenz-Verhältnisse gegenüber kleineren und mittleren Staaten. Zugleich ist anzunehmen, dass die eigenen Abhängigkeitsverhältnisse bei einem wirtschaftlichen Aufstieg zunehmend durch interdependente Beziehungskonstellationen abgelöst werden und sich damit die Mitsprachemöglichkeiten gegenüber ehemals überlegenen Staaten verbessern (z. B. gegenüber den G8-Staaten, die ihre Interessen durch gruppenhegemoniale Kooperation weltweit durchsetzen können). Auch für die Ausübung weicher Macht ist wirtschaftliche Stärke wichtig. In einer Welt, in der die gesellschaftlichen Bedürfnisse nach wirtschaftlicher Verwirklichung zunehmend zur Geltung kommen, kann der wirtschaftliche Erfolg den Ruf und das Selbstbewusstsein des Landes stärken.¹⁸⁰ Weiche Macht wird vor allem dann wirksam, wenn der wirtschaftliche Aufstieg zur Großmacht durch Ausweitung des Handels zu einer grenzüberschreitenden allgemeinen Wohlstandssteigerung führt, denn so verstärkt sich das Interesse an Kooperation auch auf Seiten der neuen Partner.

2.2 Die Machtkonzepte der Großmächte und ihre Bedeutung für das internationale System

Im Folgenden wird der Aufstieg Indiens in Zusammenhang mit dem zu erwartenden Wandel der Mächtekonstellation betrachtet. Letztere wird zunächst kurz beschrieben. Aus den jeweiligen Theorieperspektiven wird die neue Machtkonstellation anschließend bewertet, indem erwartbare bzw. mögliche Entwicklungen hinsichtlich des internationalen Systems abgeleitet werden. Dabei soll deutlich werden, in welchem Maße die Positionierung der Großmächte in Bezug auf die vorgestellten Machtkonzepte für das internationale System von Bedeutung sein kann.

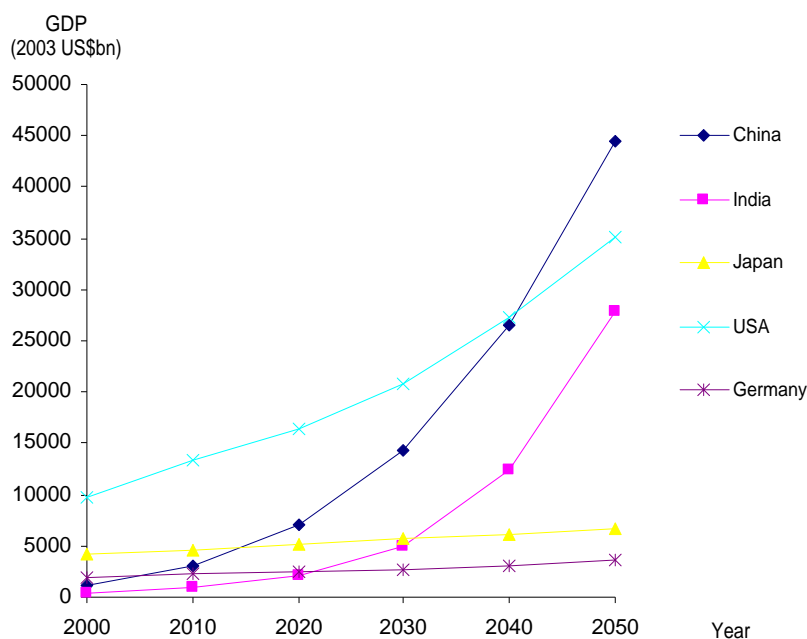
¹⁷⁹ Vgl. Ihlau, 2008, S. 3.

¹⁸⁰ Vgl. Nye, 2003, S. 186.

2.2.1 Die neue Machtkonstellation des internationalen Systems

Auf globaler Ebene ist Indien nicht der einzige ‚Newcomer‘. Auch China, das bereits heute einen zentralen Akteur in der Weltwirtschaft darstellt, gilt als wirtschaftliche Weltmacht mit Zukunft. Chinas Aufholprozess zur Weltspitze hat bereits Ende der 1970er Jahre begonnen und ist dem Indiens deshalb 10-15 Jahre voraus. Bereits in den letzten 25 Jahren konnte China unter der Reformpolitik Deng Xiaopings¹⁸¹ jährlich ein durchschnittliches Wachstum von neun Prozent vorweisen.¹⁸² Die Aussichten für eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Entwicklung werden positiv bewertet. Bestätigen sich die Prognosen, dann wird China nach Berechnungen von Goldman Sachs die USA bereits im Jahr 2041 wirtschaftlich überholen.¹⁸³

China Overtakes the G3; India Is Close Behind



Goldman Sachs (2003)

Die wirtschaftlichen Entwicklungen Chinas und Indiens sind signifikant und tiefgreifend. In ihrer Bedeutung für das Kräfteverhältnis der Weltwirtschaft kommen sie einer tektonischen Verschiebung gleich. Sie verändern die Parameter wirtschaftlichen Handelns in anderen Weltregionen und gehen mit signifikanten Veränderungen in der Weltarbeitsteilung einher.¹⁸⁴ Setzen die chinesischen Industriegüterexporteure bereits heute die Industrieunternehmen aus den USA und Europa in einer steigenden Zahl von Sektoren unter enormen Kostendruck, so scheint von Indien im Zeitalter des Internets

¹⁸¹ Vgl. Pilny, 2006 S.150.

¹⁸² Vgl. Decker/Mildner, 2005, S. 21.

¹⁸³ Vgl. Goldman Sachs, 2003, S. 3.

¹⁸⁴ Vgl. Messner, 2006, S. 46 ff.

und der Digitalisierung vor allem im Dienstleistungsbereich ein ähnlicher Effekt erwartbar zu sein.¹⁸⁵ „In den kommenden 15 Jahren wird Indien den Welthandel mit Dienstleistungen genauso revolutionieren wie China in den letzten 15 Jahren den Welthandel mit Waren verändert hat“, schreibt Arvins Virmani, einer der renommiertesten Volkswirte Indiens.¹⁸⁶ In den Entwicklungsländerregionen gibt es potentielle Verlierer und Gewinner der neuen Weltwirtschaftsentwicklung. Die Industrien Lateinamerikas stehen einerseits unter hohem indischen und chinesischem Wettbewerbsdruck, andererseits boomen die lateinamerikanischen Agrar- und Rohstoffexporte in Richtung Asien. In Afrika profitieren einerseits einige afrikanische Ökonomien von der Nachfrage Indiens und Chinas nach Erdöl, Mineralien und Agrarprodukten. Andererseits bedrohen die chinesischen und indischen Textil- und Bekleidungsindustrien den einzigen Industriesektor, der in den vergangenen Jahren in Afrika Fuß fassen konnte. Günstiger scheint es für die asiatischen Länder auszusehen. Da die beiden Wirtschaftsgiganten einen wachsenden Teil ihrer Importe aus den Nachbarstaaten beziehen, verdichten sich die intra-asiatischen Wirtschaftsbeziehungen zunehmend. Indien und China könnten deshalb für andere asiatische Entwicklungsländer zu Wachstumslokomotiven werden.

Indien und China verändern jedoch nicht nur die ökonomischen, sondern darauf aufbauend auch die globalen politischen Kräfteverhältnisse. Auf der Ebene der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik, in Bezug auf die Sicherung des Zugangs zu Energieressourcen, aber auch hinsichtlich klimapolitischer Kooperationsbemühungen oder im Bereich der Entwicklungspolitik sind Indien und China zunehmend Akteure von globalpolitischer Bedeutung.

Vor dem Hintergrund der dargestellten Entwicklungen kann festgestellt werden, dass der Wandel von der quasi-unilateral geprägten Weltordnung zu einer multilateralen Machtkonstellation mit den zentralen Polen USA, China und Indien¹⁸⁷ bereits begonnen hat.

2.2.2 Eine Bewertung aus der Perspektive des Realismus

Wie aber lässt sich der Aufstieg Indiens und Chinas hinsichtlich der beiden Machtkonzepte bewerten?

Aus der Perspektive des Realismus ist es entscheidend, inwiefern es Indien und China gelingt, ihre wirtschaftliche Stärke auch in militärische Macht umzusetzen und somit ein Gegengewicht zur USA herzustellen. Erst dann vollzieht sich der Wandel vom

¹⁸⁵ Vgl. Müller, O., 2006, S. 43 f.

¹⁸⁶ Virmani zitiert nach Müller, O., 2006, S. 44.

¹⁸⁷ Vgl. Messner, 2006, S. 46 ff.

unipolaren hin zu einem multipolaren System. Aufgrund des strukturell bedingten Handlungsdrucks ist das Streben nach einem Machtausgleich auf militärischer Ebene gegenüber der Übermacht der USA zu erwarten. Dass dies seit Ende des Kalten Krieges noch nicht geschehen ist, begründet Waltz damit, dass nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nur eine den anderen Staaten weit überlegene Großmacht übrig blieb. Unter den Bedingungen internationaler Anarchie führt einseitige Machtkonzentration jedoch zwangsläufig zu Misstrauen auf Seiten der militärisch Schwächeren, selbst wenn die dominierende Macht bereit zu sein scheint, ihre Macht zugunsten einer globalen Ordnung selbst zu beschränken, sich moderat und nachsichtig verhält, denn es gibt keine Sicherheitsgarantie für die Zukunft: Allzu leicht kann die Machtüberlegenheit missbraucht werden.¹⁸⁸ China und Indien haben nun das Potential, die unipolare Machtposition der USA herauszufordern. „Given the expectations of conflict, and the necessity of taking care of one’s interest, one may wonder how any state with the economic capability of a great power can refrain from arming itself [...]“¹⁸⁹ Bereits im Jahr 2000 stellte Waltz fest, dass die Atommacht China auf der militärischen Ebene aufholt: „China can easily raise its nuclear forces to a level of parity with the United States if it has not already done so.“¹⁹⁰ Bleibt man auf der globalen Ebene, legt die Theorie es nahe anzunehmen, dass der Druck internationaler Anarchie Indien in eine Allianz mit China drängt, um somit die sich anbahnende Machtbalance zwischen China und den USA auf der schwächeren Seite zu stärken. Es zeichnen sich aber auch andere denkbare Allianzen ab, z. B. zwischen China und Russland. Dass Russlands neuer Präsident Dimitrij Medwedjew Peking als Ziel einer ersten Auslandsreise wählte, zeigt, dass die beiden Länder näher zusammenrücken. Das schürt im Westen Spekulationen und nährt die Furcht vor einem Machtverlust.¹⁹¹ Da China auf regionaler Ebene auch für Indien eine potentielle Bedrohung darstellt, hat Indien sich mit den Atomwaffentests von 1998 machtpolitisch neu positioniert¹⁹² und sich zugleich ins Kräftefeld der globalen Großmächte katapultiert. Ashok Kapur argumentiert, dass diese Großmächte nun gezwungen waren, die indischen Sicherheitsbedürfnisse gegenüber seinen regionalen Konkurrenten Pakistan und China anzuerkennen und auf der Basis von Verhandlungen mit Indien auch in schwierigen Fragen Lösungen zu suchen. Kapur beschreibt die neue Machtposition Indiens so:

„[...] now the imperatives were to bid for India’s support to ensure the great powers’ access to the region, and to limit India’s tilt towards one of the great power. Thus, China sought to build its India links for fear that a US-India strategic partnership

¹⁸⁸ Vgl. Waltz, 2000, S. 28 ff.

¹⁸⁹ Waltz, 2000, S. 33.

¹⁹⁰ Waltz, 2000, S. 32.

¹⁹¹ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 19.06.2008, S. 4.

¹⁹² Vgl. Müller, 2006, S. 167.

*could become a basis of the encirclement of China by the two as well as Japan; and the US sought the India link because of its fear that China was a challenge to America's pre-eminence in Asia.*¹⁹³

Indien wird für die Machtbalance zwischen China und den USA demnach zunehmend wichtig und hat somit eine strategisch günstige Position. Die Rolle Indiens ist noch offen. Trotzdem ist jetzt schon deutlich, dass mit dem Aufstieg Indiens und Chinas auch aus der Perspektive des Realismus globale Umwälzungen zu erwarten sind: Die durch die USA induzierten Kooperationsstrukturen der internationalen Institutionen und Regime fallen mit dem Ende der US-Hegemonie auseinander.

Aufgrund der neuen Machtverhältnisse verschärfen sich Rivalitäten und geographische Konfliktlinien. Jede Großmacht ist bestrebt, stärker als die anderen zu sein bzw. zu werden, um für sich das Macht- und Sicherheitsdilemma zu vermindern und gegebenenfalls den eigenen Einfluss zu maximieren.¹⁹⁴ Es kann zum Wettrüsten, zur Auflösung bestehender Allianzen und zur Bildung neuer Bündnisse kommen. Mit dem Aufstieg neuer Weltmächte und einer neuen Polarisierung des Mächtensystems kann sich das Verhältnis der Machtressourcen eines jeden Staates und somit seine Position im internationalen System verändern. Wohin die Prozesse des globalen Machtausgleichs führen, ist offen, denn sie unterliegen einer systemischen Eigendynamik.

Balancing ist eine rationale Überlebensstrategie der Staaten,¹⁹⁵ die gerade in turbulenten Zeiten struktureller Veränderungen zur Restabilisierung des Systems wichtig ist. Die Großmächte dürfen sich in dem Prozess des Machtausgleiches nicht einschränken lassen. Nur so können sie für die eigene Sicherheit sorgen und größtmögliche Stabilität für das gesamte System erreichen. Diese Stabilität ist immer fragil, insbesondere in multipolaren Systemen. Waltz nimmt an, dass sich in einem multipolaren System jeder Staat durch eine Vielzahl anderer Staaten bedroht fühlen wird, deren Machtmittel er nur ungenau einschätzen kann und über deren Intentionen er im Unklaren ist. Dementsprechend ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass Akteure in dem Irrglauben, einen Krieg gewinnen zu können, andere Staaten überfallen. Es ist auch denkbar, dass Staaten eher zu präventiven Kriegen neigen, um andere an der Erlangung eines Machtvorteils zu hindern.¹⁹⁶ Gedämpft wird die Gefahr großer Kriege aber nicht nur durch umsichtiges *Balancing* der Großmächte, sondern auch durch die Existenz nuklearer Waffen. Angesichts der enormen Zerstörungskraft und der Möglichkeit eines atomaren Zweitschlags scheuen die Atommächte das Risiko einer

¹⁹³ Kapur, 2006, S. 202.

¹⁹⁴ Vgl. Link, 2001, S. 304.

¹⁹⁵ Vgl. Waltz, 2000, S. 36 ff.

¹⁹⁶ Vgl. Schörnig, 2006, S. 76 sowie Waltz, 2006 [1979], 170 ff.

Eskalation. In diesem Sinne lassen sich die auf das Ende des Kalten Krieges bezogenen Worte von Kenneth Waltz auch auf die bevorstehenden Umwälzungen beziehen:

“Fortunately, the changing relations of East to West, and the changing relations of countries within the East and the West, are taking place in a nuclear context. The tensions and conflicts that intensify when profound changes in world politics take place will continue to mar the relations of nations, while nuclear weapons keep peace among those who enjoy their protection.”¹⁹⁷

2.2.3 Eine Bewertung aus der Perspektive des Liberalismus

Aus liberaler Perspektive ist das Szenario des Realismus durchaus plausibel. Verteidigung und Abschreckung sind als eine Form des defensiven *Balancing* legitime Sicherheitsvorkehrungen der Staaten.¹⁹⁸ Doch bleibt es allein bei dieser „alten“¹⁹⁹ Strategie, kommt es aufgrund von mangelnder Transparenz und Fehlverhalten zu Konflikten, die ein weiteres *Balancing* erzwingen und schließlich zu einem Wettrüsten führen, das weder die internationalen Verhältnisse stabilisiert noch die eigene Sicherheit steigert.²⁰⁰ Die Eskalationsgefahr nimmt drastisch zu. Das Thema Sicherheit kann damit andere wichtige Themen der Weltpolitik von der politischen Agenda verdrängen. Die Kooperationsbereitschaft zur Lösung drängender Weltprobleme schwindet. Den Folgen der Globalisierung muss dann vor allem auf nationaler oder regionaler Ebene begegnet werden.²⁰¹ Das aber ist aus der Perspektive des Liberalismus unzureichend, denn es würde zum Beispiel bedeuten, sich mit dem Bau von Dämmen gegen den steigenden Meeresspiegel zu schützen, anstatt auf der Grundlage gegenseitiger globaler Verpflichtungen den CO₂-Ausstoß als wichtige Ursache dafür insgesamt zu reduzieren. Es könnte außerdem bedeuten, die eigenen Märkte durch protektionistische Wirtschaftspolitik vor externen Einflüssen zu schützen oder umgekehrt durch Deregulierung die Kontrahenten zu unterbieten und so einen ungebremsten Wettlauf nach unten auszulösen. Die Chance, durch gemeinsame Regelungen eine wohlstandsfördernde Weltwirtschaft politisch zu gestalten, wäre damit aus der Sicht des Liberalismus vertan.

Mit einem globalen Wettrüsten ist schließlich auch die Gesellschaftswelt selbst bedroht, denn die zunehmende Wahrnehmung militärischer Bedrohung führt nicht nur zur sicherheitspolitischen Instabilität, sondern auch zur Einschränkung des allgemeinen Wohlstands und der politischen Partizipation der Bürger.²⁰²

¹⁹⁷ Waltz, 2000, S. 36.

¹⁹⁸ Siehe S. 24 der vorliegenden Arbeit.

¹⁹⁹ Czempiel, 1999, S. 246.

²⁰⁰ Vgl. Czempiel, 1999, S. 246 f.

²⁰¹ Vgl. Messner, 2002, S. 6.

²⁰² Vgl. Czempiel, 1999, S. 142.

Ist das Szenario des Realismus aus liberaler Sicht zwar plausibel, so ist es doch nicht wünschenswert. Der Realismus hält diese Entwicklung für zwangsläufig. Der Liberalismus sieht Alternativen. Das Theorem des Realismus, die Systemanarchie und das daraus resultierende Sicherheitsdilemma, stellt für den Liberalismus keine objektive und exogen vorfindbare Tatsache dar. Der Liberalismus versteht internationale Politik vielmehr als Produkt von Interaktionen staatlicher und nichtstaatlicher Akteure. Gerinnt diese internationale Politik zur Struktur, nimmt sie den Charakter der Bedingung an. Diese Struktur kann sich jedoch, wenn auch nur langsam, durch verändertes Verhalten wandeln.²⁰³

Die Voraussetzungen dafür sind aus der Perspektive des Liberalismus besser als je zuvor. Der Demokratisierungsprozess hat den Sicherheitsdruck in zwischenstaatlichen Beziehungen verringert. Die Globalisierung hat die Isolation der Staaten aufgebrochen und sie durch vielfältige Interdependenz miteinander verklammert. Kooperation wird zur Steuerung grenzüberschreitender Prozesse unerlässlich und ist zugleich für alle Beteiligten zunehmend gewinnbringend.²⁰⁴ Unilaterale Machtpolitik zur Durchsetzung eigener Interessen wird hingegen immer aufwändiger und teurer.

Die Struktur der Staatenwelt kann sich jedoch nur dann grundlegend wandeln, wenn die Staaten die traditionellen Pfade der Außenpolitik verlassen und sich stattdessen am Machtkonzept des Liberalismus orientieren. Das heißt vor allem, dass sie ihren Einfluss nicht aufgrund militärischer Überlegenheit geltend machen, sondern im Rahmen einer nachhaltigen und stabilen Global-Governance-Struktur. Bedingung dafür ist, dass sie kooperativ handeln, Raum für die Entwicklung gesellschaftlicher Interdependenzen zulassen, gesellschaftliche Gesamtinteressen berücksichtigen, weiche Macht der harten Macht vorziehen, internationale Regeln und Normen achten und die Entwicklung einer multilateralen Weltordnung unterstützen.

Bei dem Wandel vom Selbsthilfesystem zu einer Global-Governance-Struktur spielen die Großmächte eine zentrale Rolle. Ihr Engagement ist für den Aufbau, die Effektivität und Stabilität von Global Governance von grundlegender Bedeutung: „Wenn sie nicht mitmachen, bliebe auch die Global-Governance-Architektur ein virtuelles Luftschloss.“²⁰⁵ Die Außenpolitik der USA macht diesen Zusammenhang deutlich. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges haben die USA mit der Gründung der Vereinten Nationen und der Bretton-Woods-Institutionen eine multilaterale Weltordnung kreiert. Sie haben damit erfolgreich strukturelle Macht ausgeübt, denn gerade aufgrund ihrer Selbstverpflichtung gegenüber globalen Normen und Regeln konnten sie ihren

²⁰³ Vgl. Czempiel, 1999, S. 76 f.

²⁰⁴ Zur dazu den Abschnitt über die Win-win-Potentiale der Globalisierung S.17 der vorliegenden Arbeit.

²⁰⁵ Nuscheler, 1998, S. 13.

Führungsanspruch langfristig sichern.²⁰⁶ Nach Ende des Kalten Krieges wurde dieser Ansatz von den USA zunächst wieder aufgenommen, jedoch bald durch verstärkten Unilateralismus ersetzt. George W. Bush hat diesen Trend in seiner Amtszeit seit 2001 ins Extreme gesteigert. Er hat das von den USA selbst geschaffene Regel- und Normensystem der Vereinten Nationen offen abgelehnt und stattdessen auf realpolitische Macht gesetzt.²⁰⁷ Die Folge war eine Militarisierung der Weltpolitik: „Den sich formierenden Konstellationen der Gesellschaftswelt [...] wurde wieder die alte Anordnung der Staatenwelt übergestülpt. Sie schob der zwischenstaatlichen Gewaltanwendung das Primat zu, erhob den Krieg zum obersten Regulationsmodus.“²⁰⁸

Das aktuelle Machtkonzept der USA verdeutlicht, dass Demokratisierung und Globalisierung allein noch nicht zwangsläufig die politische Abkehr vom Realismus darstellen. Sie bieten jedoch eine Ausgangsbasis, auf der *kluge Macht* eine Wende herbeiführen kann.²⁰⁹ Konzeptlosigkeit, Gewohnheit und der privilegierte Zugang partikularer Interessengruppen (wie z. B. die der amerikanischen Rüstungs- und Öllobby) zum staatlichen Gewaltmonopol wirken einer solchen Politik entgegen.²¹⁰ Insbesondere im Bereich der Sicherheitspolitik bedarf es aus liberaler Perspektive analytischer Einsicht und langwieriger Lernprozesse politischer Organisationen, die Langfristwerte einer multilateralen Weltordnung zu erkennen, eingeübte strategische Orientierungen am Modell der Staatenwelt zu überwinden und politische Institutionen in Richtung Global Governance umzubauen.²¹¹

Die bevorstehende Ablösung der unilateralen Welt durch eine multipolare Machtstruktur kann als turbulenter und konfliktreicher Wendepunkt der Weltpolitik gesehen werden. Wettbewerb um Macht und weltweite Gestaltungsmöglichkeit ist zu erwarten.²¹² Wie aber werden sich die neuen Großmächte gegenüber den beiden Systemkonzepten des Realismus und Liberalismus verhalten?

Aus der Perspektive des Realismus können Indien und China das internationale System insofern beeinflussen, als sie ihre eigene relative Macht steigern und somit seine Unipolarität durch eine Multipolarität ersetzen. Sie müssen dafür jedoch die Systemlogik berücksichtigen und ihre Machtkonzepte am Weltbild des Realismus

²⁰⁶ Vgl. Czempiel, 2002, S. 24 ff.

²⁰⁷ Vgl. Czempiel, 2004a.

²⁰⁸ Czempiel, 2002, S. 175 f.

²⁰⁹ Vgl. Czempiel, 1999, S. 244.

²¹⁰ Vgl. Czempiel, 1999, S. 205.

²¹¹ Vgl. Messner, 2005, S. 51.

²¹² Vgl. Messner, 2006, S. 49 f.

ausrichten. Durch ein rationales *Balancing* können sie außerdem das Risiko gewaltsamer Konflikte minimieren.

Aus der Perspektive des Liberalismus können Indien und China einen wesentlichen Beitrag leisten, das internationale System nicht nur hinsichtlich seiner Polarität zu verändern, sondern es gemeinsam mit den USA strukturell zu transformieren. Durch die Orientierung am Machtkonzept des Liberalismus können die drei Großmächte die Weichen für den Wandel vom Selbsthilfesystem zur Global-Governance-Struktur gemeinsam legen. Vor diesem Hintergrund erhält die Frage des folgenden Kapitels nach der Positionierung Indiens gegenüber den Machtkonzepten des Realismus und des Liberalismus eine besondere Brisanz.

3 Analyse des indischen Machtkonzepts

Aus den vorangegangenen Überlegungen ergeben sich für das Fallbeispiel Indien zentrale Fragen: Wie wird Indien sich gegenüber den beiden Systemkonzepten des Realismus und des Liberalismus positionieren? Auf welche Weise wird es sein neues Machtpotential einsetzen, um Einfluss auszuüben und Interessenkonflikte zu seinen Gunsten zu entscheiden? Wie wird es sein Verhältnis zu anderen Großmächten gestalten? Wird Indien in anderen Staaten Kooperationspartner für die Lösung gemeinsamer Herausforderungen und Probleme sehen oder wird es nach unilateralen Wegen suchen?

Zukunftsprognosen sind schwierig und unsicher. Sie können hier auch gar nicht geleistet werden. Im Folgenden geht es vielmehr um die Analyse der indischen Außenpolitik seit Erreichen der Unabhängigkeit 1947 bis zur Gegenwart. Das Ziel ist es, Traditionen, Trends und Wandlungsprozesse aufzuzeigen und im Rahmen der vorgestellten theoretischen Machtkonzepte zu bewerten. Die Ergebnisse der Analyse können nicht ohne weiteres auf die Zukunft übertragen werden, zumal die indische Außenpolitik angesichts der sich verändernden Bedingungen und Möglichkeiten vor großen Veränderungs- und Anpassungsprozessen steht. Es soll in dieser Arbeit jedoch zugleich davon ausgegangen werden, dass zukünftige Entscheidungen immer auch im Zusammenhang stehen mit der eigenen Geschichte, den eigenen Erfahrungen und Traditionen.²¹³

Zunächst werden nun die Kriterien genannt, die eine Bewertung der indischen Außenpolitik hinsichtlich einer Zuordnung zu den Machtkonzepten des Realismus und Liberalismus ermöglichen.

Der Realismus geht davon aus, dass das internationale System ein Selbsthilfesystem ist, in dem die militärische Bedrohung der staatlichen Sicherheit die dominante Handlungsbedingung für die Akteure darstellt. Staaten müssen ihre politische Unabhängigkeit wahren. Kooperation ist aus dieser Sicht nur zur Machtbalance in Form von Allianzen sinnvoll. Eine Zuverlässigkeit von Kooperationspartnern kann darüber hinaus nicht erwartet werden. Stark ist, wer unilateral handeln kann. Macht dient demnach der Wahrung eigener Unabhängigkeit und der Durchsetzung eigener Interessen mithilfe von Druck und Zwang.

²¹³ Theorien des Organisationslernens verweisen in diesem Zusammenhang auf die Pfadabhängigkeit von Organisationen. Damit ist ein Zustand bezeichnet, in dem die zur Verfügung stehenden Wahlmöglichkeiten davon abhängen, welche Entscheidungen in früheren Perioden getroffen wurden (vgl. WZB Forschung, 2008). Die hier zu leistende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit bietet damit eine Grundlage für mögliche Zukunftsprognosen.

In der folgenden Analyse wird die indische Außenpolitik dem Machtkonzept des Realismus zugeordnet, wenn Indien bei der Gestaltung seiner internationalen Beziehungen

1. militärische Sicherheit und die Wahrung der eigenen Autonomie zum vorrangigen Ziel der Außenpolitik macht und dabei vor allem auf Gegenmachtbildung setzt,
2. auf unilaterales Vorgehen sowie bilaterale Verhandlungen (Beziehungsmacht) setzt und in Abgrenzung zu konkurrierenden Akteuren Allianzen eingeht,
3. das eigene Nationalinteresse über die Berücksichtigung gesellschaftlicher Gesamtinteressen stellt,
4. zur Erreichung der eigenen Ziele militärische Gewalt und ökonomische Druckmittel (harte Macht) einsetzt,
5. sich durch internationale Regeln und Normen nicht einschränken lässt.

Der Liberalismus lehnt das Bild des Selbsthilfesystems ab und stellt ihm das Bild der Gesellschaftswelt entgegen. In der Gesellschaftswelt ist der Staat anderen Bedingungen ausgesetzt: Sowohl hinsichtlich internationaler Probleme als auch in Bezug auf zahlreiche innenpolitische Belange ist unilaterale Politik zunehmend wirkungslos. Um erfolgreich seine Ziele erreichen zu können, muss der Staat vor allem kooperieren, koordinieren und überzeugen.

Auf Indien treffen grundlegende Bedingungen der Gesellschaftswelt nicht zu. Aufgrund seiner jahrzehntelangen wirtschaftlichen Abschottung ist Indien auch heute noch längst nicht in die dichten Interdependenz-Netzwerke der Weltwirtschaft integriert.²¹⁴ Es kann auch nicht davon ausgegangen werden, dass der Prozess der Demokratisierung in Asien so weit vorangeschritten ist, dass die Bedingungen für den *demokratischen Frieden* gegeben sind. Indische Außenpolitik kann sich dennoch am liberalen Machtkonzept orientieren, indem es sich für die Entwicklung der Gesellschaftswelt und einen kooperativen Multilateralismus einsetzt.

In der folgenden Analyse wird die indische Außenpolitik dem Machtkonzept des Liberalismus zugeordnet, wenn Indien in der Gestaltung seiner internationalen Beziehungen

1. a) sich um militärische Sicherheit bemüht, indem es nicht nur auf seine Verteidigungsfähigkeit setzt, sondern Demokratie und Interdependenz als Grundlage für internationale Kooperation fördert, dem Sicherheitsdilemma

²¹⁴ Bestes Beispiel dafür ist Indiens Anteil am Welthandel. Lag er 1983 bei 0,5 Prozent, konnte er durch die Reformen der 1990er Jahre zwar gesteigert werden, doch 2006 lag er noch immer unter zwei Prozent (vgl. Müller, 2006, S. 89).

- durch Deeskalation vorbeugt und sich für kooperative Rüstungskontroll- und Abrüstungsmaßnahmen einsetzt,
- b) sich zugleich der Verantwortung neuer gemeinsamer Sicherheitsbedrohungen stellt,
- c) dem gesellschaftlichen Anspruch nach Wohlstand und verbesserten Entfaltungschancen auf der Grundlage materieller Wohlfahrt durch die Unterstützung eines freien und gerechten Handels Geltung verschafft,
2. auf multilaterale Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure setzt (auch im Bereich der klassischen Sicherheit) und dabei sein uni- und bilaterales Vorgehen an den Ergebnissen der gemeinsamen Verhandlungen orientiert,
 3. die Bedürfnisse des Gegenübers ernst nimmt und eigene nationalstaatliche Interessen nicht gegen grenzübergreifende gesamtgesellschaftliche Interessen durchzusetzen versucht,
 4. sich zur Realisierung der eigenen Ziele um Konsens der beteiligten Akteure bemüht und dadurch nicht nur auf einzelne Akteure, sondern auch auf komplexe Prozesse und internationale Strukturen Einfluss zu nehmen versucht,
 5. im Interesse an stabilen Strukturen internationale Regeln und Normen einhält und sich für die Stärkung und Weiterentwicklung zentraler Global-Governance-Institutionen einsetzt.

Die Zuordnungskriterien der beiden Machtkonzepte sind hier noch einmal in einer Tabelle zusammengefasst:

	Machtkonzept des Realismus	Machtkonzept des Liberalismus
Zentrale Themen der Außenpolitik	Militärische Sicherheit durch Aufrüstung Autonomie	Sicherheit (gegenüber traditionellen und neuen Sicherheitsbedrohungen) durch Zusammenarbeit Wohlfahrt durch freien Handel
Modus der Interaktion	Unilaterales Vorgehen, bilaterale Verhandlungen (Beziehungsmacht), exklusive Allianzen	Bi- und multilaterale Verhandlungen, integrative Kooperationen (Beziehungsmacht, Konsens- und Definitionsmacht, strukturelle Macht)
Nationales Interesse	Eng definiert: muss ggf. auch über gesellschaftliche Gesamtinteressen gestellt werden	Weit definiert: nationales Interesse kann langfristig nur dann realisiert werden, wenn es nicht im Widerspruch zu gesellschaftlichen Gesamtinteressen steht
Instrumente zur Realisierung eigener Interessen	Harte Macht: Androhung und Ausübung militärischer Gewalt und ökonomischen Drucks	Weiche Macht: Erzeugung von Konsens zur gemeinsamen Steuerung von Prozessen und Strukturen
Internationale Regeln und Normen	Dürfen das eigene Handeln nicht einschränken	Sind einzuhalten und im Sinne eines langfristigen und gerechten Global-Governance-Systems auszubauen

Bei der Analyse indischer Außenpolitik soll außerdem gefragt werden, mit welchem Machtkonzept Indien erfolgreich seine Interessen realisieren konnte, da sowohl positive als auch negative Erfahrungen zukünftige Entscheidungen beeinflussen, den eigenen Entwicklungspfad verstärken, aber auch alternative Lernprozesse auslösen können.

Mit indischer Außenpolitik sollen hier die Beziehungen der indischen Regierung zu Akteuren des internationalen Systems gemeint sein. Die Akteure können sowohl Staaten als auch internationale Regierungsorganisationen und gesellschaftliche Akteure sein.

3.1 Einzelanalysen

In Kapitel 3.1.1 soll auf die außenpolitische Positionierung Indiens nach Erreichen der Unabhängigkeit eingegangen werden. In Kapitel 3.1.2 geht es um Indiens Weg zur Atomkraft. Die Atomwaffentests von 1998 stellen eine außenpolitische Machtdemonstration dar, mit der Indien sich international neu positioniert hat. In Kapitel 3.1.3 wird nach den regionalen Beziehungen Indiens gefragt. In Kapitel 3.1.4 geht es um die Beziehungen Indiens zu China und den USA, denn sie werden zusammen mit Indien voraussichtlich die drei Machtpole des internationalen Systems darstellen. Das Kapitel 3.1.5 setzt sich schließlich mit Indiens Verhältnis zu den zentralen Global Governance-Institutionen auseinander. Da nicht alle Institutionen berücksichtigt werden können, sollen die UN als wichtigste und umfassendste internationale Organisation im Zentrum der Analyse stehen. Darüber hinaus wird auch die Rolle Indiens in der WTO angesprochen, um zumindest einige Aspekte der indischen Wirtschaftspolitik auf globaler Ebene aufzuzeigen.

Das Vorgehen in den folgenden Kapiteln besteht aus jeweils zwei Schritten:

Der erste Schritt ist deskriptiv. Indiens außenpolitische Grundsätze, sein Weg zur Atomkraft und die Beziehungen zu einzelnen internationalen Akteuren werden beschrieben.

Im zweiten Schritt geht es um die Analyse des Beschriebenen. Bewertet werden soll, inwiefern Indiens Außenpolitik den Machtkonzepten des Realismus und des Liberalismus entspricht. Die oben erarbeiteten Zuordnungskriterien dienen dabei als Orientierung.

3.1.1 Außenpolitische Positionierung Indiens nach der Unabhängigkeit

Darstellung der außenpolitischen Positionierung

Die Grundsätze indischer Außenpolitik sind geprägt durch die Erfahrung kolonialer Besatzung durch Großbritannien.²¹⁵ Der erste Premierminister nach Erreichung der Unabhängigkeit 1947 war Jawaharlal Nehru²¹⁶, enger Weggefährte Mahatma Gandhis. Seine Grundsätze indischer Außenpolitik spiegeln noch heute wichtige Elemente des nationalen Konsenses wider.²¹⁷

Nehru betrachtete Machtpolitik als Phänomen des imperialistischen 19. Jahrhunderts, das im 20. Jahrhundert zwar nachwirkte, der Zeit jedoch nicht mehr entsprach und daher zunehmend seine Relevanz verlor. Nicht die militärische oder wirtschaftliche Stärke eines Landes, sondern viel eher die jeweiligen historisch-kulturellen, normbildenden Errungenschaften sollten nach seiner Auffassung die Stellung eines Landes in der Welt bestimmen. Nehru sah Indien in dieser neuen Weltordnung als Vorreiter. Indien war „[...] the harbinger of a new set of principles of peaceful coexistence and multilateralism which if applied properly would transform the world.“²¹⁸ Internationaler Friede, Abrüstung, Völkerverständigung und Zusammenarbeit waren Nehrus erklärte Anliegen, die er bereits 1947 mit dem Begriff *one world* umschrieb.²¹⁹ Leitlinie seiner Politik waren die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz (*Pancasila*), die auch heute noch einen gewissen Einfluss auf Indiens außenpolitische Elite ausüben. Die Prinzipien lauten: Respekt vor Souveränität und territorialer Integrität, gegenseitiger Gewaltverzicht, Nichtintervention in innere Angelegenheiten, Gleichheit und wechselseitige Hilfe.²²⁰ Die *Pancasila* sollte für eine alternative Moral der internationalen Beziehungen stehen, welche der ‚alten Welt‘ mit ihren Konflikten, Intrigen und Machtkonkurrenzen entgegensetzen waren.

Auf internationaler Ebene versuchte Nehru, die Indische Union aus der globalen Konfrontation zwischen den Supermächten USA und UdSSR herauszuhalten, ihre Souveränität zu wahren und sich als Fürsprecher der noch kolonialisierten Staaten Asiens und Afrikas zu etablieren.²²¹ Das Bemühen, damit einen dritten Weg einzuschlagen, spiegelte sich unter anderem in Nehrus Idealbild eines solidarisch vereinten

²¹⁵ Vgl. Müller, 2006, S. 33.

²¹⁶ Jawaharlal Nehru war indischer Premierminister von 1947 bis zu seinem Tod 1964 (vgl. Tharoor, 2005, S. 9).

²¹⁷ Vgl. Mohan, 2006b, S. 1.

²¹⁸ Mohan, 2006b, S. 4.

²¹⁹ Vgl. Wagner, 1998, S. 17.

²²⁰ Vgl. Müller, 2006, S. 54 f.

²²¹ Vgl. Wagner, 1998, S. 32 f.

Asiens wider.²²² Seinen nachhaltigsten Ausdruck fand es jedoch in der *Bewegung der Blockfreien Staaten*. Blockfreiheit hieß für Nehru nicht einfach die Wahrung der Neutralität, sondern das aktive Eintreten für eine gerechte internationale Ordnung. In diesem Sinne nahmen die Blockfreien Staaten die *Pancasila* als Grundlage und erklärten das Ziel, den neuen dekolonialisierten Staaten ein gleichberechtigtes Mitspracherecht in internationalen Angelegenheiten zu ermöglichen.²²³

Indiens Bemühen um Eigenständigkeit und Unabhängigkeit wirkte sich nicht nur außenpolitisch aus, sondern auch auf das indische Wirtschaftsmodell, das sich an nationaler Autarkie orientierte. Nehrus erklärtes Ziel war es, Indien als eigenständige Großmacht im internationalen System zu etablieren. Die geographische und demographische Größe sowie sein Jahrtausende altes kulturelles und zivilisatorisches Erbe stellten das Land in seinen Augen auf eine Stufe mit China und gaben ihm eine quasi ‚natürliche‘ Großmachtrolle.²²⁴ Während Nehru den weltpolitischen Einfluss zu steigern versuchte, indem er das Prinzip der Blockfreiheit verkörperte, betonte später seine Nachfolgerin Indira Gandhi²²⁵ stärker die außenpolitische Unabhängigkeit, bei der machtpolitische Aspekte zunehmend in den Vordergrund traten. Nehru gilt als außenpolitischer Idealist, während Indira Gandhi die Realistin war. Rajiv Gandhi²²⁶ trug mit seinen Reformen der gewachsenen ökonomischen Interdependenz Rechnung, um damit der Indischen Union unter gewandelten weltpolitischen Konstellationen ein größeres Gewicht zu verleihen.²²⁷

Die außenpolitischen Positionierung Indiens zwischen Realismus und Liberalismus

Die Grundsätze indischer Außenpolitik Nehrus sind sehr stark von idealistischen Vorstellungen und damit von liberalen Grundideen geprägt. Während internationaler Friede durchaus auch als Ziel des Realismus betrachtet werden kann, so grenzt sich der von Nehru aufgezeigte Weg klar von der Idee einer klassischen *Balance of Power* ab. Mit seiner Ablehnung der Machtpolitik zugunsten von Abrüstung und multilateraler Zusammenarbeit stellt Nehru deutlich Grundelemente eines liberalen Machtverständnisses ins Zentrum seiner außenpolitischen Rhetorik. Der Einsatz für die blockfreie Bewegung und die deklarierte Solidarität mit den Ländern der dritten Welt

²²² Vgl. Kesevan, 2005.

²²³ Vgl. Wagner, 1998, S. 32 f.

²²⁴ Vgl. Wagner, 1998, S. 17.

²²⁵ Indira Gandhi war die Tochter Nehrus und nicht mit Mahatma Gandhi verwandt. (Information für politische Bildung, 1997, S. 10) Sie war indische Premierministerin von 1966 bis 1977 und von 1980 bis zu ihrem Tod 1984 (vgl. Tharoor, 2005, S. 9 ff.).

²²⁶ Rajiv Gandhi ist der Sohn von Indira Gandhi. Er war indischer Premierminister von 1984 bis 1989 (vgl. Tharoor, 2005, S. 13).

²²⁷ Vgl. Wagner, 1998, S. 34.

kann aus liberaler Sicht als legitimes Engagement im Sinne gesellschaftlicher Gesamtinteressen und globaler Gerechtigkeit gelesen werden. Für den Realismus lassen sich die Grundsätze indischer Außenpolitik mit der Unterlegenheit Indiens gegenüber der globalen Dominanz der beiden Supermächte USA und der Sowjetunion begründen. Die Forderung nach Multilateralismus und einer gerechten Weltordnung sind demnach Strategien schwacher Staaten, denen kaum etwas anderes übrig bleibt, als ihre Sicherheit und ihren internationalen Einfluss über diesen Weg zu steigern. Ob Indiens liberale Grundsätze tatsächlich strategisch motiviert sind, zeigt sich dort, wo Indien nicht die Position des Schwächeren einnimmt und trotz materieller Überlegenheit auf Machtpolitik verzichtet.

Das indische Streben nach wirtschaftlicher Autarkie und die starke Reglementierung der Binnenwirtschaft entsprechen nicht dem Verständnis des Liberalismus, nach dem maximale Wohlfahrtsgewinne und auch Sicherheit stark von der freien Entwicklung gesellschaftlicher Akteure abhängen. Vielmehr scheint das Bemühen um wirtschaftliche Autarkie in das Bild des internationalen Selbsthilfesystems zu passen, in dem letztendlich nur auf sich selbst Verlass ist.

3.1.2 Indien und die Atombombe

Darstellung der nuklearen Aufrüstungsgeschichte

Seit den Nukleartests von 1998 verfügt Indien offiziell über einsatzfähige Atomwaffen. Der Nuklearstatus Indiens steht in einem krassen Widerspruch sowohl zu Nehrus Bekenntnis hinsichtlich Abrüstung und Multilateralismus als auch zu seiner offenen Ablehnung klassischer Machtpolitik. Sehr wohl verträgt sich der Atomwaffenstatus hingegen mit dem indischen Großmachtanspruch und dem Bestreben nach Unabhängigkeit von den etablierten Großmächten. Nehru selbst hatte ein zwiespältiges Verhältnis zur Atombombe. Einerseits lehnte er sie ab, andererseits glaubte er, Indien solle zumindest die Fähigkeit haben, sie herzustellen. Er hielt sich deshalb die Option einer atomaren Aufrüstung offen. Mit dem 1948 verabschiedeten Atomenergiegesetz hüllte Indien seine Atompolitik und die entsprechende Forschung in den Schleier der Geheimhaltung. Tatsächlich fanden seit Beginn der Unabhängigkeit Indiens kerntechnische Forschungen statt, wengleich zunächst vor allem hinsichtlich atomarer Energiegewinnung.²²⁸

Die Frage nach der Atombombe wurde für Indien akut, als China 1964 kurz nach dem Grenzkrieg gegen Indien in den Club der Kernwaffenbesitzer aufstieg. Indiens Bemühungen, Sicherheitsgarantien von den USA, Großbritannien oder der

²²⁸ Vgl. Rothermund, 2008, S. 77 ff.

Sowjetunion zu erhalten, scheiterten.²²⁹ Das indische Kabinett kam dennoch zu der Entscheidung, keine Bombe zu bauen, behielt sich aber eine Revision der Entscheidung vor.²³⁰ Während der Verhandlungen zum *Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV)* 1966-1968 setzte Indien sich dafür ein, diesen Vertrag zu einem verbindlichen nuklearen Abrüstungsvertrag zu machen. Dass Indien den NVV schließlich nicht unterzeichnete (es bis heute auch nicht getan hat), lag daran, dass der NVV den fünf existierenden Großmächten²³¹ das Recht auf Kernwaffenbesitz faktisch zugestand. Zwar wurden sie auf nukleare Abrüstung verpflichtet, diese Verpflichtung wurde jedoch weder zeitlich konkretisiert noch unter Überwachung gestellt.²³² Indien fürchtete eine globale Zwei-Klassen-Gesellschaft der *nuclear haves* und *have-nots*, die der formalen Gleichberechtigung der Staaten im Rahmen der Vereinen Nationen widerspricht und zugleich indischen Ambitionen nach einem größeren nationalen Status im Wege steht.²³³

Als während des Bangladesch-Krieges 1971 die mit Pakistan alliierten USA²³⁴ eine Flugzeugträgergruppe mit dem kernwaffenbestückten Träger Enterprise in den Golf von Bengalen schickten, wurde das von Seiten Indiens als unverhohlene Drohung wahrgenommen.²³⁵ Noch direktere Signale kamen aus Peking, das 1963 ein Militärbündnis mit Pakistan eingegangen war.²³⁶ Die indische Regierung sah sich zum Abschluss eines Vertrages über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion genötigt, der im Angriffsfall sofortige Konsultationen – allerdings keinen automatischen Beistand – vorsah.²³⁷ Die innenpolitisch in Schwierigkeit geratene Indira Gandhi beschloss, einen Test durchführen zu lassen. 1974 zündete Indien den ersten nuklearen Sprengsatz.²³⁸ Obgleich Indira Gandhi betonte, dass es sich lediglich um einen Sprengsatz für friedliche Zwecke gehandelt habe, konnte Indien mit dem Test demonstrieren, dass seine Wissenschaftler die Technik der Kernspaltung beherrschten. Indien leitete daraus den Anspruch ab, nun zum Club der Nuklearmächte zu gehören. Die durch den NVV legitimierten Nuklearmächte lehnten dies jedoch ab und erklärten die Absicht, weitere Fortschritte Indiens auf diesem Gebiet zu verhindern.²³⁹ Noch im gleichen Jahr wurde die Nuclear Suppliers Group (NSG) gegründet, in der sich 44

²²⁹ Vgl. Müller, 2006, S. 170.

²³⁰ Vgl. Rothermund, 2008, S. 79.

²³¹ Die fünf existierenden Großmächte waren die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates: USA, China, Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien.

²³² Vgl. Müller, 2006, S. 170 f.

²³³ Vgl. Wagner, 1998, S. 42.

²³⁴ Für ausführlichere Informationen zur Allianz zwischen den USA und Pakistan siehe Kapitel 3.1.3 – Darstellung der Beziehungen zwischen Indien und Pakistan.

²³⁵ Vgl. Müller, 2006, S. 171.

²³⁶ Vgl. Rothermund, 2008, S. 67.

²³⁷ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, 2007, S. 40.

²³⁸ Vgl. Müller, 2006, S. 170 f.

²³⁹ Vgl. Rothermund, 2008, S. 80 f.

Staaten zu einer freiwilligen Koordinierung ihrer Nuklearexporte verpflichteten, um die Weitergabe von sensitivem Nuklearmaterial unter anderem an Indien zu verhindern.²⁴⁰ Ende der 1970er Jahre bot Indien erfolglos an, sein komplettes Atomprogramm unter Aufsicht der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) zu stellen, wenn die Supermächte den nuklearen Rüstungswettlauf beendeten.²⁴¹ In den 1980er Jahren verschlechterte sich Indiens Sicherheitslage durch die Fortschritte des Kernwaffenprogramms in Pakistan. Pakistan wurde dabei aktiv von China unterstützt. Chinesische Ingenieure halfen Pakistan bei der Anreicherung, Pakistan erhielt Blaupausen für Kernwaffen und China assistierte beim Bau eines Reaktors zur Plutonium-Produktion in Khushab. Den wichtigsten Beitrag zum Raketenarsenal Pakistans leistete China mit der Lieferung der nuklearfähigen Mittelstreckenrakete M-11. Indien stand damit einer chinesisch-pakistanischen Kernwaffenallianz gegenüber, die die Supermacht USA stillschweigend tolerierte.²⁴² Indira Gandhi sah sich veranlasst, das indische Nuklearprogramm neu zu aktivieren. 1983 zog sie die Order zu einem neuen Test jedoch wieder zurück.²⁴³

Rajiv Gandhi bemühte sich ab Mitte der 1980er Jahre um eine kooperative Lösung auf globaler Ebene. In der Vollversammlung der Vereinten Nationen schlug er vor, bis zum Jahre 2010 in drei Schritten die Kernwaffen weltweit vollständig abzubauen. In der Zwischenzeit sollte kein weiterer Staat Kernwaffen erwerben – auch Indien nicht. Auch diese Initiative fand bei den Atommächten keinerlei Resonanz.²⁴⁴ Die USA waren trotz indischer Bitten weiterhin nicht bereit, wirksam gegen das pakistanische Nuklearprogramm und seine Unterstützung durch China vorzugehen. Mit dem Ende des Kalten Krieges verlor Indien den Schutz durch die Sowjetunion. Indien beobachtete zudem sorgfältig den Aufstieg Chinas, das in der Weltpolitik zunehmend an Einfluss gewann.²⁴⁵

Mit Ende des Irak-Kriegs 1991 trat das Problem nuklearer Proliferation in den Mittelpunkt der US-amerikanischen Außenpolitik. Die Regierung unter Präsident Bush Senior übte starken Druck auf Indien aus, Verhandlungen mit Pakistan, den USA, Russland und China aufzunehmen mit dem Ziel, Südasien kernwaffenfrei zu machen. Zugleich begannen 1994 in Genf Verhandlungen über einen umfassenden Teststopp. Alle Kernwaffenstaaten beachteten zu dieser Zeit ein Testmoratorium und es war abzusehen, dass ein Vertrag zur Beendigung aller Nukleartests bald zustande kommen

²⁴⁰ Vgl. Neuneck, 2006, S. 137.

²⁴¹ Vgl. Müller, 2006, S. 185.

²⁴² Gegen die sowjetische Besetzung Afghanistans war Pakistan als Basis für die von Washington unterstützten Mujaheddin-Kämpfer unverzichtbar geworden (vgl. Müller, 2006, S. 173).

²⁴³ Vgl. Müller, 2006, S. 172 ff.

²⁴⁴ Vgl. Müller, 2006, S. 185 f.

²⁴⁵ Vgl. Müller, 2006, S. 174.

würde. In der ursprünglich von Nehru stammenden Idee eines Teststopp-Vertrags sah Indien nun jedoch ein Instrument der Atommächte, die eigenen Kernwaffen zu behalten und andere am Gleichziehen zu hindern. Indien sah sich bestätigt, als der NVV 1995 auf unbegrenzte Zeit verlängert wurde. Für Indien, das sich weiterhin um eine globale Abrüstung bemühte hatte, war das ein schwerer Schlag. Die Verlängerung des NVV auf unbegrenzte Zeit interpretierte Indien als Legitimierung für die fünf offiziellen Kernwaffenstaaten, ihre Arsenale zu behalten und somit den Status quo der „nuklearen Apartheid“²⁴⁶ zu zementieren.

Unmittelbarer Auslöser für den indischen Atombombentest von 1998 war der erfolgreiche Test der pakistanischen Mittelstreckenrakete Ghauri.²⁴⁷ Die indische Regierung rechtfertigte die Ausübung der nuklearen Option jedoch in erster Linie mit einer möglichen atomaren Bedrohung durch China.²⁴⁸ Die internationale Gemeinschaft beantwortete die Nuklearisierung Indiens zunächst mit Ächtung und Sanktionen. Doch die diplomatische Isolation wurde bereits 2000 mit dem Besuch des US-Präsidenten Clinton beendet. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wurden die Sanktionen vollständig aufgehoben. Das erste Gipfeltreffen der EU mit Indien im Sommer 2000 macht ebenfalls deutlich, dass die unterschiedlichen Positionen in der Nuklearfrage einer internationalen Aufwertung des Landes nicht im Wege standen.²⁴⁹ Mit dem Abkommen über die Zusammenarbeit bei der zivilen Nutzung der Atomenergie 2006 hat die US-Regierung Indien de facto als erste Atommacht außerhalb des NVV anerkannt.²⁵⁰ Obgleich das Abkommen Indien ermöglicht, nach mehr als 30-jährigem Boykott wieder Atomtechnologie und Nuklearmaterial zur zivilen Nutzung zu erwerben,²⁵¹ ist der Nuklearvertrag in Indien sehr stark umstritten und hat 2008 zu einer ernststen Regierungskrise geführt.²⁵² Für die einen ist der Nuklearvertrag von kaum zu überschätzender positiver Bedeutung für Indien, sowohl politisch als auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Der Vertrag erkennt nicht nur Indien als Nuklearmacht an, sondern öffnet den lang verwehrten Zugang zum internationalen Nuklearmarkt. Indien könnte damit seinen rapide ansteigenden Energiebedarf vermehrt mit Atomkraft statt mit Erdöl und Kohle decken.²⁵³ Andere lehnen den Atomvertrag ab. Sie argumentieren, Indien mache sich damit zum Untertan von Washington. Ihrer Ansicht nach gehe es

²⁴⁶ Bundeszentrale für politische Bildung, 2007, S. 41.

²⁴⁷ Vgl. Müller, 2006, S. 167 ff.

²⁴⁸ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, 2007, S. 42.

²⁴⁹ Vgl. Wagner, 2005c, S. 11.

²⁵⁰ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, 2007, S. 41.

²⁵¹ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, 2007, S. 41.

²⁵² Vorgezogene Neuwahlen konnten im Juli durch einen politischen Positionswechsel der sozialdemokratischen Samajwadi jedoch zunächst abgewendet werden (vgl. Süddeutsche Zeitung, 07.07.2008, S. 8).

²⁵³ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 03.03.2006, S. 1.

Washington darum, Indien doch noch der internationalen Kontrolle zu unterstellen, nachdem es so lange aus eigener Kraft an der Atombombe gearbeitet hat.

Die indische Atombombe zwischen Realismus und Liberalismus

Mit der Entscheidung für den Atomwaffentest hat Indien seine harten Machtressourcen aufgewertet und somit auf die relative Verteilung von Machtmitteln (*distribution of capabilities*) im internationalen System Einfluss genommen. Es hat sich offen für eine Sicherheitsstrategie der Aufrüstung entschieden. Der neue Status ermöglichte es Indien deshalb, seine militärische Autonomie zu behaupten und zugleich im nationalen Interesse seinem Großmachtanspruch Geltung zu verschaffen. Diese geostrategische Neupositionierung Indiens lässt sich demzufolge sehr genau dem Machtkonzept des Realismus zuordnen.

Das Zünden der Atombombe selbst war ein Akt realpolitischer Machtdemonstration. Die langfristige Sicherheitsstrategie Indiens ist hinsichtlich der theoretischen Verortung zwischen Realismus und Liberalismus jedoch weniger eindeutig.

Die Weigerung, dem NVV beizutreten, bedeutet auf der einen Seite eine Ablehnung des wichtigsten multilateralen Rüstungskontrollabkommens auf globaler Ebene²⁵⁴ und widerspricht insofern dem liberalen Konzept *kluger Macht*. *Kluge Macht* kann nur dann wirksam werden, wenn die Bereitschaft besteht, sich auf internationale Regeln und Normen einzulassen. Auf der anderen Seite entspricht der NVV aus liberaler Sicht aufgrund seiner Asymmetrie nicht einem idealen Baustein für ein stabiles und gerechtes Global-Governance-System, denn der NVV führt de facto dazu, dass die Nuklearmächte ihren Status legitimieren, während den nuklearfreien Staaten die Kernwaffe verboten wird.

Indien verweigerte sich dem NVV. Es lehnte jedoch die Idee einer kooperativen Sicherheitspolitik auf globaler Ebene grundsätzlich nicht ab. Im Gegenteil: Indien bemühte sich um globale Abrüstungsvereinbarungen, die dem Machtkonzept des Liberalismus sehr viel stärker entsprechen als ein asymmetrischer Nichtverbreitungsvertrag. Bis 1998 konnte Indien dabei ausschließlich auf seine argumentative Überzeugungskraft (weiche Macht) setzen. Dieses Engagement scheint glaubwürdig, da sich Indien trotz seines Großmachtanspruchs hinsichtlich seines eigenen Nuklearprogramms zögerlich zeigte. Obgleich Indien bereits 1965 über die technischen Voraussetzungen für einen Atomtest verfügte, wurde er erst 1974 durchgeführt. Gleiches gilt für die Testserie von 1998, für die bereits seit Ende der 1980er Jahre einsatzfähige Sprengköpfe vorhanden waren.²⁵⁵ Zuvor hatten Indiens Be-

²⁵⁴ Vgl. Krell/Minkwitz/Schörnig, 2004, S. 567.

²⁵⁵ Vgl. Müller/Rauch, 2007.

mühungen, den notwendigen Konsens herzustellen und damit auf die globalen Sicherheitsstrukturen Einfluss zu nehmen, keinen Erfolg. Der Atombombentest kann in diesem Zusammenhang als eine notwendige Anpassung der eigenen Machtinstrumente an die Spielregeln gesehen werden, die von den internationalen Protagonisten festgelegt wurden. Notwendig deshalb, weil Indien sich mit einem akuten Sicherheitsrisiko durch seine erstarkenden Nachbarn konfrontiert sah.

Die neue geostrategische Position hat Indiens Möglichkeiten, auf die Gestaltung einer globalen und kollektiven Sicherheitspolitik Einfluss zu nehmen, theoretisch verbessert. Das gilt auch in Bezug auf die Idee einer globalen Abrüstung. Diese kooperative Sicherheitsstrategie benötigt Konsens. Das Erzeugen von Konsens bedarf *weicher Macht*. Paradoxer Weise könnte die Atombombe auch die weiche Macht Indiens stärken, denn die Bereitschaft, sich selbst als Atommacht einem globalen Abrüstungsvertrag zu unterwerfen, würde die Glaubwürdigkeit der traditionellen Argumentation Indiens stärken und den Rechtfertigungsdruck auf die anderen Atomkräfte erhöhen.

Der internationale Prestige- und Einflussgewinn, den Indien durch seinen Atomwaffenstatus erfahren hat,²⁵⁶ wirkt einem fortgesetzten Engagement für die traditionellen Ziele indischer Sicherheitspolitik jedoch entgegen. Es gibt klare Anzeichen, dass der Atomtest einen Wandel in der indischen Sicherheitsstrategie eingeleitet hat. Seit 1998 ist Indien nicht mehr mit Initiativen für eine globale Abrüstung von Atomwaffen aufgefallen. Im Gegenteil: Der Nuklearvertrag von 2006 eröffnet Neu-Delhi die Möglichkeit, für die zivile Nutzung Nuklearmaterial zu importieren und so die eigenen knappen Uranreserven für die militärische Nutzung bereitzustellen. Trotz vorgeschriebener Kontrollen²⁵⁷ des Uranhandels kann der Vertrag durch die Freistellung der eigenen, international nicht kontrollierbaren Uranreserven eine nukleare Aufrüstung ermöglichen. Im Gegensatz zu seiner früheren Abrüstungsrhetorik hat Indien bisher weder den Teststopp-Vertrag unterzeichnet noch hat es sich auf eine andere Weise darauf verpflichtet, das Abkommen nicht zur Entlastung des eigenen Atomwaffenprogramms zu nutzen.²⁵⁸ Vielmehr hat Premierminister Singh das Atomabkommen im indischen Parlament gerade damit verteidigt, dass dieses die eigenen Aufrüstungspläne nicht beeinträchtigt, sondern sicherstellt, dass ausreichend spaltbares Material zu Verfügung stehen werden, um dem eigenen strategischen Programm zu genügen.²⁵⁹

²⁵⁶ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, 2007, S. 41.

²⁵⁷ Es sollen diejenigen Anlagen kontrolliert werden, in denen die nuklearen Importe genutzt werden (vgl. Meier/Neuneck, 2006, S. 3).

²⁵⁸ Vgl. Müller/Rauch, 2007.

²⁵⁹ Vgl. Meier/Neuneck, 2006, S. 4.

Es scheint also, dass der indische Politikwissenschaftler und Journalist Dr. Raja Mohan Recht behält. Kurz nach den Nukleartests erklärte er, Indien habe sich bisher auf die Macht der Argumente verlassen, jetzt vertraue es auf das Argument der Macht.²⁶⁰ Deutlich wird eine klare Abkehr von der liberalen Vorstellung, militärische Sicherheit durch kollektive Nuklearabrüstung herstellen zu können. Ziel ist nicht mehr die kollektive Sicherheitsgemeinschaft²⁶¹. Vielmehr setzt Indien auf militärischen Selbstschutz im Sinne des Realismus. Es nimmt dabei in Kauf, dass der NVV dadurch geschwächt wird.²⁶² Trotz seiner Asymmetrie legt dieser jedoch verbindliche Normen und Regeln für die weltweite Nonproliferationsbemühungen fest. Der Nuklearvertrag mit Indien und der zeitgleiche Konflikt um das iranische Atomprogramm machen deutlich, dass die USA nicht mehr die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen als Problem sehen, sondern zunehmend zwischen guter und schlechter Proliferation unterscheiden. Indiens traditioneller Position widerspricht diese Entwicklung. Sie bietet Indien jedoch die Möglichkeit, die Stigmatisierung durch das Nuklearembargo zu beenden, ohne zugleich abrüsten zu müssen.²⁶³ Das nationale Interesse wird hier über internationales Recht gestellt.

Mit den Atomwaffentests von 1998 hat Indien realpolitisches *Balancing* betrieben. Es hat damit auf das Sicherheitsdilemma reagiert, dass sich aus dem Rüstungswettlauf in Asien ergeben und zu dem es selbst beigetragen hat. Bis heute hat Neu-Delhi keine Nuklearstrategie oder -doktrin²⁶⁴ verabschiedet, sodass die weitere Gestaltung des Atomwaffenprogramms und sein möglicher Einsatz nicht eindeutig geklärt sind.²⁶⁵ Dennoch hat Premierminister Vajpayee bereits wenige Tage nach den Tests im indischen Parlament verkündet, dass die indischen Atomwaffen nicht zum Zweck der Drohung eingesetzt werden sollen, sondern als Mitte der Abschreckung der Selbstverteidigung dienen sollen.²⁶⁶ Indien betreibt damit ein defensives *Balancing*, dass nicht auf aggressive Expansion ausgerichtet ist, sondern auf Stabilität und Ausgleich.

²⁶⁰ Vgl. Rothermund, 2008, S.76.

²⁶¹ Mit Sicherheitsgemeinschaft soll hier ein Gemeinschaftsmodell von Staaten gemeint sein, die das Sicherheitsdilemma im Sinne Czempels durch weitreichende Koordination und partielle Integration der Rüstungs- und Militärpolitik überwinden. Symmetrische globale Rüstungskontroll- bzw. Abrüstungsvereinbarungen gelten in diesem Zusammenhang als Ausdruck einer Tendenz zur weltweiten Sicherheitsgemeinschaft (vgl. Krell/Minkwitz/Schörning, 2004, S. 555).

²⁶² Bisher stand der unbegrenzte Zugang zur zivilen Nukleartechnologie nur NVV-Mitgliedern offen (vgl. Meier/Neuneck, 2006, S. 3).

²⁶³ Vgl. Meier/Neuneck, 2006, S. 6.

²⁶⁴ 1999 veröffentlichte der nationale Sicherheitsbeirat eine *Draft Nuclear Doctrine*, die jedoch bislang nicht offiziell angenommen wurde (vgl. Müller, 2006, S. 178).

²⁶⁵ Vgl. Rothermund, 2008, S. 84 sowie Müller, 2006, S. 178.

²⁶⁶ Das Statement Vajpayees hier nochmal im Wortlaut: "We do not intend to use these weapons for aggression or for mounting threats against any country; these are weapons of self-defence, to ensure that India is not subjected to nuclear threats or coercion. We do not intend to engage in an arms race." (Vajpayee, 1998).

3.1.3 Indien in seiner Region

Die regionale Ebene ist im Rahmen dieser Arbeit aus zwei Gründen relevant:

Erstens gilt Indien seit 1971 als uneingeschränkte Vormacht in Südasien. Es hat dort somit einen Großmachtstatus erreicht, der sich auf globaler Ebene erst aufgrund der gegenwärtigen wirtschaftlichen Erstarkeung abzeichnet. In Bezug auf die regionale Ebene soll von Interesse sein, auf welche Weise Indien seine überlegene Position für die Gestaltung regionaler Beziehungen genutzt hat. Beurteilungsmaßstab sind auch hier die beiden vorgestellten Machtkonzepte.

Zweitens wird den Regionen eine zunehmende Bedeutung für die Gesamtgestaltung globaler Politik beigemessen. Im Zusammenhang mit der Globalisierung wurde bereits darauf hingewiesen, dass wirtschaftliche und politische Interdependenzen vor allem regional anzutreffen sind. Empirisch lässt sich diese Aussage vor allem hinsichtlich wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Integration belegen.²⁶⁷ Zu klären ist deshalb, ob sich Indien um regionale Integrationsprozesse bemüht.

Im Sinne des liberalen Machtkonzeptes kann integrative Politik verstanden werden als Ausrichtung am gesellschaftlichen Interesse der Wohlfahrtssteigerung und kooperativen Sicherheit der Region sowie als Möglichkeit, den regionalen Anliegen gegenüber Großmächten und auf globaler Ebene mehr Geltung zu verschaffen. Der letzte Aspekt ist insbesondere für den Realismus ausschlaggebend, der regionale Integrationsprojekte ausschließlich als Ausdruck einer hegemonialen Vorherrschaft oder als Prozesse exklusiver Allianzbildung betrachtet. Nicht die absoluten Wohlstandsgewinne, sondern die Verbesserung der relativen Position gegenüber anderen Regionen stehen hier im Vordergrund. Regionale Integrationsprojekte können dementsprechend zum *Stolperstein (stumbling block)*²⁶⁸ für eine weltweite Koordinierung von Wirtschaftspolitik werden oder sich nach dem Prinzip der Subsidiarität in eine Global Governance einfügen.

Darstellung der Beziehungen zwischen Indien und seinen direkten Nachbarn²⁶⁹

Indiens Außenpolitik gegenüber seinen direkten Nachbarn stand im Widerspruch zu dem ideellen Anspruch Nehrus auf Frieden und Völkerfreundschaft. Die indische Union verstand sich als legitimer Nachfolger der britischen Kolonialmacht und beanspruchte damit, als regionale Ordnungsmacht zu fungieren. Nehru scheute sich nicht, indische Sicherheitsinteressen mit machtpolitischen Strategien durchzusetzen. Mit der militärischen Intervention in Ostpakistan 1971, dem Sieg über Pakistan und der

²⁶⁷ siehe dazu u. a. Hummel/Menzel, 2000, S. 386.

²⁶⁸ Vgl. Menon, 2005.

²⁶⁹ Die Beziehungen zu Pakistan werden in einem anschließenden Kapitel gesondert behandelt.

Unabhängigkeit Bangladeschs stieg Indien zur uneingeschränkten Vormacht in Südasien auf. Indira Gandhi untermauerte diesen Vormachtanspruch mit der nach ihr benannten Indira-Doktrin 1983. Konflikte in den an Indien angrenzenden Staaten sollten demnach nur noch mithilfe Indiens und nicht mehr durch die Hinzuziehung von Drittstaaten oder internationalen Organisationen gelöst werden.²⁷⁰ Indien wünschte auch kein multilaterales Regionalforum, selbst wenn daran keine externen Mächte beteiligt wären.²⁷¹ Die Indira-Doktrin schrieb das Prinzip bilateraler Verhandlungen fest und lieferte die Rechtfertigung für die Stationierung indischer Truppen in Sri Lanka von 1987-1990 sowie für die militärische Intervention 1988 auf den Malediven.²⁷² Während der militärische Eingriff in der kleinen Inselrepublik der Malediven auf Wunsch der dort gewählten Regierung erfolgte und schnell erfolgreich war, erlebte Indien in Sri Lanka ein ähnlich traumatisches Desaster wie die USA in Vietnam. Trotz der Unterstützung Colombos für die Regionalpolitik Indiens stellte Rajiv Gandhi sich vor allem aus innenpolitischen Gründen auf die Seite der radikalen Tamilen, die einen unabhängigen Tamilenstaat forderten. Durch materielle und operative Unterstützung der *Befreiungstiger* durch indische Tamilen und den indischen Geheimdienst *RAW* erzwang Indien die Zustimmung Colombos für die Stationierung der *Indian Peace Keeping Force (IPKF)*²⁷³. Die tamilischen Kämpfer wandten sich nun jedoch selbst gegen Indien, da sie ihr Ziel der Sezession bedroht sahen. Die *IPKF* wurde in einen nicht gewinnbaren Dschungel-Guerillakrieg gegen die *Befreiungstiger* verwickelt, die der indische Geheimdienst zuvor selbst trainiert hatte.²⁷⁴ 1990 zog Indien die *IPKF* aus Sri Lanka ab.²⁷⁵ Zwölfhundert Gefallene ließ sie zurück. Der Ruf Indiens war durch zahlreiche Menschenrechtsverletzungen während der militärischen Operation stark beschädigt. Auch gegenüber Nepal und Bhutan versuchte Indien, seinen Vormachtsanspruch machtpolitisch durchzusetzen. Die beiden Länder zwischen Indien und China stellten für Indien eine potentielle Bedrohung dar. Die Sorge, Nepal und Bhutan könnten zu chinesischen Angriffsbasen gegen Indien werden, bewog bereits Nehru, Knebelverträge mit den beiden Staaten abzuschließen. Vertragsüberschreitungen z. B. durch die eigenständige Aufnahme außenpolitischer und -wirtschaftlicher Kontakte beantwortete Indien mit massivem Druck. Das indische Handelsembargo 1989 gegenüber Nepal führte aufgrund der einseitigen Abhängigkeit Nepals zum Erliegen der nepalesischen Wirtschaft. Sikkim als dritter Staat zwischen

²⁷⁰ Vgl. Wagner, 1998, S. 20.

²⁷¹ Vgl. Müller, 2006, S. 204 f.

²⁷² Vgl. Wagner, 1998, S. 20 f.

²⁷³ Vgl. Wagner, 2005b, S. 8.

²⁷⁴ Vgl. Müller, 2006, S. 223-226.

²⁷⁵ Vgl. Wagner, 2005b, S. 13.

chinesischem und indischem Territorium wurde 1975 in die Indische Union eingegliedert.²⁷⁶

Als Beispiel dafür, dass die rücksichtslose Verfolgung eng definierter nationaler Interessen Indiens auch über den sicherheitspolitischen Bereich hinausging, soll schließlich noch die Wasserpolitik Indiens gegenüber Bangladesch angesprochen werden: Der Ganges und der Brahmaputra fließen durch Indien, bevor sie Bangladesch erreichen. Die Landwirtschaft Bangladeschs ist an die natürlichen Wechsel der Fließmengen (Monsun, Schneeschmelze) angepasst. Doch nachdem die Rückhaltefähigkeit der Himalaya-Wälder durch unkontrollierte Abholzungsaktionen dramatisch geschwunden war, führte der unregulierte Durchfluss immer wieder zu katastrophalen Überschwemmungen. Auch das indische Projekt, Wasser in großen Mengen aus dem Ganges nach Kalkutta (heute Kolkata²⁷⁷) abzuleiten, verstärkte die bilateralen Spannungen. Das Angebot der USA, eine multinationale Wassernutzungsordnung zu finanzieren, wies Indien in den 1970er Jahren zurück. Die Angst vor dem Einfluss der Supermacht war zu groß. Auch bilateral wurde der Streit nicht gelöst. Und so trug er über Jahre zu den Spannungen zwischen Bangladesch und Indien bei.²⁷⁸

Trotz der klaren Ausrichtung Indiens an bilateraler Beziehungsmacht kam es bereits in den 1950er Jahren zu multilateralen Gesprächen zwischen Burma, Pakistan, Ceylon (heute Sri Lanka), Indonesien und Indien. 1985 konnte die regionale Kooperation mit der Gründung der Südasiatischen Vereinigung für regionale Zusammenarbeit (South Asian Association for Regional Cooperation, SAARC) schließlich erstmals institutionalisiert werden. Treibende Kraft war Bangladesch, das sehr schnell Zuspruch bei den südasiatischen Kleinstaaten fand. Indien trat der Wirtschaftsgemeinschaft bei, wohl auch, um sich in der Region politisch nicht zu isolieren. Um trotz der bilateralen Konflikte, der tiefen außen- und sicherheitspolitischen Diskrepanzen sowie der ökonomischen und militärischen Asymmetrien der Region eine gemeinsame Plattform zu finden, wurde das Prinzip der Einstimmigkeit und die Ausklammerung strittiger Themen von den Beratungen in der Charta festgeschrieben.²⁷⁹ Die jährlichen Gipfeltreffen brachten zunächst nur wenige konkrete Ergebnisse und mussten aufgrund pakistanisch-indischer Spannungen sogar wiederholt verschoben werden.²⁸⁰

In den 1990er Jahren gestalteten sich die regionalen Beziehungen insgesamt entspannter. Die wirtschaftliche Öffnung Indiens, die veränderten Bedingungen im

²⁷⁶ Vgl. Müller, 2006, S. 220 ff.

²⁷⁷ Vgl. Spiegel-online, 09.11.2006.

²⁷⁸ Vgl. Müller, 2006, S. 217 ff.

²⁷⁹ Vgl. Wagner, 1998, S. 26 f.

²⁸⁰ Vgl. Müller, 2006, S. 227.

internationalen System, die Erfahrungen in Sri Lanka und die enormen politischen und wirtschaftlichen Kosten der bisherigen Strategie führten zu einem fundamentalen Wandel indischer Regionalpolitik.²⁸¹ Außen- und Premierminister Gujral²⁸² setzte Mitte der 1990er Jahre auf eine *Politik der guten Nachbarschaft* und definierte damit die Beziehungen zu den Nachbarstaaten neu. Indien sollte nicht weiter auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit bestehen, sondern als stärkerer Partner bereit sein, Verantwortung zu tragen und mehr zu geben als die kleineren Nachbarn. Gujral verlieh damit der Zusammenarbeit und den vertrauensbildenden Maßnahmen ein deutlich höheres Gewicht in der regionalen Außenpolitik.²⁸³ Zudem gab Indien seinen Anspruch auf, den Einfluss von externen Großmächten auf dem Subkontinent zu unterbinden. Heute arbeitet Indien eng mit anderen Großmächten zusammen, um politische Krisen in den Nachbarstaaten gemeinsam zu lösen.²⁸⁴

Ein gutes Beispiel für Indiens neue Südasienpolitik ist die Beziehung zu Sri Lanka. Waren die bilateralen Beziehungen in den 1980er Jahren von politischen und militärischen Interventionen dominiert, so wurden sie seit den 1990er Jahren zunehmend durch politische und wirtschaftliche Kooperation ersetzt. Indien enthielt sich weiterer Einmischung in den Bürgerkrieg Sri Lankas, leistete lediglich humanitäre Hilfe und ließ im Jahr 2000 norwegische Vermittlungsversuche zwischen den Bürgerkriegsparteien ohne Einwände zu. Mit dem bilateralen Freihandelsabkommen von 1999 versuchte man, den kleineren Nachbarn zu stabilisieren.²⁸⁵ 2003 einigten sich Indien und Sri Lanka auf eine bilaterale Verteidigungskooperation, die zunehmend intensiviert wurde und gemeinsame Marinemanöver möglich machte. Die 2004 neu gewählte Regierung Sri Lankas unterstützte die Zusammenarbeit und bat die indische Regierung sogar um ein verstärktes Engagement im innenpolitischen Konflikt. Das ist umso bemerkenswerter, als eine der beiden Regierungsparteien, die *JVP (people's liberation front)*, 1971 von Indien bekämpft wurde und vehementer Gegner der indischen Intervention in Sri Lanka war.²⁸⁶

Auch gegenüber Nepal akzeptierte Indien seit den 1990er Jahren die Einmischung externer Mächte. Vor allem Großbritannien und die USA haben seither ihre militärische Unterstützung für den Kampf gegen maoistische Rebellen in Nepal intensiviert. Mit Bangladesch konnte der lange schwelende Konflikt zwischen 1996 durch das Abkommen über die Regulierung des Ganges beigelegt werden.

²⁸¹ Vgl. Wagner, 2005b, S. 12 f.

²⁸² Inder Kumar Gujral war indischer Premierminister von 1997 bis 1998 (vgl. Tharoor, S. 15).

²⁸³ Vgl. Wagner, 1998, S. 45.

²⁸⁴ Vgl. Mohan, 2006b, S. 6.

²⁸⁵ Vgl. Müller, 2006, S. 226.

²⁸⁶ Vgl. Wagner, 2005b, S. 6 ff.

Mit der wirtschaftlichen Liberalisierung Indiens entstand ein neues Interesse am Engagement in Regionalorganisationen. Gemeinsam mit Sri Lanka setzte Indien sich 1991 auch im Rahmen der SAARC für einen Ausbau des regionalen Handels ein. 1995 wurde das *SAARC Preferential Trade Arrangement* (SAPTA) vereinbart, dem 2006 die Einrichtung einer Freihandelszone im Rahmen des *SAARC Free Trade Arrangement* (SAFTA) folgte. Nach wie vor ist der intraregionale Handel mit knapp fünf Prozent des Gesamthandels der Region aber eher gering, zahlreiche Produktgruppen blieben von der Liberalisierung ausgeschlossen.²⁸⁷

Indiens Nachbarschaftsbeziehungen zwischen Realismus und Liberalismus

Die Gestaltung seiner regionalen Beziehungen bis in die 1990er Jahre lassen sich eindeutig dem Machtkonzept des Realismus zuordnen. Militärische Sicherheit und Wahrung der Autonomie stellten die zentralen Schwerpunkte indischer Regionalpolitik dar. Dabei bemühte sich Indien, einen externen Einfluss in der von ihm als Sicherheitssphäre und Einflusszone beanspruchten Region Südasien zu verhindern. Regionaler Multilateralismus wurde in der Indira-Doktrin zugunsten bilateraler Beziehungen explizit abgelehnt. Im Rahmen der bilateralen Beziehungen nutzte Indien vor allem militärische (siehe die Beispiele Sri Lanka und Pakistan) und ökonomische Druckmittel (siehe das Beispiel Nepal), um seine sicherheitspolitischen Ziele autoritär durchzusetzen. Wie der Streit um die Wasserversorgung in Bangladesch zeigt, hat Indien auch jenseits von aktuellen Sicherheitsfragen nationale Interessen kompromisslos verfolgt, ohne auf die gesellschaftlichen Bedürfnisse der Bevölkerung Bangladeschs Rücksicht zu nehmen.

Die unilaterale Durchsetzung indischer Interessen und der Einsatz harter Macht konnte trotz militärischer Überlegenheit Indiens Sicherheitssituation jedoch nicht verbessern, sondern hat vielmehr zur chronischen Instabilität der Region beigetragen. Mit der Marktöffnung Anfang der 1990er Jahre wurde deutlich, dass die indische Strategie auch für die Attraktivität Indiens als wirtschaftlicher Standort kontraproduktiv war.²⁸⁸ Indien gab seinen sicherheitspolitisch begründeten Vormachtsanspruch in der Region auf. Heute entspricht die indische Nachbarschaftspolitik zunehmend dem liberalen Machtkonzept. Indien setzt verstärkt auf weiche Macht, indem es die wirtschaftliche Entwicklung in Südasien unterstützt und seine nachbarschaftlichen Beziehungen durch vertrauensbildende Maßnahmen ausbaut.²⁸⁹ Obwohl Indien weiterhin vor allem auf bilaterale Beziehungen setzt,²⁹⁰ hat es die wirtschaftliche Integration der Region durch

²⁸⁷ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, 2007, S. 45.

²⁸⁸ Vgl. Wagner, 2005b, S. 12.

²⁸⁹ Vgl. Wagner, 2005c, S. 10 f.

²⁹⁰ Vgl. Spieß, 2006, S. 121.

sein Engagement für SAARC und SAFTA vorangetrieben. Da Indien auch mit vielen anderen Ländern außerhalb Südasiens wirtschaftliche Beziehungen unterhält, in weitaus stärker integrierende Projekte eingebunden ist und dabei auch andere Staaten Südasiens miteinbezieht,²⁹¹ wird deutlich, dass es sich hier um einen offenen Regionalismus handelt.

Darstellung der Beziehungen zwischen Indien und Pakistan

Pakistan spielt eine besondere Rolle in den regionalen Beziehungen Indiens. Der Konflikt zwischen den beiden Ländern hat gewaltige politische und strategische Energien absorbiert.²⁹² Er ist eng verflochten mit den Interessen rivalisierender Regional- und Weltmächte und hat Indiens Handlungsfähigkeit auf globaler Ebene lange Zeit stark eingeschränkt.²⁹³ Aus diesem Grund soll auf die indisch-pakistanischen Beziehungen an dieser Stelle gesondert eingegangen werden.

Als zweitgrößter Staat Südasiens konnte Pakistan sich den Dominanzbemühungen Indiens am ehesten entziehen. Entsprechend konfliktgeladen war und ist das beiderseitige Verhältnis. Der Ursprung des indisch-pakistanischen Konflikts liegt in der sich verschlechternden Beziehung zwischen Hindus und Muslimen zum Ausgang der Kolonialzeit. 1947 führte dies zur Teilung Britisch-Indiens in zwei Staaten mit unterschiedlicher Staatsphilosophie. Während Indien als multikultureller säkularer Staat gegründet wurde, propagierte die politische Elite Pakistans die so genannte Zwei-Nationen-Theorie, der zufolge die Muslime in Südasiens aufgrund ihrer kulturellen Besonderheit eine eigene Nation darstellen und in einem islamischen Staat vereint sein sollten.²⁹⁴ Als unabhängiger Fürstenstaat hatte Kaschmir die Wahl, sich einem der beiden neuen Staaten anzuschließen. Unmittelbar nach der Etablierung der Unabhängigkeit Indiens und Pakistans brach im westlichen Teil Kaschmirs eine Stammesrevolte aus. Das hinduistische Königshaus Kaschmirs, das über eine mehrheitlich muslimische Bevölkerung herrschte, bat Indien um militärische Unterstützung, welche ihr nach Unterzeichnung der Beitrittserklärung gewährt wurde. Es kam zum ersten indisch-pakistanischen Krieg. Der Konflikt wurde zum Testfall für Nehrus idealistische Außenpolitik. 1948 übertrug er die Lösung der Kaschmirfrage den UN: „Our making a reference on this issue [Kaschmir] to the Security Council of the United Nations was an act of faith, because we believe in the progressive realization of a world order and a world government.“²⁹⁵ Entgegen Nehrus Erwartungen stellten sich

²⁹¹ mehr dazu im Abschnitt: Indien und seine erweiterte Nachbarschaft

²⁹² Vgl. Müller, 2006, S. 205.

²⁹³ Vgl. Mohan, 2006a, S. 18.

²⁹⁴ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, 1997, S. 39 f.

²⁹⁵ Nehru zitiert nach Wagner, 1998, S. 22.

die Großmächte nicht uneingeschränkt hinter Neu-Delhi. Die Resolutionen der UN sahen ein Referendum über die endgültige Zugehörigkeit Kaschmirs vor²⁹⁶ und entsendeten die *United Nations Military Observer Group in India and Pakistan* (UNMOGIP), eine Friedensmission, die bis heute in Kaschmir stationiert ist.²⁹⁷ Innerhalb der UN geriet das Thema jedoch rasch in die Verstrickung des Kalten Krieges und endete in einer politischen Sackgasse. In den frühen 1960er Jahren hatten die Vereinten Nationen und die Großmächte ihr Interesse an der Kaschmir-Frage verloren.²⁹⁸ Nehru war enttäuscht über die Haltung der Großmächte. Sein Vertrauen in die Konfliktbeilegungskapazitäten der Vereinten Nationen war nachhaltig erschüttert.²⁹⁹ Als Reaktion hierauf versah Indien Kaschmir nach und nach mit eigenen Verfassungsrechten und gliederte es als Bundesstaat (Jammu und Kaschmir) in die Indische Union ein. Seitdem ist Kaschmir de facto in einen nördlichen, von Pakistan regierten und in einen südlichen, von Indien regierten Teil geteilt.³⁰⁰ Das ursprünglich von Nehru vorgeschlagene und von den UN geforderte Referendum über die endgültige Zugehörigkeit Kaschmirs wurde von Indien zunächst verschoben und später gänzlich verweigert.³⁰¹

Ein weiterer Versuch, internationale Unterstützung für die eigenen Anliegen zu finden, schlug 1971 ebenfalls fehl. Als der Bürgerkrieg zwischen West- und Ostpakistan etwa 10 Millionen Menschen zu einer Flucht nach Indien veranlasste, bemühte Indien sich zunächst um eine friedliche Regelung des Problems. In einer diplomatischen Weltreise besuchte Indira Gandhi die Vereinigten Staaten und zahlreiche europäische Regierungen. Sie bat den Westen, Druck auf Islamabad auszuüben, damit die Militärherrscher die Sezession Ostpakistans ohne weiteres Blutvergießen zuließen. Doch die westlichen Länder zeigten keinerlei Interesse für ihr Anliegen,³⁰² schließlich war Pakistan strategisch ein wichtiger Partner. 1954 hatte die USA mit Pakistan einen bilateralen Verteidigungsvertrag unterzeichnet.³⁰³ Pakistan erhielt zudem umfangreiche Militär- und Wirtschaftshilfe und war in die westlichen Verteidigungsbündnisse SEATO³⁰⁴ und CENTO³⁰⁵ integriert.³⁰⁶ Neu-Delhi entschloss sich daraufhin, Gewalt einzusetzen, und entschied den Konflikt damit zugunsten Ostpakistans. Das Ergebnis war

²⁹⁶ Vgl. Wagner, 1998, S. 22.

²⁹⁷ Vgl. Blätte, 2002, S. 57 ff.

²⁹⁸ Vgl. Ganguly, 2008, S. 33.

²⁹⁹ Vgl. Wagner, 2001a, S. 9.

³⁰⁰ Vgl. Wagner, 1998, S. 22.

³⁰¹ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, 1997, S. 39 f.

³⁰² Vgl. Müller, 2006, S. 207.

³⁰³ Vgl. Müller, 2006, S. 275.

³⁰⁴ SEATO steht für South East Asian Treaty Organisation (vgl. Wagner, 1998, S. 30).

³⁰⁵ CENTO steht für Central Treaty Organisation und ging aus dem Bagdad-Pakt hervor (vgl. Wagner, 1998, S. 30).

³⁰⁶ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, 1997, S. 40.

die Selbstständigkeit Bangladeschs (ehemals Ostpakistan) und das Abkommen von Simla, in dem Pakistan sich verpflichten musste, die Lösung des Kaschmir-Konfliktes nur bilateral mit Indien zu suchen.³⁰⁷ In der Folge hatte Pakistan seinen Anspruch auf Kaschmir fast aufgegeben. Erst ein Aufstand in Kaschmir 1989 entzündete von neuem den Eifer, die Region von Indien zu spalten.³⁰⁸ Als Ursache für den Aufstand gelten massive Wahlfälschungen zugunsten der indischen Kongresspartei bei den Landtagswahlen 1987, sowie steigende Arbeitslosigkeit. Um von den hausgemachten Problemen abzulenken, beschuldigte Indien nicht zu Unrecht Pakistan, die Unruhen zu schüren und vor allem die Separatisten zu bewaffnen bzw. ihnen Unterschlupf zu gewähren. Der Bundesstaat verwandelte sich schließlich in ein Heerlager mit einer Armeepräsenz von über 300.000 Mann, in dem die bürgerlichen Freiheiten ausgesetzt wurden. Die brutalen Repressionen³⁰⁹ von indischer Seite kosteten Zehntausende das Leben, verschafften den Unabhängigkeitskämpfern wachsenden Zulauf und ließen über 400.000 Hindus fliehen, sodass nach diesem Exodus im eigentlichen Kaschmir-Tal außer den Besatzern nur noch Muslime wohnten. Der mangelnde Erfolg dieser militärischen Pazifizierungsstrategie führten in Indien einen langsamen Wandel herbei: Kommunalwahlen und Wahlen des Parlaments von Kaschmir wurden durchgeführt, die wieder zum Einsatz einer legitimierten politischen Vertretung des indischen Kaschmirs führten³¹⁰ und somit der Rebellion den Wind aus den Segeln nahmen. Seit 2004 sucht Indien das Gespräch mit verschiedenen unzufriedenen politischen Gruppen Kaschmirs. Diese Gruppen haben seitdem den Einsatz von Gewalt vermieden.³¹¹

Trotz der allgemeinen Entspannung indischer Nachbarschaftspolitik in den 1990er Jahren blieb das Verhältnis zu Pakistan weiterhin schwierig. Als unmittelbare Reaktion auf die indischen Atomtests im Mai 1998 unternahm Pakistan noch im gleichen Monat ebenfalls Nuklearversuche.³¹² Die Rivalität der beiden Staaten war dadurch um eine nukleare Dimension erweitert. Indien bot Pakistan verschiedentlich ein Abkommen zum Verzicht auf einen nuklearen Erstschatz an, das von pakistanischer Seite jedoch abgelehnt wurde.³¹³ Zunächst schien sich das Verhältnis dennoch zu verbessern. Im Februar 1999 eröffnete der indische Premierminister Vajpayee mit einer Reise nach Lahore die neue Busverbindung zwischen dem indischen und pakistanischen Teil Kaschmirs. Vajpayee und sein pakistanischer Amtskollege Sharif unterzeichneten eine

³⁰⁷ Vgl. Müller, 2006, S. 207.

³⁰⁸ Vgl. Ganguly, 2008, S. 37 f.

³⁰⁹ So begegnete Indien der terroristischen Kriegsführung islamischer Selbstmordattentäter mit der Taktik der verbrannten Erde, die zu einer systematischen Auslöschung von Dörfern durch das indische Heer führte (vgl. Ihlau, 2006, S. 115).

³¹⁰ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, 2007, S. 43 sowie Wagner, 1998, S. 23.

³¹¹ Vgl. Ganguly, 2008, S. 37.

³¹² Vgl. Wagner, 1998, S. 46.

³¹³ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, 2007, S. 44.

Erklärung, in der sich Indien zu Gesprächen über Kaschmir bereit fand. Im Vergleich zu der bisherigen Position Neu-Delhis muss das als ein wesentliches Zugeständnis gegenüber Islamabad gewertet werden.³¹⁴ Dennoch fielen nur drei Monate später etwa 1000 islamistische, offensichtlich vom pakistanischen Militär ausgerüstete Guerillas in die Region Kargil ein und besetzten dort strategisch bedeutsame Höhen.³¹⁵ Der Kargil-Krieg machte deutlich, dass auch die nukleare Aufrüstung nicht zu einer Annäherung führte. Vielmehr gab der pakistanische Generalstabschef Musharraf wohl gerade deswegen den Befehl zum Angriff, weil er glaubte, sich auf die begrenzende Auswirkung der Abschreckung verlassen zu können. Aus dieser Perspektive werden begrenzte Kriege durch Kernwaffen nicht verhindert, sondern gerade erst möglich gemacht.³¹⁶ Wenngleich Indien eine Verschärfung des Kargil-Konfliktes vermied, indem die indischen Truppen nicht über die ehemalige Waffenstillstandslinie vordrangen,³¹⁷ so hielt sich Neu-Delhi jedoch die Möglichkeiten militärischer Maßnahmen weiterhin offen.³¹⁸ Pakistan sah sich nach dem Kargil-Krieg international völlig isoliert.³¹⁹ 2001 und 2002 kam es von pakistanischem Territorium aus zu grenzüberschreitenden Terrorakten. Es blieb unklar, ob der pakistanische Präsident Musharraf – wie von Indien angenommen – in diese Anschläge verwickelt war oder ob radikale Islamisten auf diese Weise versuchten, Musharraf zu diskreditieren.³²⁰ Indem dieser wiederholt die Drohung äußerte, gegenüber Indien einen atomaren Erstschatz nicht ausschließen zu wollen,³²¹ macht er zumindest deutlich, dass er an einer Deeskalation der Situation nicht interessiert war.

Auf die Terrorakte reagierte Indien mit einer Totalmobilisierung seiner Truppen entlang der pakistanisch-indischen Grenze, zog seinen Botschafter aus Islamabad zurück und kappte die Transportverbindungen zu Pakistan. Die Gründe dafür, dass ein weiterer Krieg ausblieb, werden unterschiedlich gesehen. Zum einen konnte die terroristische Infiltration über die pakistanisch-indische Grenze durch diplomatische Interventionen vor allem von Seiten der USA verringert werden.³²² Zum anderen wird angenommen, dass Indien auf einen umfassenden konventionellen Angriff verzichtete, um eine

³¹⁴ Vgl. Müller, 2006, S. 210.

³¹⁵ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, 2007, S. 43.

³¹⁶ Vgl. Müller, 2006, S. 211.

³¹⁷ Vgl. Wagner, 2001a, S. 13.

³¹⁸ Vgl. Müller, 2006, S. 211.

³¹⁹ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, 2007, S. 43.

³²⁰ Vgl. Ganguly, 2008, S. 37.

³²¹ So sprach Musharraf z. B. im Mai 2002 gegenüber Journalisten vom *Spiegel* davon, dass er im Notfall bereit sei, die pakistanische Atombombe gegen Indien einzusetzen: „Wenn ganz Pakistan von der Landkarte zu verschwinden droht, dann würde der Druck auf unsere Landsleute zu groß, auch diese Option wahrzunehmen. Dann gilt: Im Notfall auch die Atombombe.“ (Musharraf zitiert nach Ihlau, 2006, S. 117)

³²² Vgl. Müller, 2006, S. 211 ff.

nukleare Eskalation zu vermeiden.³²³ Seit der vom indischen Premierminister Vajpayee 2003 eingeleiteten Annäherung haben sich die Beziehungen nachhaltig verbessert. Der 2004 begonnene *Composite Dialogue* umfasst u. a. strittige Themen wie Kaschmir und Terrorismus. In diesem Zusammenhang haben beide Seiten eine Reihe vertrauensbildender Maßnahmen vereinbart sowie die Transport-, Reise- und Kommunikationsmöglichkeiten ausgeweitet. Nach dem verheerenden Erdbeben 2005 in Kaschmir wurde die Kontrolllinie zunächst nur für Hilfsgüter, später auch für Personen- und Güterverkehr geöffnet. Selbst Anschläge wie in Delhi und Mumbai konnten den Annäherungsprozess nicht unterbrechen, den Präsident Musharraf und Premierminister Singh bei ihrem Treffen 2005 als unumkehrbar bezeichneten. Das bilaterale Verhältnis stellt sich heute damit so gut wie selten zuvor in der sechzigjährigen Geschichte beider Staaten dar, wenngleich es weiterhin vom Streit über Kaschmir und die nukleare Aufrüstung belastet ist.³²⁴

Indiens Beziehungen zu Pakistan zwischen Realismus und Liberalismus

Indiens Außenpolitik gegenüber Pakistan kann bis auf die aktuellen Entwicklungen der letzten Jahre dem Machtkonzept des Realismus zugeordnet werden.

Neu-Delhi hat seine territorialen Ansprüche geltend gemacht, indem es mit dem Maharadscha Kaschmirs einen Handel (militärische Unterstützung gegen Beitrittserklärung) eingegangen ist. Auf den Willen der Bevölkerung wurde dabei keine Rücksicht genommen. Vielmehr hat Indien ein von der internationalen Gemeinschaft gefordertes Referendum verweigert. Obgleich Indien sich um die internationale Anerkennung seiner Territorialansprüche bemühte, hielt es auch dann an diesen fest, als ihm die gewünschten Unterstützung versagt blieb. Mit dem Sieg im indisch-pakistanischen Krieg von 1971 schien Indien dank seiner überlegenen harten Machtressourcen den Konflikt für sich entschieden zu haben. Obgleich Pakistan seinen Anspruch auf Kaschmir fast aufgegeben hatte, wurde mit den Aufständen 1989 deutlich, dass in Kaschmir kein Frieden eingekehrt war. Die Bevölkerung erhob sich gegen das autoritäre Indien. Aus der Perspektive des Liberalismus machen die Wahlmanipulationen und die wachsende Arbeitslosigkeit deutlich, dass Indien die gesellschaftlichen Bedürfnisse nach Wohlfahrt und Partizipation missachtet hat. Im Rahmen dieser Argumentationslogik kann angenommen werden, dass Indien seine Macht falsch eingesetzt und somit den Nährboden für den wieder aufbrechenden Konflikt bereitet hat.

³²³ Vgl. Ganguly, 2008, S. 37.

³²⁴ Vgl. Wagner, 2007b, S. 5.

Trotz dieser Erfahrung setzte Indien mit brutalen Repressionen weiterhin auf die gewaltsame Durchsetzung seines nationalen Interesses. Erst mit der Wiedereinführung der Kommunalwahlen und dem Bemühen, in einen Dialog mit gesellschaftlichen Interessengruppen zu treten, erkannte Indien die vom Liberalismus betonte Bedeutung der Gesellschaft an.

1998 führte das durch den bilateralen Konflikt verschärfte Sicherheitsdilemma zwischen Indien und Pakistan auf beiden Seiten zu Atomwaffentests (wenngleich Indien seine Tests offiziell mit der chinesischen Bedrohung begründete und damit vermied mit Pakistan auf eine Stufe gestellt zu werden). Seitdem ist ein Wandel der indischen Pakistan-Politik zu verzeichnen. Indien bemühte sich, die Gefahr einer nuklearen Eskalation durch bilaterale Abkommen zu verringern, und zeigte sich hinsichtlich der Kaschmirfrage gesprächsbereit. Wenngleich pakistanische Aggression Indien weiterhin zu militärischer Macht hat greifen lassen, konnte Indien 2003 eine Politik der Annäherung einleiten. Indem Indien sich verstärkt um die Verdichtung wirtschaftlicher Beziehungen, die Einbindung Pakistans in regionales Wirtschaftswachstum und die Förderung des Kontaktes zwischen der eigenen und der pakistanischen Bevölkerung bemüht, setzt es im Gegensatz zu früheren Strategien auf weiche Macht.

Darstellung der Beziehungen zwischen Indien und seiner erweiterten

Nachbarschaft

Als Folge der von Premierminister Rao³²⁵ eingeleiteten *Look-East-Politik* verfolgt Indien seit Anfang der 1990er Jahre einen neuen regionalen Schwerpunkt, der über die unmittelbaren Nachbarstaaten hinausgeht. Indien konnte seine wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit Japan, Südkorea und den Industrie- und Schwellenländern Südostasiens erheblich intensivieren. Zum einen hat sich Indien für den Ausbau bilateraler Beziehungen in wirtschaftlicher, militärischer, humanitärer und kultureller Hinsicht engagiert.³²⁶ Zum anderen hat Indien sich sehr um die Einbindung in multilaterale Integrationsprojekte bemüht. Hatte Indira Gandhi es Mitte der 1960er Jahre noch abgelehnt, Mitglied der *Association of Southeast Asian Nations* (ASEAN) zu werden, begann Indien 1992 einen offiziellen Dialog mit ASEAN, in dessen Folge die Beziehungen systematisch ausgebaut wurden.³²⁷ 2003 konnte beim zweiten Gipfeltreffen zwischen Indien und ASEAN ein Freihandelsabkommen unterzeichnet

³²⁵ Narasimha Rao war indischer Premierminister von 1991 bis 1996 (vgl. Tharoor, 2005, S. 14 f.).

³²⁶ Siehe z. B. die Freihandelsabkommen mit Thailand und Singapur, die Militärabkommen mit Vietnam und Indonesien, die Hilfe nach der Tsunami-Katastrophe ebenfalls in Indonesien und die Vergabe von Stipendien für Studierende aus der ASEAN für ein Studium an Indiens Elitehochschulen (vgl. Müller, 2006, S. 238 ff.).

³²⁷ Vgl. Wagner, 2006b, S. 3 f.

werden,³²⁸ das ab 2016 für den gesamten ASEAN-Raum gilt. Das Rahmenabkommen sieht auch sofortige Handelserleichterungen vor, insbesondere für die wirtschaftlich schwächsten ASEAN-Mitglieder. Um die Entwicklung der Freihandelszone zwischen Indien und ASEAN voranzubringen, bemüht sich Indien zusätzlich um bilaterale Freihandelsabkommen mit einzelnen ASEAN-Staaten.³²⁹ Erklärtes Ziel des indischen Premierminister Manmohan Singh ist jedoch eine asiatische Wirtschaftsgemeinschaft, die nicht nur Indien und die ASEAN-Staaten umfasst, sondern auch China, Japan und Südkorea. Bereits heute stellen Ost- und Südostasien die wichtigste Handelsregion³³⁰ Indiens dar.³³¹ Seit 2005 wird Indien zum Ostasiengipfel eingeladen. Dieses neue multilaterale Forum bringt die ASEAN-Staaten, China, Südkorea, Japan sowie neuerdings auch Australien, Neuseeland und Indien zusammen. Indien ist zudem bereits seit 1996 Mitglied des *ASEAN Regional Forum (ARF)*,³³² in dem Fragen der regionalen Sicherheit Südostasiens zwischen den Staaten der Region und externen Großmächten, u. a. China und USA erörtert werden. Das ARF operiert vornehmlich im maritimen Bereich, trifft Sicherheitsvorkehrungen gegen Piraterie, illegalen Waffenhandel und terroristische Gruppierungen.³³³ Die Mitgliedschaft Indiens im ARF und seine Teilnahme am Ostasiengipfel machen deutlich, dass das Engagement Indiens in Ost- und Südostasien über rein wirtschaftliche Interessen hinausgeht.³³⁴ Deutlich wird das auch in den bilateralen Beziehungen z. B. gegenüber Japan: Ein Kernmotiv der strategischen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern ist die Bekämpfung der Piraterie auf den Seewegen vom persischen Golf durch die indonesischen und philippinischen Archipele nach Japan. Seit 2001 entwickelten beide Seestreitkräfte deshalb eine aktive Zusammenarbeit.³³⁵ Seit 2007 nimmt Indien am Asia-Europe Meeting (ASEM) teil.³³⁶ Ein weiterer Erfolg, vor allem hinsichtlich energiepolitischer Ziele, war die Aufnahme Indiens als Beobachter in die *Shanghai Cooperation Organisation (SCO)*, in der China und Russland und die zentralasiatischen Republiken organisiert sind. Indien hat auch selbst die Initiative zur Gründung neuer Regionalorganisationen ergriffen. So wurde 1997 die *Bangladesch-India-Myanmar-Sri Lanka-Thailand Economic Cooperation (BIMSTEC)* ins Leben gerufen, die den Golf von Bengalen als Zentrum hat. Die Organisation kann als Teil der indischen Bemühungen gesehen

³²⁸ Vgl. Wagner, 2006b, S. 3 f.

³²⁹ Vgl. Zhang, 2006, S. 18 f.

³³⁰ Die wichtigsten Handelsländer sind hingegen USA und China (vgl. Spieß, 2006, S. 125).

³³¹ Vgl. Zhang, 2006, S. 20 ff.

³³² Vgl. Müller, 2006, S. 236 ff.

³³³ Vgl. Wagner, 2006b, S. 3 f.

³³⁴ Vgl. Spieß, 2006, S. 125.

³³⁵ Vgl. Müller, 2006, S. 287 f.

³³⁶ Vgl. Auswärtiges Amt, 2008a.

werden, die Beziehungen zwischen Süd- und Südostasiens auszubauen. Teil dieser Strategie sind Indiens Mitarbeit in der *Mekong-Ganga Cooperation* (MGC), die Kambodscha, Laos, Myanmar, Vietnam und Thailand umfasst, und regionale Initiativen wie das *Bangladesh-China-India-Myanmar Forum* (BCIM). Eine andere geographische Ausrichtung hat die ebenfalls 1997 gegründete *Indian Ocean Rim Association for Regional Cooperation* (IORARC), die maßgeblich auf Betreiben von Südafrika, Mauritius, Indien und Australien geschaffen wurde. Die Organisation umfasst zunächst die 14 Anrainerstaaten des Indischen Ozeans. Sie hat das Ziel, den Handelsaustausch zwischen den Mitgliedern zu verbessern.³³⁷

Indiens erweiterte Regionalpolitik zwischen Realismus und Liberalismus

Seit den 1990er Jahren sucht Indien den Anschluss an die wirtschaftlich starken Staaten Ost- und Südostasiens, die für ein lang anhaltendes Wachstum Indiens von grundlegender Bedeutung sind. Indien hat seine Beziehungen nach Ost- und Südostasien deshalb vor allem hinsichtlich wirtschaftspolitischer Kontakte, aber auch auf militärischer, humanitärer und kultureller Ebene erheblich ausgebaut.³³⁸ Dabei setzt es vor allem auf Kooperation und Zusammenarbeit und engagiert sich dabei sowohl auf bilateraler Ebene als auch im Rahmen regionaler und subregionaler Institutionen. Das Ziel ist, Wohlstand zu mehren und politischen Einfluss auszuweiten. Gemeinsame Maßnahmen und Strategien gegen Piratentum, illegalen Waffenhandel und terroristische Gruppierungen erhöhen zudem die Sicherheit nicht nur in der Region, sondern auch in Indien. Das Machtkonzept, das hier sichtbar wird, entspricht dem des Liberalismus. Indien ist mit diesem Machtkonzept sehr erfolgreich. Es hat seine *Look-East-Politik* energisch verfolgt und wurde so zur treibenden Kraft indisch-asiatischer Beziehungen und der institutionellen Einbindungen Indiens in Ost- und Südostasien. Der asiatischen Wirtschaftsintegration konnte es damit eine neue Dynamik verleihen und bei seiner Gestaltung Einfluss nehmen.³³⁹ Zum Vorteil gereicht Indien, dass es in Südostasien eine deutlich größere Reputation besitzt als in Südasien, wo Indien, historisch bedingt, noch immer tief verwurzeltes Misstrauen entgegengebracht wird.³⁴⁰ Zudem wird Indien zunehmend als ausgleichende Macht zu China und Japan wahrgenommen.³⁴¹

³³⁷ Vgl. Wagner, 2006b, S. 3 f.

³³⁸ Es muss jedoch hinzugefügt werden, dass wirtschaftliche Integration, wenngleich sie große Fortschritte macht, immer noch sehr begrenzt ist. Selbst mit Thailand und Singapur, den Ländern, mit denen Indien bilaterale Freihandelsabkommen abgeschlossen hat, beträgt der Handel gerade einmal 1 Prozent des internationalen Handels Thailands und 2,5 Prozent des internationalen Handels Singapurs (vgl. Zhang, 2006, S. 29).

³³⁹ siehe dazu weiterführend Zhang, 2006, S. 27 f.

³⁴⁰ Vgl. Wagner, 2006b, S. 4 sowie Wagner, 2005b, S. 13.

³⁴¹ Vgl. Zhang, 2006, S. 27 sowie Müller, 2006, S. 236 ff.

In der indischen Initiative für BIMSTEC und seiner Mitarbeit in der MGC lassen sich auch klare machstrategische Motive entdecken, die dem Allianzmodell des Realismus zugeordnet werden können. Beide subregionalen Zusammenschlüsse schließen China aus und haben unter anderem zum Ziel, sich Chinas zunehmender Bedeutung für ASEAN entgegenzustellen. Da sich die Wahrnehmung Chinas auch auf Seiten Indiens zunehmend wandelt, sind die beiden Initiativen jedoch kaum weiterentwickelt worden. Aufgrund von mangelndem Interesse und geringer Finanzierungsbereitschaft ist vor allem die MGC bereits seit vielen Jahren untätig.³⁴² Auch die sicherheitspolitischen Beziehungen zu Japan haben eine machtpolitische Dimension. Die regelmäßigen Übungen der indischen und japanischen Flottenverbände ermöglichen der indischen Marine eine zeitweilige Präsenz vor den Küsten Chinas. Das kann als Signal an China verstanden werden, Indiens Möglichkeiten der Allianzbildung im asiatischen Raum ernst zu nehmen.³⁴³

Der Prozess regionaler Integration hat nicht nur innerregionale Gründe. Sie gilt auch als Reaktion auf die Bildung von Handelsblöcken in Europa und Nordamerika. Indiens Engagement für eine asiatische Wirtschaftsgemeinschaft kann insofern verstanden werden als ein Bemühen, die eigene Position gegenüber anderen Regionen zu verbessern. Die Integration soll Asien insgesamt nach vorne bringen und somit das *asiatische Jahrhundert* einläuten.³⁴⁴ Indien als eine der zentralen asiatischen Kräfte könnte dadurch seinen Einfluss auch auf globaler Ebene steigern und seinen Großmachtanspruch festigen. Diese Strategie der Einflussweiterung entspricht sowohl dem Machtkonzept des Liberalismus als auch dem des Realismus. Entscheidend hierbei ist, inwiefern sich die Region gegenüber anderen Regionen und Staaten abschottet und Kooperation auf interregionaler bzw. globaler Ebene aus Konkurrenzgründen vermeidet. Ist das der Fall, dann muss das Integrationsprojekt dem Machtkonzept des Realismus zugeordnet werden. Die ASEAN-Staaten bekennen sich jedoch zum Konzept des *offenen Regionalismus*. Demnach soll die Bildung regionaler Institutionen im Rahmen von ASEAN nicht zur Isolation, sondern zu einem verstärkten Dialog mit extra-regionalen Partnern führen. Beispiel hierfür ist das ARF, zu dem nicht nur Indien, sondern auch die USA, die EU und Russland eingeladen werden. ASEAN gilt nicht als protektionistischer Handelsblock. Es setzt sich aber auch nicht aktiv für eine Beschleunigung der weltweiten Verhandlungen in der WTO ein, in der es nicht als eigenständiger Akteur auftritt.³⁴⁵ Indien ist in der WTO sehr aktiv und bemüht sich demzufolge auch auf globaler Ebene um wirtschaftspolitische Zusammenarbeit.

³⁴² Vgl. Zhang, 2006, S. 6 ff.

³⁴³ Vgl. Müller, 2006, S. 286 ff.

³⁴⁴ Vgl. Zhang, 2006, S. 17.

³⁴⁵ Vgl. Gudisch, 2007, S. 4 ff.

Dennoch ist Indiens Anbindung an Ost- und Südostasien zugleich eine Rückversicherung, für den Fall, dass die WTO-Verhandlungen letztlich scheitern und ein effektiver globaler Handlungsrahmen im Sinne des Global-Governance-Modells nicht zustande kommt.³⁴⁶

3.1.4 Indien und die Weltmächte China und USA

Darstellung der Beziehungen zwischen Indien und China

Nehru war von der Notwendigkeit einer indisch-chinesischen Zusammenarbeit überzeugt. Sie sollte die zukünftige Rolle Asiens in der Welt stärken: „[...] China und Indien werden großen Einfluss auf die künftigen Entwicklungen haben, wie immer auch diese verlaufen werden [...] es kann keine feste Ordnung oder wirksame Zusammenarbeit in der Welt geben, wenn China und Indien übergangen werden.“³⁴⁷

Die beiden jungen sozialistischen Regimes und aufstrebenden asiatischen Mächte unterstützten sich gegenseitig. Nehru maß der neuen kommunistischen Regierung in China nach 1949 große Bedeutung bei, sah er sie doch als entscheidendes Bollwerk gegen den westlichen Imperialismus. 1954 unterzeichnete Nehru mit Mao Tse-Tung in Peking auf der Grundlage der *Pancasila* einen Vertrag über friedliche Koexistenz. Nehrus Traum war die indisch-chinesische Brüderschaft (*Hindi-Chini Bhai Bhai*).³⁴⁸ Als Zeichen des guten Willens erkannte Indien deshalb die chinesische Oberhoheit über Tibet an und verzichtete damit auf das indische Vorrecht im Lama-Staat, die das Land eigentlich von der Kolonialmacht geerbt hatte. Zudem setzte Nehru sich für die Übernahme des ständigen Sitzes im Sicherheitsrat durch Peking (anstelle von Taiwan) ein.³⁴⁹ Trotz der demonstrativen Solidarität zwischen Indien und China war die Beziehung von drei grundlegenden Problemen geprägt, die bereits früh zu Spannungen und gegenseitigen Provokationen führten.

Erstens gab es (und gibt es bis heute) keine endgültige Festlegung des Grenzverlaufs und der daraus resultierenden wechselseitigen Gebietsansprüche.³⁵⁰ Indien erhebt Anspruch auf den von China annektierten Teil Kaschmirs, Aksai Chin. China erhebt wiederum Anspruch auf die Region Arunachal Pradesh, die inzwischen als ein indischer Bundesstaat in die Indische Union eingegliedert ist.³⁵¹

³⁴⁶ Vgl. Zhang, 2006, S. 19.

³⁴⁷ Nehru zitiert in Wagner, 1998, S. 28.

³⁴⁸ Vgl. Mühlmann, 2006, S. 5.

³⁴⁹ Vgl. Müller, 2006, S. 265.

³⁵⁰ Vgl. Wagner, 1998, S. 28 f.

³⁵¹ Vgl. Müller, 2006, S. 266.

Zweitens verstanden sich beide Staaten als Großmächte im internationalen System. Daraus ergab sich zunehmend eine Konkurrenzsituation um internationalen Status und Anerkennung.

Drittens waren die Großmachtambitionen mit der Konkurrenz um regionale Einflusszonen in Süd- und Südostasien verbunden, die weniger ökonomischen, sondern vielmehr politischen und militärischen Motiven entsprangen.³⁵²

Ende der 1950er Jahre verschlechterten sich die indisch-chinesischen Beziehungen deshalb und erreichten mit einem Überraschungsangriff Chinas 1962 ihren absoluten Tiefpunkt. Der Grenzkrieg um das Territorium Ladakh dauerte nur knapp einen Monat und endete mit einer Niederlage Indiens.³⁵³ Nehru hatte bis zu diesem Zeitpunkt kaum in militärische Selbstverteidigung investiert.³⁵⁴ Die Niederlage und der erste chinesische Atomtest 1964 wurden jedoch zum Auslöser für die konventionelle und nukleare Aufrüstung Indiens.³⁵⁵ Nehrus Politik der Kooperation war damit gescheitert und einem offenen Konkurrenzverhältnis gewichen. Zahlreiche Sticheleien und Provokationen prägten die Beziehung zu China in den folgenden Jahren. So begann China bereits in den 1960er Jahren, Pakistan aktiv zu unterstützen und militärisch auszustatten. Im Gegenzug erkannte Indien den Dalai Lama als Führer der tibetischen Exilregierung an und dementierte damit die chinesische Oberhoheit über Tibet.³⁵⁶ Als China in Vietnam einfiel, demütigte Deng Xiaoping Indien, indem er davon sprach, Vietnam eine Lehre erteilen zu wollen, so wie man es mit Indien 1962 getan habe.³⁵⁷ 1986 gliederte Indien die Region Arunachal Pradesh in die Indische Union ein, anschließend ließen beide Mächte ihre Truppen entlang der Demarkationslinie aufmarschieren, bis sie jeweils an die 200.000 Soldaten stehen hatten. 1987 inszenierte der indische Generalstab ein provokantes Militärmanöver in der Grenzregion, die im chinesisch-indischen Krieg 1962 umkämpft war. Die Krise hätte durchaus eskalieren können, aber das Manöver wurde abgebrochen. Das Risiko war für Indien aufgrund seiner militärischen Unterlegenheit zu hoch.³⁵⁸

Mit der militärischen Intervention in Ostpakistan 1971, dem Sieg über Pakistan und der Unabhängigkeit Bangladeschs war Indien zur uneingeschränkten Vormacht in Süd-asien aufgestiegen. Auf der internationalen Ebene konnte China die Konkurrenz zu Indien jedoch zu seinen Gunsten entscheiden. Der indische Weg – die politische Anlehnung an die Sowjetunion und das Engagement in der Blockfreien Bewegung –

³⁵² Vgl. Wagner, 1998, S. 28 f.

³⁵³ Vgl. Mühlmann, 2006, S. 5.

³⁵⁴ Vgl. Rothermund, 2008, S. 67.

³⁵⁵ Vgl. Wagner, 1998, S. 29.

³⁵⁶ Vgl. Müller, 2006, S. 266.

³⁵⁷ Vgl. Rothermund, 2008, S. 66.

³⁵⁸ Vgl. Müller, 2006, S. 266.

erwies sich als ungeeignete Strategie, um im Vergleich zu China größeren internationalen Einfluss zu gewinnen. China erlangte durch die Annäherung an die USA und seine wirtschaftliche Öffnung nach 1977 für den Westen ein deutlich größeres Gewicht als Indien. Durch seine Aufnahme in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen 1971³⁵⁹ und die Anerkennung seines Kernwaffenstatus im Atomwaffensperrvertrag besaß es weltpolitische Privilegien, die Indien versagt blieben.

In den 1990er Jahren verbesserten sich die Beziehungen zwischen Indien und China. Einen ersten Schritt in diese Richtung stellte der Besuch von Rajiv Gandhi in Peking 1988 dar.³⁶⁰ Ein Jahr später begann eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit Verhandlungen über die Grenzfrage. Gelöst wurde das Problem zwar nicht, aber der Konflikt ebte ab. 1993 wurde ein Abkommen zur Entschärfung des Grenzkonfliktes vereinbart, in dem sich beide Staaten zur Reduktion der in den umstrittenen Gebieten stationierten Truppen verpflichteten. Das Abkommen wurde bei einem Besuch des chinesischen Präsidenten Jiang Zemin in Neu-Delhi 1996 – es war der erste Besuch eines chinesischen Präsidenten in Neu-Delhi überhaupt – weiter präzisiert.³⁶¹ Mit der Öffnung zweier Bergpässe 1995 zur besseren Kontaktaufnahme der Grenztruppen erweiterten beide Staaten ihre vertrauensbildenden Maßnahmen.

Mit der Regierungsübernahme der BJP³⁶² und den Atomtests 1998 wurden die Entspannungsprozesse unterbrochen.³⁶³ Doch innerhalb eines Jahres normalisierten sich die Beziehungen wieder. China betonte, Indien nicht als Bedrohung wahrzunehmen, niemanden zu bedrohen und keine Einflusszonen zu suchen. 2001 wurde eine gemeinsame Parlamentariergruppe ins Leben gerufen, um die Beziehungen über die Arbeit an sicherheitspolitischen Probleme hinaus zu erweitern und andere Akteure als nur die Diplomaten daran teilnehmen zu lassen. Die Arbeit zur Lösung der Grenzfrage wurde wieder aufgenommen. Als ein wichtiges Zeichen der Annäherung gilt die Öffnung des 1962 geschlossenen Nathu-La-Gebirgspasses im Jahre 2006, womit der Handel zwischen Sikkim und Tibet wieder möglich wurde. Indien erkannte die Zugehörigkeit Tibets zu China an und im Gegenzug sprach der chinesische Regierungschef Wen Jiabaos 2005 die Anerkennung Sikkims als Teil Indiens aus. Im selben Jahr wurden Sonderbeauftragte für die Grenzfragen ernannt und Leitprinzipien für eine Einigung weiterer Grenzfragen formuliert.³⁶⁴

³⁵⁹ Vgl. Wagner, 1998, S. 34.

³⁶⁰ Vgl. Wagner, 1998, S. 50.

³⁶¹ Vgl. Müller, 2006, S. 267.

³⁶² BJP steht für *Bharatiya Janata Party*, *Partei der Hindunationalisten* (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, 2007, S. 29).

³⁶³ Vgl. Wagner, 1998, S. 50.

³⁶⁴ Vgl. Müller, 2006, S. 269 f.

2006 unterzeichneten Indiens Verteidigungsminister Pranab Mukherjee und sein chinesischer Amtskollege General Cao Gangchuan ein Memorandum über regelmäßige Kontakte der beiden Verteidigungsministerien und Armeeführungen. Es werden auch gemeinsame Übungen für Seestreitkräfte und Luftwaffe durchgeführt.³⁶⁵

China und Indien haben zudem beschlossen, in Fragen der Energiesicherung miteinander zu kooperieren. Die beiden nationalen Ölgesellschaften haben sich bereits verpflichtet, Offshore-Vorkommen von Erdöl und Erdgas in Australien und Indonesien gemeinsam zu erschließen.

In der Terrorbekämpfung haben Indien und China ein neues gemeinsames Sicherheitsinteresse entdeckt. Eine Folge davon ist, dass China sich zunehmend von Pakistan distanziert. Sogar einen Austausch zwischen indischen und chinesischen Geheimdiensten hat es bereits gegeben.³⁶⁶

Ogleich die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen China und Indien sehr erfolgreich verläuft – an der Grenzlinie wurden seit Jahren keine Schüsse mehr abgefeuert – bleiben grundlegende Sicherheitsprobleme bestehen. Die Grenzfragen sind noch ungeklärt. Eine endgültige Lösung scheint noch nicht absehbar. Auch das chinesisch-pakistanische Verhältnis sorgt weiterhin für Misstrauen. Peking beteuert zwar, jegliche militärische Hilfe für Pakistan eingestellt zu haben, dennoch gibt es Anzeichen dafür, dass China inoffiziell weiterhin Unterstützungsleistungen erbringt.³⁶⁷

China und Indien haben mehrfach betont, im jeweils Anderen keine Bedrohung zu sehen, dennoch bleibt die Machtkonkurrenz bestehen. China hat seine Präsenz in Myanmar ausgebaut.³⁶⁸ Die chinesische Marine verfügt dort über den Stützpunkt Hianggyi im Mündungsgebiet des Flusses Bassein und überwacht mit großen Radaranlagen auf den Coco-Inseln den Schiffsverkehr im Golf von Bengalen. Indien hat deshalb zunehmend Sorge vor einer langfristigen Ausweitung chinesischer Präsenz im Indischen Ozean.³⁶⁹

Als entscheidende Antriebskraft für die Verbesserung indisch-chinesischer Beziehungen gilt die zunehmende Bedeutung des stark wachsenden Handels zwischen den beiden Ländern. Der Grenzkrieg 1962 hatte den Handel zunächst weitgehend zum Erliegen gebracht. Erst 1984 wurde die wirtschaftliche Zusammenarbeit wieder neu belebt. Anfang der 1990er Jahre kam es aufgrund des Abkommens über die Vermeidung doppelter Besteuerung von Gütern und Dienstleistungen zu einem ersten Boom in den chinesisch-indischen

³⁶⁵ Vgl. Mühlmann, 2006, S. 5.

³⁶⁶ Vgl. Müller, 2006, S. 268 f.

³⁶⁷ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, 2007, S. 42.

³⁶⁸ Vgl. Deutsche Bank Research, 2006, S. 11.

³⁶⁹ Vgl. Müller, 2006, S. 273.

Wirtschaftsbeziehungen. Zwischen 1991 und 2001 stieg das Handelsvolumen von 265 Millionen US-Dollar auf 3,6 Milliarden US-Dollar. Da Indien eine Überschwemmung des Marktes mit chinesischer Ware befürchtete, kam es zu mehreren Antidumping-Maßnahmen seitens der indischen Regierung. Die Befürchtungen haben sich inzwischen gelegt. Indische Unternehmen haben damit begonnen, China eher als Chance und weniger als Bedrohung wahrzunehmen. 2005 stieg das bilaterale Handelsvolumen auf 18,7 Milliarden US-Dollar.³⁷⁰ China ist damit zum zweitgrößten Handelspartner Indiens herangewachsen.³⁷¹ Dennoch macht der Handel zwischen China und Indien nur etwas über einem Prozent des chinesischen und knapp zehn Prozent des indischen Außenhandelsvolumens aus. Noch belasten hohe Zölle den Warenverkehr. Doch beide Staaten sehen in der Erweiterung wirtschaftlicher Kooperation aufgrund erwarteter Synergieeffekte großes Potential. Bei dem Besuch Wen Jiabaos 2005 wurde ein Fünfjahresplan zur weiteren Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen verabschiedet. Berechnungen zeigen, dass China die USA schon innerhalb der nächsten fünf Jahre als wichtigster Handelspartner Indiens ablösen kann. Beide Länder haben Interesse an einer gemeinsamen Freihandelszone bekräftigt.³⁷² Eine gemeinsame Arbeitsgruppe zu diesem Projekt ist eingerichtet worden.³⁷³ Ein derartiges Projekt würde zwischen den dynamischsten Märkten der Welt die größte Freihandelszone der Welt schaffen und die indisch-chinesischen Wirtschaftskraft damit entscheidend nach vorne katapultieren.³⁷⁴

Indiens Beziehungen zu China zwischen Realismus und Liberalismus

Die Gestaltung indisch-chinesischer Beziehungen unter Nehru kann einerseits dem Machtkonzept des Liberalismus zugeordnet werden. Indien setzte auf Kooperation und betonte die gemeinsamen Interessen, die aus den historischen und kulturellen Erfahrungen der Unterlegenheit gegenüber den imperialistischen Westmächten resultierten. Indien bemühte sich auf diese Weise um Konsens über die Definition gemeinsamer Probleme und Ziele und versuchte so, China zu einer friedlichen und kooperativen Beziehung zu überzeugen. Hier kam weiche Macht zum Einsatz. Aus der Perspektive des Realismus kann dem entgegengehalten werden, dass es Indien lediglich um eine realpolitische Allianz ging, deren Funktion es war, die Machtüberlegenheit etablierter Großmächte auszugleichen und so den eigenen Einfluss zu vergrößern. Gegen diese Auslegung spricht jedoch, dass Indien vor dem

³⁷⁰ Vgl. Pilny, 2006, S. 275 ff.

³⁷¹ Vgl. Zhang, 2006, S. 23.

³⁷² Vgl. Pilny, 2006, S. 275 ff.

³⁷³ Vgl. Zhang, 2006, S. 18.

³⁷⁴ Vgl. Pilny, 2006, S. 275 ff.

Grenzkrieg 1962 kaum in Verteidigungsmaßnahmen investiert hatte und von dem aggressiven Übergriff Chinas überrascht wurde.³⁷⁵ Hier wird deutlich, dass Indien in China keinen strategischen Allianzpartner sah, der sich jederzeit aus machstrategischen Gründen potentiell auch gegen Indien wenden konnte, sondern einen langfristigen Partner (Bruder), auf dessen Solidarität Indien vertraute. Gegen die Interpretation einer Allianz, die sich im Sinne des Realismus nach außen hin unkooperativ zeigt und gemeinsam definierte Interessen mit harter Macht zu erzwingen sucht, spricht zudem, dass Indien sich grundsätzlich für eine multilaterale Weltordnung aussprach. In diesem Sinne ging es Nehru um mehr Gewicht im Rahmen globaler Gestaltungsprozesse und nicht um eine reine Erweiterung unilateraler Durchsetzungsmacht.³⁷⁶

Mit dem Krieg 1962 fanden die kooperativen Bemühungen zwischen China und Indien ein jähes Ende. Die divergierenden nationalstaatlichen Interessen hinsichtlich territorialer Ansprüche dominierten das bilaterale Verhältnis. Dem Machtkampf auf der Ebene harter Machtinstrumente hatte Indien bis Anfang der 1990er Jahre jedoch nicht viel entgegenzusetzen.

Seitdem hat sich die Situation wiederum grundlegend gewandelt. China erkennt Indien zunehmend als gleichrangig an. So macht zum Beispiel der chinesische Premierminister Zhu Rongji bei seinem Indienbesuch 2002 deutlich, dass China der Indischen Union über Südasien hinaus eine wichtige internationale Bedeutung zuweist und an einem Ausbau indisch-chinesischer Zusammenarbeit interessiert ist.³⁷⁷

Die Beachtung, welche Indien durch China seit den 1990er Jahren zunehmend erfährt, kann unter anderem auf zwei verschiedene Machtstrategien Indiens zurückgeführt werden. Zum einen hat Indien mit dem Atombombentest von 1998, den es in erster Linie durch die Bedrohung Chinas begründete, ein militärisches *Balancing* betrieben. Diese Strategie der realpolitischen Machtdemonstration hat Indien auch später fortgeführt: 2001 besuchte Li Peng als erster chinesischer Spitzenpolitiker nach den Atomwaffentests Indien. Am letzten Tag seines Aufenthaltes testete Indien die Mittelstreckenrakete *Agni II*, die in der Lage ist, chinesisches Territorium zu erreichen. Anzunehmen war außerdem, dass Indien nun auch fähig war, Raketen mit einer Reichweite von über 5000 Kilometern zu entwickeln, um damit unter anderem auch Peking zu erreichen.³⁷⁸ Militärmanöver im Rahmen sicherheitspolitischer Zusammen-

³⁷⁵ Vgl. Rothermund, 2008, S. 67.

³⁷⁶ Wichtig für eine abschließende Bewertung dieser Interpretationsmöglichkeiten ist das Ergebnis des folgenden Kapitels 3.1.5. Dieses Kapitel setzt sich mit dem Verhältnis Indiens zu zentralen Global-Governance-Institutionen auseinander.

³⁷⁷ Vgl. Voll, 2005, S. 118 f.

³⁷⁸ Vgl. Voll, 2005, S. 117.

arbeit mit Großmächten wie Japan oder den USA können ebenfalls zu der Strategie realpolitischer Machtdemonstration gezählt werden. Bestes Beispiel dafür ist das Marinemanöver *Malabar 07-02* von 2007. Die Übung fand im Indischen Ozean nahe der Küste Myanmars statt. Sie war eines der größten Marinemanöver, die zu Friedenszeiten durchgeführt wurden. Neben Indien waren die USA, Australien, Japan und Singapur beteiligt.³⁷⁹

Dass das Verhältnis zwischen China und Indien dennoch zunehmend von Kooperation und Zusammenarbeit geprägt ist, liegt in erster Linie daran, dass die wirtschaftlichen Chancen im gemeinsamen Verhältnis immer stärker in den Vordergrund rücken. Hier kommt die zweite Machtstrategie Indiens zur Geltung. Diese enthält grundlegende Elemente des liberalen Machtkonzeptes. So setzt Indien darauf, dass angesichts gemeinsamer wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Interessen Kooperation möglich ist. Eine erste Institutionalisierung von Kooperation hat bereits stattgefunden sowohl in Bezug auf wirtschaftspolitische Fragen als auch im sicherheitspolitischen Zusammenhang. Die Parlamentariergruppe ist ein Versuch, einen politischen Dialog zu ermöglichen, der das wechselseitige Verständnis und Vertrauen fördert. Auch der Austausch und die gemeinsamen Übungen im militärischen Bereich können als vertrauensbildende Maßnahmen betrachtet werden.

Die Machtstrategie der realpolitischen Machtdemonstration entspringt dem Bild Chinas als Konkurrent und potentielle Bedrohung. Die liberale Machtstrategie, die durch wirtschaftliche Öffnung eine kooperative Annäherung ermöglicht, lässt China jedoch zunehmend als Partner erscheinen, mit dem gemeinsame Ziele verwirklicht werden können. Das Machtkonzept, das sich hier insgesamt darstellt, enthält demzufolge sowohl Elemente des Realismus als auch des Liberalismus.

Darstellung der Beziehungen zwischen Indien und den USA

Die Beziehungen zu den USA gestalteten sich während des Kalten Krieges wechselhaft und schwierig. Auf der einen Seite gab es von Beginn an wirtschaftliche Zusammenarbeit. So waren die Vereinigten Staaten zwischen 1946 und 1966 der wichtigste bilaterale Geber für Indien. Auf der anderen Seite fanden die beiden größten Demokratien der Welt keine gemeinsame Basis, auf der eine beständige politische Kooperation hätte aufgebaut werden können.

Nehru war nicht geneigt, die indischen Interessen denen der USA unterzuordnen und den Sachzwängen der daraus folgenden Bündnispolitik zu folgen. Das Engagement für die Blockfreie Bewegung sowie die Anerkennung und Unterstützung der

³⁷⁹ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 06.09.2007, S. 5.

kommunistischen Regierung Chinas stießen in Washington auf Missfallen.³⁸⁰ Als die USA in den 1950er Jahren mit Pakistan mehrere Allianzen schlossen (so z. B. im Rahmen des pakistanischen Beitritts zur multilateralen Allianz CENTO 1954 und der südostasiatischen SEATO. Siehe dazu auch Kapitel 3.1.3), wurde Indien in die Opposition zu den Vereinigten Staaten gedrängt. 1962 unterstützte Präsident Kennedy Indien während des Indien-China-Krieges, indem er den Flugzeugträger *Enterprise* in den Golf von Bengalen schickte. Drei Jahre später verschlechterte sich das Verhältnis jedoch wieder, als Präsident Johnson die Nahrungsmittelhilfe an Indien einstellte, um Neu-Delhi zu Wirtschaftsreformen zu zwingen. In den 1970er Jahren entwickelten sich die USA aus indischer Sicht gar zur Sicherheitsbedrohung. Der Flugzeugträger *Enterprise* wurde gegen Indien in Stellung gebracht, um Indien von einem Angriff auf Westpakistan abzuschrecken. Zusätzlich entsandten die USA eine Flugzeugträgergruppe mit zehn Kriegsschiffen der siebten US-Flotte in den Golf von Bengalen. Die Sowjetunion reagierte darauf und schickte ebenfalls ein Flottenkontingent von acht Schiffen. Als sich mit dem Besuch von Präsident Nixon in Peking eine Annäherung zwischen den USA und China abzeichnete,³⁸¹ sah Indien sich zum Abschluss eines Vertrages über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion genötigt, der – wenngleich dies von Indien bestritten wurde – kaum noch dem Kriterium von Blockfreiheit genügte.³⁸² Den Ausbau des Stützpunktes *Diego Garcia* im Indischen Ozean als Basis für die US-Waffe, die auch die Nuklearbomber B-52 aufnehmen konnte, nahm Indien als Bedrohung wahr. Er wurde zum zentralen Streitpunkt, der die Fronten über Jahre weiter verhärtete.³⁸³ Bei der Abstimmung in den Vereinten Nationen über die sowjetische Intervention in Afghanistan enthielt Indien sich der Stimme, denn ihm kam ein pakistanfeindliches Afghanistan sehr gelegen.³⁸⁴

Mit dem Abflauen des Ost-West-Konfliktes und der Liberalisierung in Indien begann eine neue Phase in der Zusammenarbeit mit den USA, die mit dem Staatsbesuch Rajiv Gandhis 1985 eingeleitet wurde. Grund dafür waren einerseits die geänderten internationalen Konstellationen: Mit den Genfer Friedensverhandlungen über Afghanistan verlor Pakistan als strategischer Sicherheitspartner an Wert.³⁸⁵ Parallel dazu und verstärkt durch die Aussöhnung mit China sank auch die Bedeutung Indiens für die Sowjetunion.³⁸⁶ Andererseits förderte die indische Liberalisierung gemeinsame Wirtschaftsinteressen und ermöglichte so eine Annäherung zwischen Indien und den

³⁸⁰ Vgl. Wagner, 1998, S. 30 f.

³⁸¹ Vgl. Müller, 2006, S. 275 f.

³⁸² Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, 2007, S. 39 f.

³⁸³ Vgl. Müller, 2006, S. 275 ff.

³⁸⁴ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, 2007, S. 40.

³⁸⁵ Vgl. Wagner, 2001b, S. 892.

³⁸⁶ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, 2007, S. 40.

USA. Washington begrüßte die wirtschaftlichen Reformen und setzte sich für umfangreiche Kredite der Weltbank und des IWFs ein. Ein gemeinsames Sicherheitsinteresse ergab sich aus der Zunahme des militanten islamistischen Fundamentalismus, der von indischer und US-amerikanischer Seite als gemeinsamer Feind gesehen wurde.³⁸⁷ 1995 einigten sich Indien und die USA auf eine Verteidigungskooperation, die ein Netzwerk gemeinsamer Arbeitsgruppen und enge direkte Kontakte zwischen den Militärs einschließlich gemeinsamer Übungen etablierte.

Trotz der bilateralen Annäherungen und der Zunahme gemeinsamer Interessen konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der USA jedoch auf Kaschmir und die Nuklearfrage, insbesondere hinsichtlich der Weigerung Indiens, den NVV zu unterzeichnen. Als Indien im Mai 1998 die Atomtests durchführte, unterbrachen die USA viele der bestehenden Kooperations- und Handelsbeziehungen. Doch innerhalb von ein paar Monaten begannen vertrauliche Gesprächsrunden zwischen dem stellvertretenden US-Außenminister Strobe Talbott und dem indischen Außenminister Jaswant Singh, die es möglich machten, trotz großer Differenzen hinsichtlich des indischen Nuklearwaffenprogramms einen Modus Vivendi zu finden.³⁸⁸ Im Herbst 1998 verkündete Indien ein Testmoratorium und stellte den Beitritt zum Teststopp-Vertrag in Aussicht.³⁸⁹ Ende 1999 wurden die meisten Sanktionen von Seiten der USA aufgehoben,³⁹⁰ unter anderem auch deshalb, weil die USA indische Ingenieure brauchte.³⁹¹ Die Zusammenarbeit zwischen Indien und den USA ist bereits ein Jahr nach dem Atomwaffentest wieder aufgenommen worden. Die Beziehungen haben sich in der Folge schnell verbessert und ein Niveau erreicht, das weit über dem liegt, welches vor 1998 erreicht werden konnte. Eine wichtige Rolle dabei spielen zwei Faktoren, die nicht durch die indische Außenpolitik verursacht wurden:

Erstens fand im Zusammenhang mit dem Kargil-Krieg 1999 ein tief greifender Wandel bezüglich der US-amerikanischen Haltung zur Kaschmir-Frage statt. Zur Überraschung des gesamten außen- und sicherheitspolitischen Establishments Neu-Delhis stellten sich die USA zum ersten Mal auf die Seite Indiens und verurteilten Pakistan als eindeutigen Aggressor: Öffentlich zog Washington die pakistanische Darstellung in Zweifel, es handele sich um Freiheitskämpfer. Die USA forderten Pakistan außerdem in aller Deutlichkeit zum Rückzug auf und erkannten die Berechtigung der indischen Militäraktion ausdrücklich an. Als Bill Clinton im März 2000 als erster amerikanischer Präsident nach zwanzig Jahren Indien besuchte, wurde er mit außergewöhnlicher

³⁸⁷ Vgl. Wagner 2001b, S. 892.

³⁸⁸ Vgl. Ganguly, 2006, S. 21.

³⁸⁹ Vgl. Müller, 2006, S. 279.

³⁹⁰ Vgl. Bertsch/Gahlaut/Srivastava, 2006, S. 108.

³⁹¹ Vgl. Zingel, 2007.

Herzlichkeit begrüßt.³⁹² Man beschloss, die Beziehungen beider Länder durch strategische Partnerschaft zu erweitern,³⁹³ und richtete eine gemeinsame Arbeitsgruppe zur Terrorismusbekämpfung ein.³⁹⁴

Zweitens gewann Indien durch die antichinesische Sicherheitspolitik unter Präsident Georg W. Bush eine neue geostrategische Bedeutung für Washington. Bereits im Wahlkampf 2000 schrieb Condoleezza Rice:

„It [the United States] should pay closer attention to India's role in the regional balance. There is a strong tendency conceptually to connect India with Pakistan and to think only of Kashmir or the nuclear competition between the two states. But India is an element in China's calculation, and it should be in America's too. India is not a great power yet, but it has the potential to emerge as one.“³⁹⁵

Im April 2001 wurde Außenminister Jaswant Singh spontan ins Weiße Haus eingeladen. Die Geste diente dazu, China während der Krise um das im Reich der Mitte festgehaltene amerikanische Beobachtungsflugzeug ein unmissverständliches Signal über die amerikanischen Bündnismöglichkeiten zu geben.

Neu-Delhi war bemüht die neuen Entwicklungen in Beziehung zu den USA zu unterstützen. So bezog Indien bewusst gegen chinesische und russische Interessen Position, indem es die weltweit kritisierten Raketen-Abwehr-Pläne der Bush-Regierung öffentlich unterstützte. Der 11. September 2001 eröffnete der indischen Regierung eine weitere Chance, die politische Wende im Verhältnis zur Supermacht USA voranzubringen und die eigene Politik gegenüber radikalen Islamisten mit der amerikanischen Reaktion zu verknüpfen. Premierminister Vajpayee kondolierte und bot die uneingeschränkte militärische Unterstützung an sowie die Nutzung seiner eigenen Militärbasen. Obgleich die USA von dem Angebot keinen Gebrauch machten, verdeutlichte dieser Schritt eine neue Ausrichtung indischer Weltpolitik.

Zugleich gab es in Indien Befürchtungen, dass die alten Verhältnisse zurückkehren könnten, denn das seit dem Kargil-Krieg isolierte Pakistan avancierte durch den amerikanischen *Krieg gegen den Terror* zum wichtigsten US-Verbündeten. Da die USA aber bemüht waren, die neuen Beziehungen zu Indien nicht zu gefährden, nahm Bush nach den Terroranschlägen 2001/2002, die Indien zur Vollmobilisierung gegen Pakistan veranlassten, eine Vermittlerrolle zwischen Indien und Pakistan ein. Indien ließ von seiner traditionellen Position ab, keine externe Einmischung in die Kaschmirfrage zu tolerieren. Im Gegenteil: Nun, da die USA in wesentlichen Fragen der indischen Position zugeneigt waren, hielt Indien ein Engagement der USA für nützlich.

³⁹² Vgl. Ganguly, 2006, S. 21 sowie Müller, 2006, S. 279 ff.

³⁹³ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, 2007, S. 40.

³⁹⁴ Vgl. Bertsch/Gahlaut/Srivastava, 2006, S. 113.

³⁹⁵ Rice, 2000.

Nach dem 11. September intensivierte sich die militärische Zusammenarbeit zwischen Indien und den USA. Die indische Marine übernahm die Aufgabe, im Rahmen der Operation *Enduring Freedom* amerikanische Verbände durch die Straße von Malakka zu eskortieren. Bereits 2001 hatte man sich auf eine engere wehrtechnische Zusammenarbeit geeinigt. Ein weiteres Abkommen ermöglichte 2002 den Austausch vertraulicher militärischer Informationen. 2005 folgte ein Rahmenabkommen zwischen den Verteidigungsministerien. Gegenstände waren gemeinsame Übungen, Kooperationen bei multilateralen Operationen, Terrorbekämpfung, Counter-Proliferation, Raketenabwehr sowie Erweiterung der Fähigkeiten zum globalen *Peacekeeping*. Darüber hinaus wurde eine gemeinsame Beschaffungsgruppe gegründet, um die Rüstungspolitik zu koordinieren.³⁹⁶ Als Präsident Bush 2006 Indien besuchte, würdigte er Indien öffentlich als Weltmacht. Der Höhepunkt des Staatsbesuchs war die Unterzeichnung des neuen Abkommens für nukleare Zusammenarbeit, das – falls es in der bisherigen Form in Kraft tritt – eine wichtige Voraussetzung für die Weiterentwicklung des indischen Kernwaffenprogramms darstellt (siehe hierzu auch Kapitel 3.1.2). Die USA erklärten zudem ihre Bereitschaft, Indien Investitionen in den Bereichen Biotechnologie und Landwirtschaft sowie Kampfflugzeuge zukommen zu lassen.³⁹⁷ Hier wird deutlich, dass die USA bemüht sind, Indien militärisch zu stärken und als regionales Gegengewicht zu China aufzubauen. Dem entspricht auch die Durchführung des multilateralen Marinemanövers *Malabar 07-02* von 2007. In diesem Zusammenhang gibt es Spekulationen hinsichtlich einer möglichen Militärallianz zwischen Indien, Australien, Japan und den USA. Die sogenannte *Quadrilateral Initiative* (Quad) könnte ein Gegengewicht zu der von China und Russland dominierten *Shanghai Cooperation Organisation* bilden. Erste offizielle sicherheitspolitische Dialoge zwischen den Quad-Staaten nähren die Spekulationen. Dennoch ist auffällig, dass Indien eine vorsichtige und ausgleichende Gangart in Bezug auf China wählt. So wurde Indien im Vorfeld und nach Abschluss des Marinemanövers *Malabar 07-02* nicht müde zu betonen, dass die strategische Koalition keine sicherheitspolitischen Implikationen habe. Noch in der gleichen Woche, in der *Malabar 07-02* stattfand, führten indische Truppen gemeinsam mit russischen Partnern in St. Petersburg Antiterrorübungen unter dem Namen *Indra-07* durch.³⁹⁸

Indien macht immer wieder deutlich, dass es sich nicht vorbehaltlos an den Sicherheitsdesigns der USA orientiert. Eine wichtige Rolle spielt dabei die indische Öffentlichkeit. So lehnte die indische Bevölkerung die Invasion in den Irak 2003 ab. Die

³⁹⁶ Vgl. Ganguly, 2006, S. 21 ff sowie Müller, 2006, S. 277 ff.

³⁹⁷ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, 2007, S. 41.

³⁹⁸ Vgl. Loewen, 2008, S. 105 ff.

indische Regierung, die offen über eine Entsendung indischer Truppen zur Unterstützung der von den USA geführten Koalition diskutierte, sprach sich schließlich für eine diplomatische Lösung im Rahmen der UN aus.³⁹⁹ Trotz des Nuklearabkommens mit den USA hält die indische Regierung, unterstützt durch die Mehrheit der indischen Bevölkerung,⁴⁰⁰ weiterhin an den Plänen fest, Iran und Indien durch eine Pipeline zu verbinden und damit die iranische Position als indischer Energielieferant auszubauen.⁴⁰¹ Hier zeichnet sich eine akute Gefahr für den Nuklearvertrag mit den USA ab. Es kann angenommen werden, dass dieser nur dann realisiert wird, wenn Neu-Delhi die Isolierungsbemühungen der Regierung Bush nicht unterläuft.⁴⁰² Neu-Delhi hält außerdem an seinem Kooperationskurs mit der Militärjunta in Myanmar fest, obgleich die USA darum bemüht sind, diese international zu isolieren.⁴⁰³ Anfang April 2008 wurde General Maung Aye, stellvertretender Vorsitzender des »Staatsrates für Frieden und Entwicklung«, von Premier Manmohan Singh und Außenminister Pranab Mukherjee in Neu-Delhi empfangen. Man unterzeichnete das Transit-Transportabkommen mit einem Wertvolumen von 120 Millionen US Dollar. Als Grund für die Kooperation mit der Militärjunta können nationale Interessen angenommen werden: Für Neu-Delhi bildet Myanmar das Tor zum Osten. Indien will das rohstoffreiche Gebiet nicht den Chinesen überlassen und sieht deshalb keine andere Option, als sich mit den Generälen zu arrangieren.⁴⁰⁴

Obgleich die indisch-amerikanische Beziehung dominiert wird durch die geostrategische Bedeutung Indiens für die US-amerikanische Asienpolitik, sowohl hinsichtlich eines Machtausgleichs zu China, als auch hinsichtlich einer koordinierten Terrorismusbekämpfung, findet seit den 1990er Jahren auch eine rapide Entwicklung auf der Ebene der Wirtschaftsbeziehungen statt. Noch ist diese Ebene vor allem für Indien wichtig, denn die Vereinigten Staaten sind zum größten Handelspartner und wichtigen Investor in Indien geworden.⁴⁰⁵ Der Handel mit Indien macht allerdings nur ein Prozent des gesamten US-Handels aus. Indien ist somit noch nicht einmal unter den 15 wichtigsten Handelspartnern der USA.⁴⁰⁶ Es besteht ein Konsens darüber, dass das Potential für wirtschaftliche Zusammenarbeit und bilateralen Handel bei weitem noch nicht ausgeschöpft ist und weiter ausgebaut werden soll: Im Rahmen der

³⁹⁹ Vgl. Wagner, 2006a, S. 2.

⁴⁰⁰ Vgl. Müller, 2006, S. 286.

⁴⁰¹ Vgl. Downstreamtoday, 01.05.2008.

⁴⁰² Vgl. General-Anzeiger 24.07.2008, S. 2.

⁴⁰³ Ein von den USA eingebrachter Resolutionsentwurf, der Myanmar zur Gefahr für Frieden und Stabilität in der Region erklärt hätte, scheiterte im Januar 2007 jedoch am Veto Chinas und Russlands (vgl. Auswärtiges Amt, 2008b).

⁴⁰⁴ Vgl. König, 2008.

⁴⁰⁵ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, 2007, S. 41.

⁴⁰⁶ Vgl. Bosloper u. a., 2006, S. 57.

strategischen Partnerschaft wurde ein indisch-amerikanischer Wirtschaftsdialog begonnen, der in der Amtszeit Bushs ausgeweitet und intensiviert wurde.⁴⁰⁷ Zudem sind erste Überlegungen zu der Einrichtung eines bilateralen Freihandelsabkommens im Gespräch.⁴⁰⁸ Und schließlich hat auch das Abkommen zur nuklearen Zusammenarbeit eine nicht zu vernachlässigende wirtschaftliche Bedeutung, denn die erwarteten Aufträge werden auf einen Wert von etwa 40 Milliarden US-Dollar geschätzt.⁴⁰⁹

Indiens Beziehungen zu den USA zwischen Realismus und Liberalismus

Wenn nun die Frage beantwortet werden soll, mit welchen Mitteln Indien versucht hat, im Rahmen indisch-amerikanischer Beziehungen Macht im Sinne von Einfluss auszuüben, dann muss zunächst darauf hingewiesen werden, dass Indien während des Kalten Krieges kaum Einflussmöglichkeiten gehabt hat. Wegen der Weigerung Nehrus, sich dem Westblock anzuschließen, und auch durch das Streben nach wirtschaftlicher Autarkie hatten die USA ihr strategisches Interesse an Indien verloren. Da China und Pakistan für Washington hingegen relevante Partner waren, die Washington zum Teil auch militärisch unterstützte, wurde die eigene Distanz zu den USA für Indien zunehmend zu einer sicherheitspolitischen Bedrohung. Um sich dieser Bedrohung und dem Einfluss durch die USA bzw. seiner Partnerstaaten China und Pakistan zu widersetzen, bediente Indien sich klassischer Machtpolitik wie sie vom Realismus beschrieben wird: Es ging – wenn auch widerstrebend – eine Allianz mit der Sowjetunion ein und bemühte sich mithilfe harter Machtmittel, Südasien für externe Mächte abzuriegeln, um so seinen Einflussbereich zu sichern. Als die Sowjetunion mit dem Einmarsch in Afghanistan einen blockfreien Staat angriff, enthielt sich Indien einer Verurteilung im Rahmen der Vereinten Nationen und stellte damit die eigenen nationalen Interessen über die Solidarität der Blockfreien Staaten, über das Völkerrecht und den moralischen Anspruch Nehrus, die Souveränität der Staaten zu respektieren. In den 1990er Jahren begann eine neue Phase in den indisch-amerikanischen Beziehungen. Ein wichtiger und von Indien unabhängiger Grund war die veränderte weltpolitische Konstellation. Sie erforderte eine Neustrukturierung und Umoorientierung US-amerikanischer Außenpolitik. Das gab Indien die Möglichkeit, sich neu zu positionieren. Mit der von den USA unterstützten marktwirtschaftlichen Öffnung Indiens entstanden zunehmend Handelsbeziehungen zwischen den beiden Staaten. Von Indiens Seite bestand (und besteht) nach wie vor keine ernstzunehmende Möglichkeit, den USA mit militärischer Gewalt und ökonomischen Sanktionen zu drohen und somit harte Macht im Sinne des Realismus auszuüben. Angesichts der Liberalisierung

⁴⁰⁷ Vgl. Tellis, 2005, S 49 f.

⁴⁰⁸ Vgl. Bertsch/Gahlaut/Srivastava, 2006, S. 111.

⁴⁰⁹ Vgl. General-Anzeiger 24.07.2008, S. 2.

indischer Märkte und den daraus resultierenden wirtschaftlichen Optionen setzten die USA, die zur harten Machtausübung gegenüber Indien durchaus in der Lage wären, verstärkt auf Zusammenarbeit und Kooperation. Im Sinne des liberalen Machtkonzeptes kann insofern festgestellt werden, dass Indien mit der wirtschaftlichen Liberalisierung sein weiches Machtpotential stärken und dadurch die Beziehungen zu den USA zu seinen Gunsten verbessern konnte. Gemeinsame Interessen im Bereich der Bekämpfung des militanten islamistischen Fundamentalismus erweiterten den Bereich kooperativer Beziehungsmöglichkeiten. Wie der Verweis darauf, dass der Bedarf nach indischen Ingenieuren mit ein Grund für die Aufhebung der US-amerikanischen Sanktionen gewesen sei, verdeutlicht, konnte Indien seinen Einfluss auch durch sein gesellschaftliches Potential erhöhen. Diese ‚Machterweiterung‘ kann daher im Sinne Czempiels verstanden werden, der schreibt:

„Es gibt also auch in der Gesellschaftswelt große und kleine Staaten, wenn auch ihre Größen nicht mehr nach Waffenarsenalen, sondern nach wirtschaftlicher Potenz und gesellschaftlicher Leistungs- und Anpassungsfähigkeit berechnet werden.“⁴¹⁰

Dass das Interesse der USA in den 1990er Jahren dennoch weitgehend auf Kaschmir und die Nuklearfrage konzentriert war, kann im Rahmen der bisherigen Argumentation unter anderem darauf zurückgeführt werden, dass die wirtschaftlichen Potentiale Indiens im Vergleich zu China und Südasien von den USA immer noch als gering eingeschätzt wurden.⁴¹¹ Darüber hinaus galt es, eine atomare Aufrüstung in der instabilen Region zu verhindern. Die Situation veränderte sich mit den Nukleartests Indiens und Pakistans. Indien war mit der Investition zur Aufwertung seiner harten Machtressourcen ein hohes Risiko eingegangen. Dennoch wurde sehr schnell deutlich, dass Indien gerade wegen der Nukleartests die Aufmerksamkeit der USA auf sich ziehen konnte. In den Gesprächsrunden zwischen Talbott und Singh konnte trotz der Differenzen Klarheit über die strategische Position des jeweils anderen hergestellt und die Basis für ein entwicklungsfähiges Verhältnis geschaffen werden. Da Pakistan im Kargil-Krieg bewies, dass seine Atomwaffen nicht der Abschreckung dienten, sondern die Fortsetzung der Kämpfe um Kaschmir ermöglichen sollten, bezogen die USA bereits 1999 eindeutig Stellung für Indien. Hier wird deutlich, dass die indischen Nukleartests das indisch-amerikanische Verhältnis zugunsten Indiens verbessert haben. Mit einer veränderten Wahrnehmung der Rolle Chinas durch Bush gewann Indien zusätzliche Bedeutung für die USA. Washington hat seitdem wiederholt deutlich gemacht, an einem starken Indien interessiert zu sein, und es deshalb verstärkt unterstützt. Indien hat davon profitiert, sowohl hinsichtlich seiner Beziehungen zu

⁴¹⁰ Czempiel, 1999, S. 130.

⁴¹¹ Vgl. Wagner, 1998, S. 53.

Pakistan und China als auch im Rahmen militärischer Aufrüstung und wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Dass Indien sich scheinbar dennoch nicht in eine antichinesische Allianz einbinden lässt und weiterhin gute Kontakte mit China, aber auch mit Iran und Myanmar pflegt, zeigt, dass Neu-Delhi Indien als eigene Großmacht etablieren will. Es knüpft damit an den Großmachtanspruch Nehrus an. Im Gegensatz zu Nehru, der erst nach dem Angriff Chinas mit ersten Aufrüstungsprogrammen begann, setzt Indien heute verstärkt auch auf militärisches *Balancing*.

3.1.5 Indien in den zentralen Weltorganisationen

Beschreibung des indischen Verhältnisses zu den UN und der WTO

Im Folgenden geht es zunächst um die Rolle Indiens in den UN. Anschließend wird die Positionierung Indiens gegenüber der WTO dargestellt.

Indien ist Gründungsmitglied der Vereinten Nationen (UN).⁴¹² Nehru war von der Notwendigkeit eines globalen Multilateralismus überzeugt und unterstützte die UN vorbehaltlos:

„Towards the UNO, India's attitude is that of whole-hearted cooperation and unreserved adherence, in both spirit and letter, to the Charter governing it.”⁴¹³

Für Indien waren die UN eine Plattform, außenpolitische Anliegen multilateral durchzusetzen. Im Zentrum stand dabei seine Opposition zum Imperialismus, zum Kolonialismus und zur Apartheid.⁴¹⁴ Indien hat als erstes Land das Thema Apartheid innerhalb der UN zur Sprache gebracht.⁴¹⁵ In diesem Zusammenhang war es eine treibende Kraft bei dem Beschluss der UN 1954, ein Embargo gegen Südafrika zu verhängen. Auch spielte es eine entscheidende Rolle bei der Aufnahme postkolonialer Staaten in die UN. Dieser Prozess war durch widerstreitende Interessen im Rahmen des Ost-West-Konflikts immer wieder blockiert worden. Doch Indien setzte sich erfolgreich für das Universalitätsprinzip der UN ein.⁴¹⁶

Im Zuge der Entkolonialisierung wuchs die Anzahl der Staaten, die außerhalb der Ost-West-Blöcke standen. Indien war maßgeblich an dem Zusammenschluss dieser Staaten in der Bewegung der *Blockfreien* (für politische Belange) und der *Gruppe77* (für wirtschaftliche Belange) beteiligt. Diesen Organisationen dienten die UN als wichtiges Forum, sich international zu artikulieren.⁴¹⁷ Indien kam dabei eine Führungs-

⁴¹² Es nahm bereits an der Gründungskonferenz von 1945 teil, allerdings noch nicht als freies Land, sondern als Mitglied des *British Empire* (vgl. Kesevan, 2005).

⁴¹³ Kesevan, 2005.

⁴¹⁴ Vgl. Dash, 2005, S. 48.

⁴¹⁵ Vgl. Kochanek, 1980, S. 50.

⁴¹⁶ Vgl. Kesevan, 2005.

⁴¹⁷ Vgl. Blätte, 2002, S. 40.

rolle zu.⁴¹⁸ Auch heute identifiziert sich Indien mit den Positionen der Blockfreien und der G77. Dennoch zeigt es sich hinsichtlich kontroverser Konfliktpunkte flexibler.⁴¹⁹

Indien hat kontinuierlich an friedenserhaltenden Aktionen der UN teilgenommen. Bereits Ende der 1950er Jahre war es an der Friedensmission im Nahen Osten beteiligt. In den 1960er Jahren spielte es eine wichtige Rolle bei den Friedensmissionen im Kongo und später auf Zypern.⁴²⁰ Heute steht Indien an dritter Stelle bezüglich der Bereitschaft, militärische Truppen und Polizeipersonal für Einsätze der Vereinten Nationen bereitzustellen. Dass Indien zu einem Mitglied des Organisationskomitees der 2005 gegründeten *Peacebuilding Commission* (PBC) gewählt wurde, kann als Ausdruck seiner großen Reputation auf diesem Gebiet gewertet werden.⁴²¹ Hinsichtlich seines eigenen Falls in Kaschmir zeigt Indien sich jedoch wenig kooperativ. Seit Jahrzehnten verweigert Indien die Anerkennung der 1949 in Kaschmir stationierten Friedenstruppe (UNMOGIP) und erschwert dadurch ihre Arbeit.⁴²²

Indien hat in der UN stets das klassische Ideal der Souveränität verteidigt. Die seit den 1990er Jahren festzustellende Tendenz zur Relativierung des klassischen Interventionsverbots und der staatlichen Souveränität nach innen zugunsten einer begrenzten Völkerrechtssubjektivität der Völker selbst⁴²³ stößt in Indien dementsprechend auf Ablehnung, ist doch zu befürchten, dass auch für Kaschmir eine humanitäre Intervention ins Gespräch gebracht werden könnte.⁴²⁴

In Bezug auf die Menschenrechte hat Indien stets großes Engagement gezeigt. Bereits bei der Gründungskonferenz von 1945 trat Indien für die Anerkennung der Menschenrechte als Voraussetzung für den Weltfrieden ein. Sein Antrag, die Unterstützung der Menschenrechte in die UN-Charta zu integrieren, wurde angenommen und im Artikel 1.3⁴²⁵ umgesetzt. Indien hat sämtliche Kernkonventionen der UN unterschrieben.⁴²⁶ Bedeutende Inder haben hochrangige Ämter in den verschiedenen Foren und Kommissionen zur Überwachung und Einhaltung der Menschenrechte innegehabt. Indien war zudem ein starker Unterstützer, die UN-Menschenrechtskommission durch den UN-Menschenrechtsrat zu ersetzen. Trotz der Verdienste lehnt Indien die Ratifizierung der Konvention zum Internationalen

⁴¹⁸ Vgl. Cooper/Fues, 2008, S. 294 ff.

⁴¹⁹ Vgl. Cooper/Fues, 2008, S. 297.

⁴²⁰ Vgl. Kochanek, 1980, S. 50.

⁴²¹ Vgl. Cooper/Fues, 2008, S. 301.

⁴²² Vgl. Schattenmann, 2002, S. 59 f.

⁴²³ Vgl. Krell, 2004b, S. 114 f.

⁴²⁴ Vgl. Müller, 2006, S. 198.

⁴²⁵ Die Vereinten Nationen setzten sich zum Ziel „eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen.“ (vgl. Charta der Vereinten Nationen, Kap. I, Art. 3)

⁴²⁶ Vgl. Laufer, 2007, S. 7.

Strafgerichtshof (ICC) vehement ab. Als offensichtlich wichtigster Grund gilt auch hier die Situation in Kaschmir.⁴²⁷

Auch das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes, das Neu-Delhis antikolonialer Gesinnung zunächst sympathisch war, wurde durch die Lage in Kaschmir problematisch. 1960 wurde die Erklärung der UN zur Selbstbestimmung⁴²⁸ verabschiedet. Sie fand ihre Umsetzung 1966 in den beiden Übereinkommen über Wirtschaftsrechte und bürgerliche und politische Rechte. Diese Entwicklung brachte Indien hinsichtlich der Situation in Kaschmir in ein Dilemma. Der indische Delegierte erklärte, das Selbstbestimmungsrecht gelte für Völker unter Fremdherrschaft, nicht aber für souveräne, unabhängige Staaten oder Teile des Volkes einer Nation.⁴²⁹

In den letzten Jahren hat Indien sich verstärkt für die Förderung von Demokratie eingesetzt. Demokratisierung mithilfe militärischer Intervention durchzusetzen lehnte es dabei strikt ab. 2004 unterzeichnete Indien ein Memorandum zur Kooperation von Wahlbeobachtungsmissionen (Memorandum of Understanding with the United Nations for cooperate in electoral assistance). 2005 beteiligte Premierminister Singh sich an der Gründung des *UN Democracy Fund*.⁴³⁰

Auf den Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle ist bereits im Kapitel 3.1.2 eingegangen worden. Es wurde sowohl das Engagement Indiens für eine globale Atomwaffenabrüstung beschrieben als auch die eigene atomare Aufrüstung und die Weigerung, den NVV und den Teststopp-Vertrag zu unterzeichnen. Auch sonst vermeidet Indien es, in dem Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle Selbstverpflichtungen einzugehen. Zwar hat Indien 1993 die Chemiewaffenkonvention unterzeichnet und rüstet in dieser Hinsicht auch ab. Als eine der größten Herstellernationen von Landminen lehnt es jedoch ab, der Ottawa-Konvention beizutreten. Die Konvention sieht eine vollständige Abrüstung dieser Waffenkategorie vor.⁴³¹ In der Diskussion über Kleinwaffen ist Indien lediglich bereit, illegalen Waffenhandel zu erörtern, nicht aber den Handel mit Kleinwaffen insgesamt. Amnesty International macht zudem unter anderem Indien für das Scheitern der *UN Small Arms Review Conference* 2006 verantwortlich.⁴³² An der Streubomben-Konferenz in Dublin 2008 hat Indien gar nicht erst teilgenommen.⁴³³

⁴²⁷ Vgl. Cooper/Fues, 2008, S. 301 f.

⁴²⁸ UN-Resolution 1514 (XV): *Declaration on the Granting of Independence to Colonial Countries and Peoples* (Vgl. Vereinte Nationen, 1960).

⁴²⁹ Vgl. Müller, 2006, S. 199.

⁴³⁰ Vgl. Cooper/Fues, 2008, S. 302.

⁴³¹ Vgl. Krell/Minkwitz/Schörnig, 2004, S. 574.

⁴³² Vgl. Cooper/Fues, 2008, S. 303.

⁴³³ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 30.05.2008, S. 4.

Im Rahmen der UN-Klimapolitik – als eine der zentralen Arbeitsbereiche gegen globale Umweltprobleme – wird Indien aufgrund seines rapide ansteigenden Energieverbrauchs⁴³⁴ zunehmend wichtig. Es hat zwar die UN-Klimarahmenkonvention und das Kyoto-Protokoll unterzeichnet, lehnt es jedoch ab, sich auf internationaler Ebene zu Treibhausgas-Reduktionszielen zu verpflichten. Indien betont die Verantwortung der Industrieländer als Hauptverursacher des Klimawandels und steht auf dem Standpunkt, dass von den Entwicklungs- und Schwellenländern nicht mehr als freiwillige Maßnahmen erwartet werden können. Indien hat deutlich gemacht, dass es verpflichtenden Maßnahmen nur dann zustimmt, wenn sie auf dem Gleichheitsprinzip (gleiche Emissionsrechte für alle) beruhen. Das würde bedeuten, dass Indien, dessen Pro-Kopf-Emissionen weit hinter denen der westlichen Industrieländer bleiben, seine Emissionen zunächst ungehindert steigern könnte. Das indische Beharren auf begrenzten Verpflichtungen für Entwicklungs- und Schwellenländer hat zudem dazu beigetragen, dass die Verpflichtungen auf der Klima-Konferenz in Bali 2007 auf den kleinsten gemeinsamen Nenner heruntergeschraubt wurden, anstatt auf ein Maß angehoben zu werden, das dem wissenschaftlichen Konsens gerecht wird.⁴³⁵

Im Zentrum indischer UN-Politik steht derzeit das Bemühen um eine umfassende Reform der UN. Indien drängt darauf, die heutige Welt in den UN-Institutionen angemessener als bisher zu repräsentieren, damit diese besser auf die Anliegen der Entwicklungsländer einschließlich Indiens eingehen können. Höchste Priorität hat für Indien die Reform des Sicherheitsrates.⁴³⁶ In diesem Kontext plädiert Indien für eine Erweiterung der Anzahl ständiger Mitglieder und beansprucht dabei einen Sitz für sich. Es sei die logische Konsequenz seiner großen Verantwortung und seines hohen Engagements innerhalb des globalen Multilateralismus⁴³⁷ und rechtfertige sich schon aufgrund objektiver Tatsachen. Das Argument verweist damit auf das Ausmaß des demographischen und wirtschaftlichen Wachstums Indiens als auch auf seine zunehmend erstarkende Militärmacht. Um das Ziel, eines ständigen Sitzes im Sicherheitsrat, zu erreichen, tat Indien sich 2005 mit Japan, Deutschland und Brasilien (G4) zu einer gemeinsamen Initiative zusammen. Sie scheiterte jedoch an der fehlenden Unterstützung der UN-Mitgliedsstaaten.⁴³⁸

⁴³⁴ Nach den Berechnungen von World Energy Outlook wird Indien bis 2015 der drittgrößte Verursacher von Emissionen sein (vgl. International Energy Agency, S. 11).

⁴³⁵ Vgl. Rajamani, 2008, S. 19-25.

⁴³⁶ Vgl. Kage, 2006.

⁴³⁷ Vgl. Laufer, 2007, S. 9.

⁴³⁸ Vgl. Kage, 2006.

Auch im Rahmen globaler Handelspolitik hat Indien sich engagiert. Während des Kalten Krieges setzte es sich für die Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung ein.⁴³⁹ Diese sollte die Entwicklungschancen der Dritten Welt durch einen reformierten und gerechten Welthandel stärken.⁴⁴⁰ Obgleich Indien Gründungsmitglied des *Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens* (GATT) war, konnte es sich aufgrund zahlreicher Ausnahmeregelungen dem Weltmarkt verschließen. Das fehlende Interesse an einer Förderung der Exportproduktion führte dazu, dass der Anteil Indiens am Welthandel seit den 1950er Jahren von ca. 2,5 Prozent auf ca. 0,5 Prozent Anfang der 1990er Jahre zurückging.⁴⁴¹ Mit den Wirtschaftsreformen in den 1990er Jahren orientierte Indien sich neu und begann, seine Grenzen für den internationalen Handel sukzessive zu öffnen. Dieser Prozess wirkte sich unmittelbar auf die Position aus, die das Land während der Verhandlungen der Uruguay-Runde 1986-1994 vertrat.⁴⁴² Die Uruguay-Runde war die letzte und umfassendste Handelsrunde im Rahmen des GATT. Das wichtigste Ergebnis dieser Handelsrunde war die Gründung der *Welthandelsorganisation* (WTO).⁴⁴³ Aufgrund seiner neuen wirtschaftspolitischen Außenorientierung konnte Indien es sich nicht leisten, der neuen Organisation, die den Rahmen für ein regelbasiertes multilaterales Handelssystem festlegte, fernzubleiben, und unterzeichnete den Vertrag 1994 in Marrakesch.⁴⁴⁴

Obgleich Indien sich damit zur WTO und zum Freihandel bekannt hat, erweist es sich seither in bestimmten Verhandlungsbereichen als ein harter Verhandlungspartner. Für Indien scheint hier die Devise zu gelten: Kein Abkommen abzuschließen ist besser als einen Kompromiss einzugehen.⁴⁴⁵ Auf der WTO-Ministerkonferenz in Doha 2001 gehörte Indien zu den Ländern, die sich vehement gegen eine neue Handelsrunde stellten. Erst als die Industrieländer versicherten, in dieser Runde explizit auf die Bedürfnisse der Schwellen- und Entwicklungsländer einzugehen, willigte Indien ein. Im Zuge der Doha-Runde wurde deutlich, dass die Schwellen- und Entwicklungsländer dank verbesserter Koordination und einer gewachsenen wirtschaftlichen Bedeutung ihre Verhandlungsmacht erheblich gestärkt hatten. Wurden Beschlüsse bis dahin meist ausschließlich unter den Industrieländern ausgehandelt, war ein solches Diktat nun nicht mehr möglich. Die Forderungen der Schwellen- und Entwicklungsländer, ihre Anliegen zu berücksichtigen, und die Weigerung der Industrieländer, sich in wesentlichen Punkten zu bewegen, hat die Verhandlungen der Doha-Runde erheblich

⁴³⁹ Vgl. Dash, 2005, S. 48.

⁴⁴⁰ Vgl. Blätte, 2002, S. 41.

⁴⁴¹ Vgl. Wagner, 1998, S. 15.

⁴⁴² Vgl. Müller, 2006, S. 89.

⁴⁴³ Vgl. Schiller, 2002, S. 105.

⁴⁴⁴ Vgl. Hoda, 2006, S. 99.

⁴⁴⁵ Vgl. Mildner/Husar, 2007, S. 4.

belastet. Das anvisierte Ziel, bis Ende 2004 einen modifizierten Welthandelsvertrag vorzulegen, musste spätestens mit dem Scheitern der fünften Ministerkonferenz in Cancùn aufgegeben werden. Auch weitere Ministerkonferenzen scheiterten. Und wenngleich die Verhandlungen immer wieder aufgenommen wurden,⁴⁴⁶ steht das Ergebnis der Doha-Runde nach wie vor aus. Auch die Verhandlungen, die im Juli 2008 in Genf geführt wurden, scheiterten.⁴⁴⁷ Ein wichtiger Grund für die Schwierigkeiten ist der Streit über die Liberalisierung der Agrarmärkte.

Indien hat in der Doha-Runde eine entscheidende Rolle gespielt. Es war maßgeblich an der Allianzbildung der Süd-Süd-Kooperation beteiligt und führte diese zum großen Teil auch als Wort- und Verhandlungsführer an.⁴⁴⁸ Für das aktuelle Scheitern der Verhandlungen in Genf wird vor allem ein Konflikt zwischen Indien und den USA verantwortlich gemacht. Indien besteht darauf, dass Staaten mit einem hohen Anteil armer Landbevölkerung bei Agrarimporten schon frühzeitig Schutzzölle auferlegen können. Die USA aber lehnen diese Forderung ab.⁴⁴⁹

Indien in der UN und der WTO zwischen Realismus und Liberalismus

Das Bekenntnis Nehrus zum globalen Multilateralismus entspricht dem idealtypischen Handlungskonzept des Liberalismus, denn dieses geht von der Annahme aus, dass ein globaler Rahmen für die Koordinierung von Aktivitäten und die Lösung gemeinsamer Probleme unverzichtbar ist. Durch das langjährige Engagement Indiens in vielen Bereichen der UN hat Neu-Delhi den globalen Multilateralismus in der politischen Tradition Indiens verankert und zugleich demonstriert, dass Nehrus erklärte Unterstützung für den globalen Multilateralismus kein bloßes Lippenbekenntnis war. Das gilt sowohl für die Zeit, als Indien noch als schwaches Entwicklungsland galt, als auch heute, da es als aufstrebende Großmacht zunehmend ins Zentrum internationaler Politik rückt. Im Rahmen der Global-Governance-Institutionen hat Indien seine Möglichkeit, Definitions- und Konsensmacht auszuüben, oft wahrgenommen und damit auch einige Teilerfolge erzielen können. Vor allem hat es dazu beigetragen, den Belangen und Themen der Entwicklungsländer Gehör zu verschaffen. Es hat damit den eigenen Interessen gedient und zugleich auf das Ziel einer gleichberechtigten und globalen Zusammenarbeit der Staaten – für den Liberalismus eine Grundbedingung einer dauerhaften Weltordnung – hingewirkt.

⁴⁴⁶ Vgl. Loewen, 2006, S. 4.

⁴⁴⁷ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 30.07.2008, S. 1.

⁴⁴⁸ Vgl. Laufer, 2007, S. 12.

⁴⁴⁹ Vgl. Berliner Zeitung, 30.07.2008.

Auch der Einsatz für die Förderung von Demokratie entspricht dem Machtkonzept des Liberalismus, denn im Sinne der Theorie des Demokratischen Friedens dient sie dem Ziel, die internationale Sicherheit und Stabilität zu erhöhen.

Als Indien in den 1990er Jahren einen Wandel seiner nationalen Wirtschaftspolitik einleitete, begann es, auch auf der globalen Ebene seine Handelspolitik an liberalen Zielen auszurichten und die GATT/WTO als Forum für globale Handelspolitik zu nutzen. Seine kompromisslose Haltung, die zum Scheitern der Verhandlung über weitere Liberalisierungen beigetragen hat, kann als ein Mangel an Konsensmacht interpretiert werden (allerdings trifft das auf alle am Scheitern beteiligten Parteien zu). Für eine weitere Liberalisierung des globalen Handels ist das bisherige Ergebnis der Handelsrunde kontraproduktiv. Indien ist das Risiko des Scheiterns bewusst eingegangen. Das kann einerseits als antiliberal verstanden werden und aufgrund der protektionistischen Haltung zur Wahrung der eigenen Autonomie im landwirtschaftlichen Produktionsbereich als Orientierung am Weltbild des Realismus interpretiert werden. Andererseits kann auch aus der Perspektive des Liberalismus – wie er im Rahmen dieser Arbeit vorgestellt wurde – argumentiert werden, dass Märkte so lange zu schützen sind, bis die binnenwirtschaftliche Struktur so stark ist, dass freier Handel den Bedürfnissen der Gesellschaftswelt gerecht werden kann. Auf den indischen Agrarsektor scheint das nicht zuzutreffen. Noch ist kaum anzunehmen, dass er einer globalen Konkurrenz standhalten könnte. Bereits heute durchläuft die landwirtschaftliche Branche Indiens einen rapiden Verfall. Ein Grund dafür sind die Senkungen von Importzöllen und Subventionen, die auf Druck der WTO bereits durchgeführt wurden. Im Rahmen der Doha-Runde hat der indische Handelsminister Kamal Nath die Blockade Indiens hinsichtlich weiterführender Liberalisierungen in dem Bereich deshalb wie folgt erklärt:

„Developed countries are looking at promoting and protecting the prosperity of their farmers, whereas in India, we are talking about protecting the livelihood of our farmers.“⁴⁵⁰

Die Verelendung sowie die hohe Selbstmordrate unter indischen Bauern scheint die Aussage zu bestätigen.⁴⁵¹

Wenngleich Indien den globalen Multilateralismus der UN und der WTO durchaus aktiv mitträgt und ihn als Instrument weltpolitischer Gestaltung wahrnimmt, zeichnen sich hinsichtlich der indischen Bereitschaft, seine Nationalinteressen im Sinne grenzübergreifender gesellschaftlicher Gesamtinteressen zu definieren, deutliche Grenzen ab. An diesen Grenzen wird eine Orientierung am Machtkonzept des Realismus sichtbar.

⁴⁵⁰ Mildner/Husar, 2007, S. 5.

⁴⁵¹ Vgl. Petersen, 2006, S. 14.

Die kritische Einstellung gegenüber der Relativierung des klassischen Interventionsgebots und der staatlichen Souveränität zugunsten der Völker selbst sowie die Weigerung, dem ICC als Mitglied beizutreten, machen deutlich, dass Indien hier die Souveränität sowie die territoriale Integrität über die Universalität der Menschenrechte stellt.

Ähnliches gilt für die Klimapolitik, die Indien einerseits zwar mitträgt, andererseits entzieht es sich jedoch jeder Selbstverpflichtung und bremst den Verhandlungsprozess durch das kompromisslose Beharren auf der eigenen Position. Die Weigerung, auf internationaler Ebene klimapolitische Selbstverpflichtungen einzugehen, ist aus der Perspektive des Realismus sinnvoll, denn sie könnten die eigene Wirtschaftsentwicklung einschränken und somit einen relativen Machtverlust darstellen. Aufgrund der Gerechtigkeitsfrage kann hier jedoch auch aus der Perspektive des Liberalismus argumentiert werden. Die Hauptverursacher für den Klimawandel sind (bislang) die westlichen Industriestaaten. Insbesondere die USA weigern sich jedoch, die Verantwortung zu übernehmen, und beharren deshalb auf einer Parallelität der Verpflichtungen von Industrie- und Entwicklungsländern. Aus der Perspektive des Liberalismus kann eine globale Klima-Governance jedoch nur dann langfristig stabil sein, wenn sie auch die normativen Ansprüchen von Gerechtigkeit erfüllt. Aus demselben Grund kann den Schwellen- und Entwicklungsländern das Recht nicht abgesprochen werden, sich wirtschaftlich ebenso frei zu entfalten wie die bislang so erfolgreichen Industrieländer. Und doch: Solange Indien wie auf Bali dazu beiträgt, dass die Entwicklung der internationalen Klimapolitik gebremst wird, kann Indiens Politik nicht dem liberalen Machtkonzept zugeordnet werden, denn das sicherheitspolitische Ziel, den Klimawandel aufzuhalten, wird damit bewusst verfehlt. Aus der Perspektive des Liberalismus gilt es vielmehr, den scheinbaren Widerspruch zwischen dem nationalen Interesse an wirtschaftlichem Wachstum und dem gesellschaftlichen Gesamtinteresse an einer Lösung des Klimaproblems aufzulösen. Nationales Interesse kann langfristig nur dann realisiert werden, wenn es nicht im Widerspruch zu gesellschaftlichen Gesamtinteressen steht. In Bezug auf das globale Klimaproblem scheint dieser Grundsatz des liberalen Machtkonzepts zuzutreffen: Wissenschaftlichen Voraussagen zufolge wird der Klimawandel auch in Indien schwere Auswirkungen haben. Die Opfer sind zunächst die Armen, die am wenigsten anpassungsfähig sind. Langfristig schadet er auch dem wirtschaftlichen Wachstum. Schätzungen gehen davon aus, dass ein Anstieg der Temperaturen um 2-3,5 °C einen Rückgang des indischen BSP um 0,67 Prozent verursachen kann.⁴⁵²

⁴⁵² Vgl. Rajamani, 2008, S. 19-25.

Die Weigerung, konkreten Abrüstungs- und Rüstungskontrollinitiativen beizutreten, legen nahe, dass Indien keineswegs die Idee einer kollektiven Sicherheitsgemeinschaft verfolgt, wie man vor 1998 noch hätte annehmen können. Damit hat Neu-Delhi sich von einem wichtigen Element des liberalen Machtkonzepts distanziert.

Souveränität und Sicherheit, das sind die beiden vom Realismus benannten Kernbereiche der Außenpolitik. Der Realismus geht davon aus, dass beide Bereiche nur unilateral verteidigt werden können (Ausnahmen sind Allianzen). Indiens Politik scheint diesem Denken zu entsprechen. Wenn dem so ist, dann muss die Bewerbung Indiens für einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat aus der Perspektive des Liberalismus dementsprechend interpretiert werden. Czempiel geht davon aus, dass der Sicherheitsrat durch die Institutionalisierung der Kooperation zwischen den Großmächten verhindern kann, dass die für die Weltpolitik entscheidenden Beziehungen durch das Sicherheitsdilemma bestimmt werden.⁴⁵³ Geht Indien vom Weltbild des Realismus aus, dann kann der Sicherheitsrat diese Funktion nicht erfüllen. Auch könnte Indien sich im Zweifelsfall weigern, die in der UN-Charta verankerten Pflichten eines Mitglieds des Sicherheitsrats⁴⁵⁴ über die eigenen nationalen Interessen zu stellen. Der Auftrag des Sicherheitsrates, ein System zur Rüstungsregelung zu errichten,⁴⁵⁵ scheint aus dieser Perspektive ebenfalls nicht realisierbar. Das Streben nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat müsste dann vor allem durch die Motivation erklärt werden, das Statussymbol einer Großmacht für sich beanspruchen zu können. Mit einer Aufnahme in den Sicherheitsrat wäre dem eigenen Großmachtanspruch, den Indien seit seiner Unabhängigkeit erhebt, durch die objektivierte Anerkennung seitens der Staatengemeinschaft endlich Geltung verschafft. Andererseits spricht das Engagement Indiens in vielen Bereichen der UN dafür, dass Indien durchaus bereit ist, mehr Verantwortung für die Staatengemeinschaft zu tragen.

Jenseits der Spekulationen über die Motive der indischen Ambitionen, als ständiges Mitglied in den Sicherheitsrat aufgenommen zu werden, kann abschließend festgehalten werden, dass der indische Anspruch aus der Perspektive des Liberalismus durchaus gerechtfertigt ist. So geht Czempiel davon aus, dass der Sicherheitsrat seine Funktion nur dann erfüllen kann, wenn er die Machtverhältnisse im internationalen System angemessen repräsentiert.⁴⁵⁶

⁴⁵³ Vgl. Czempiel, 2002, S. 195.

⁴⁵⁴ Die UN-Charta verpflichtet die Mitglieder des Sicherheitsrates, im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der UN zu handeln (vgl. Charta der Vereinten Nationen, Kap. V, Art. 24.2).

⁴⁵⁵ Vgl. Charta der Vereinten Nationen, Kap. V, Art. 26.

⁴⁵⁶ Vgl. Czempiel, 1999, S. 118.

3.2 Zusammenfassung der Ergebnisse

In Kapitel 3.1 wurden zahlreiche Aspekte und Ebenen indischer Außenpolitik beleuchtet und hinsichtlich des indischen Machtkonzepts analysiert. Das Ziel dabei war, Indien zwischen den idealtypischen Machtkonzepten des Realismus und des Liberalismus zu verorten. Nun sollen die Einzelergebnisse zusammengefasst und zu einem Gesamtbild zusammengesetzt werden.

Die Zuordnungskriterien, die zu Beginn dieses Gesamtkapitels aufgestellt wurden, dienen für die Einzelanalysen als Orientierung. Sie sollen nun wieder aufgegriffen werden, um die Zusammenfassung ergebnisorientiert zu strukturieren. Die wichtigen Punkte der Analyseergebnisse werden den einzelnen Kriterien noch einmal explizit zugeordnet.

Als weiterer wichtiger Gesichtspunkt der Zusammenfassung wird die weltpolitische Zäsur, das Ende des Kalten Krieges, gewählt. In den Analysen ist deutlich geworden, dass die globalen Umwälzungen zugleich einen Wendepunkt in der indischen Außenpolitik darstellen. Aus diesem Grund werden die wichtigen Aspekte der indischen Außenpolitik zum einen während des Kalten Krieges und zum anderen in der Zeit danach zusammengefasst. Zeitlicher Wandel und Kontinuität können dadurch herausgearbeitet werden.

Zur besseren Übersicht ist die Tabelle der Zuordnungskriterien von Seite 41 hier noch einmal abgebildet.

	Machtkonzept des Realismus	Machtkonzept des Liberalismus
Zentrale Themen der Außenpolitik	Militärische Sicherheit durch Aufrüstung Autonomie	Sicherheit (gegenüber traditionellen und neuen Sicherheitsbedrohungen) durch Zusammenarbeit Wohlfahrt durch freien Handel
Modus der Interaktion	Unilaterales Vorgehen, bilaterale Verhandlungen (Beziehungsmacht), exklusive Allianzen	Bi- und multilaterale Verhandlungen, integrative Kooperationen (Beziehungsmacht, Konsens- und Definitionsmacht, strukturelle Macht)
Nationales Interesse	Eng definiert: muss ggf. auch über gesellschaftliche Gesamtinteressen gestellt werden	Weit definiert: nationales Interesse kann langfristig nur dann realisiert werden, wenn es nicht im Widerspruch zu gesellschaftlichen Gesamtinteressen steht
Instrumente zur Realisierung eigener Interessen	Harte Macht: Androhung und Ausübung militärischer Gewalt und ökonomischen Drucks	Weiche Macht: Erzeugung von Konsens zur gemeinsamen Steuerung von Prozessen und Strukturen
Internationale Regeln und Normen	Dürfen das eigene Handeln nicht einschränken	Sind einzuhalten und im Sinne eines langfristigen und gerechten Global Governance Systems auszubauen

Tabelle: Zuordnungskriterien, S. 41 in dieser Arbeit.

3.2.1 Indische Außenpolitik während des Kalten Krieges

1. Zentrale Themen der Außenpolitik

Auf der Ebene der indischen Südasienpolitik dominierte das Thema der militärischen Sicherheit. Das galt ab 1962 auch für die Beziehungen zu China. Dabei setzte Indien vor allem auf die eigenen militärischen Fähigkeiten. Gegenüber den südasiatischen Nachbarstaaten stand die Kontrolle über die zur eigenen Sicherheits- und Einflusszone erklärte Region im Vordergrund. In der Beziehung zu China sah Indien sich nach dem Angriff 1962 dazu gezwungen, seine Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeiten auszubauen, um sich somit vor dem aggressiven Nachbarn zu schützen. Gegenüber den USA ging es vor allem um die Wahrung der eigenen Autonomie, die Neu-Delhi nicht dem Allianzsystem des Kalten Krieges zu opfern bereit war. In den 1970er Jahren wurden dann auch Sicherheitsfragen relevant, da die USA Partei für Pakistan und China ergriffen hatte, diese militärisch unterstützte und zudem seinen eigenen Flugzeugträger *Enterprise* gegen Indien in Stellung gebracht hatte. Da eine *interne Machtsteigerung* zur Gegenmachtbildung gegenüber den USA aussichtslos gewesen wäre, ging Indien eine Allianz mit der Sowjetunion ein und bewegte sich damit weiterhin in der Logik des Realismus. Zugleich bemühte sich Indien jedoch um eine globale nukleare Abrüstung. Die indische Außenpolitik kann hier dem liberalen Machtkonzept zugeordnet werden, da Indien sich über die eigenen Sicherheitsmaßnahmen hinaus für eine Sicherheitsgemeinschaft engagierte, die auf Zusammenarbeit und wechselseitigen Verpflichtungen zur Transparenz und Abrüstung beruht.

Indiens Wirtschaftspolitik entspricht hingegen nicht dem liberalen Machtkonzept, da freier Handel in der Außenpolitik Indiens aufgrund seiner wirtschaftlichen Autonomiebestrebungen keine Rolle spielte. Hier scheint vielmehr das Bild des Selbsthilfesystems durch, wie es von Realismus dargestellt wird.

Auf der Ebene der UN thematisierte Indien vor allem die Notwendigkeit, Imperialismus, Kolonialismus und Apartheid zu überwinden. Dieser normative Anspruch nach Gerechtigkeit und Gleichberechtigung kann im weiteren Sinne dem Liberalismus zugeordnet werden.

2. Modus der Interaktion

Auf der weltpolitischen Ebene legte Indien großen Wert auf globalen Multilateralismus. Das Engagement im Rahmen der UN macht deutlich, dass Indien um Konsens- und Definitionsmacht bemüht war. Die Initiativen für eine neue Weltwirtschaftsordnung und eine globale Abrüstung können dabei auch als Versuch gewertet werden, strukturelle Macht auszuüben. Konnte Indien seine Ziele im Rahmen der UN artikulieren und

gewisse Erfolge erzielen, so war es auf der Ebene der bilateralen Beziehungen gezwungen, sich den Regeln eines Selbsthilfesystems anzupassen. Deutlich wurde das unter anderem in der zögerlichen Entscheidung, eine Allianz mit der Sowjetunion einzugehen. Gegenüber den unterlegenen Nachbarstaaten setzte Indien nahezu ausschließlich auf Unilateralismus, sowohl hinsichtlich militärischer, als auch hinsichtlich wirtschaftlicher Belange.

3. Nationales Interesse

Die wahrgenommene Bedrohung durch die Achse Pakistan, China und USA, die Armut und die Erfahrungen der Fremdherrschaft während der Kolonialzeit sowie die weiterhin bestehende Dominanz der postimperialistischen Staaten haben Indien in allen drei Sachbereichen der Politik (Sicherheit, wirtschaftliche Wohlfahrt und Herrschaft) vor große Herausforderungen gestellt. Indien hat sich dabei immer auch um globale Lösungsansätze bemüht und mit seinem nationalen Interesse den Anspruch erhoben, gesellschaftliche Gesamtinteressen zu vertreten. Grundidee dabei war, dass die Staatengemeinschaft für eine friedliche und gerechte Weltordnung sorgen sollte, in der Sicherheit nicht nur für den Stärksten, Wohlfahrt nicht nur für die Reichen und Selbstbestimmung nicht nur für die Staaten möglich waren, die selbst imperialistische Politik betrieben hatten. Indiens Außenpolitik entspricht in diesem Punkt dem Machtkonzept des Liberalismus.

Auf der Ebene südasiatischer Nachbarschaft verfolgte Indien jedoch ein Machtkonzept, das dem Realismus zugeordnet werden muss. Neu-Delhi machte durch viele Entscheidungen deutlich, dass es die eigene Sicherheit und den Großmachtanspruch über die gesellschaftlichen Gesamtinteressen stellte.

4. Instrumente zur Realisierung eigener Interessen

Die Instrumente zur Realisierung des nationalen Interesses standen im engen Zusammenhang mit der Vereinbarkeit gesellschaftlicher Gesamtinteressen. Seine weltpolitischen Ziele verfolgte Indien, indem es auf die Macht von Argumenten setzte. Zur Durchsetzung seiner Politik in Südasien hat Indien jedoch wiederholt zum Instrument harter Macht gegriffen.

5. Internationale Regeln und Normen

Durch Indiens Engagement in den UN unterstützte es die Bildung und Festigung internationaler Regeln und Normen. Geht der Realismus davon aus, dass internationale Organisationen stets im Schatten der staatlichen Macht- und Sicherheitskonkurrenz stehen, transportierte die indische UN-Politik ein anderes Bild. Obgleich die Weltpolitik geprägt war durch das Sicherheitsdilemma des Kalten Krieges, der die Welt in zwei antagonistische Blöcke teilte, setzte Indien darauf, dass die

gemeinsame Gestaltung globaler Ordnungspolitik im Rahmen der UN dennoch möglich war.

Der Kontrast zwischen der UN- und der Regionalpolitik Indiens wird auch hier wieder deutlich, denn als südasiatische Großmacht war Indien bemüht, die Entfaltung eines regionalen Multilateralismus zu unterbinden. Darüber hinaus haben die Menschenrechtsverstöße in Sri Lanka und Kaschmir sowie die Verweigerung, das von den UN geforderte Referendum in Kaschmir durchzuführen, gezeigt, dass Indien auch gegenüber den Regeln und Normen der UN nicht bereit war, seine Machtansprüche in Südasien zurückzustellen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Indiens Außenpolitik während des Kalten Krieges auf der globalen Ebene wegen seiner normativen und multilateralen Orientierung dem Machtkonzept des Liberalismus zugeordnet werden kann. Die Regionalpolitik entsprach hingegen dem Machtkonzept des Realismus. Daraus kann einerseits geschlossen werden, dass Indiens weltpolitisches Engagement für einen globalen Multilateralismus bloß die Strategie eines Staates war, der aus der Position des Schwächeren heraus bemüht war, seinen Einfluss zu steigern. Dem muss andererseits entgegengehalten werden, dass sich Indiens sicherheitspolitische Befürchtungen hinsichtlich einer externen Beeinflussung in Südasien im Fall Pakistans bestätigt haben. Von dort aus kann deshalb argumentiert werden, dass Indien gezwungen war, nach Regeln zu spielen, die maßgeblich nicht von Indien, sondern von den Großmächten bestimmt wurden. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit kann diese Frage nicht abschließend geklärt werden. Wichtig ist jedoch festzuhalten, dass Indien durch sein langjähriges Engagement in vielen Bereichen der UN den globalen Multilateralismus in seiner politischen Tradition verankert hat.

Mit dem Machtkonzept des Realismus in Südasien hat Indien kaum Erfolge erzielt. Das autoritäre Vorgehen der indischen Regierung gegenüber den kleineren Nachbarstaaten sowie der Rüstungswettlauf mit Pakistan und China haben zu einer chronischen Instabilität der Region geführt. Zugleich soll auch erwähnt werden, dass Indien auf der Ebene des globalen Multilateralismus trotz seines Engagements ebenfalls wenig erfolgreich war. Zwar konnte es in dem Bereich des Kolonialismus und der Apartheid gewisse Teilerfolge erzielen, seine wirtschafts- und sicherheitspolitischen Ziele konnte es jedoch nicht verwirklichen.

3.2.2 Indische Außenpolitik nach dem Kalten Krieg

1. Zentrale Themen der Außenpolitik

Das Thema der militärischen Sicherheit ist weiterhin zentral. Mit der Liberalisierung der indischen Märkte ist jedoch auch das Thema der wirtschaftlichen Wohlfahrt zu einem grundlegenden Bestandteil indischer Außenpolitik geworden.

Die Bemühungen Neu-Delhis, Indiens Wirtschaftskontakte regional und global auszubauen, signalisieren, dass Indien zunehmend bereit ist, seine wirtschaftliche Autonomie aufzugeben und durch Interdependenz-Beziehungen zu ersetzen. Freier Handel wird so zu einem verbindenden Element zwischenstaatlicher Politik, das nicht nur grenzübergreifende Wirtschaftskooperation zulässt, sondern auch das politische und gesellschaftliche Interesse an internationaler Stabilität und Frieden fördert. Grenzüberschreitende Kooperationen geht Indien auch zunehmend auf dem Gebiet der Bekämpfung gesellschaftlicher Sicherheitsbedrohungen, wie des internationalen Terrorismus, des illegalen Waffenhandels oder des Piratentums ein. Hier entspricht Indiens Außenpolitik dem liberalen Machtkonzept.

Zugleich macht Indiens Aufstieg zur Atommacht deutlich, dass Neu-Delhi in Bezug auf seine militärische Sicherheit um Autonomie bemüht ist. Eine kollektive nukleare Abrüstung, wie Indien sie während des Kalten Krieges noch gefordert hat, scheint hingegen nicht mehr zu den aktuellen Zielen indischer Außenpolitik zu gehören. Indiens Außenpolitik kann hier dem Machtkonzept des Realismus zugeordnet werden, denn auch der Realismus sieht internationale Abrüstungs- und Transparenzverpflichtungen als Instrument zur Sicherheitsmaximierung nicht vor.

2. Modus der Interaktion

Auf der Ebene der indischen Außenpolitik in Südasien hat Neu-Delhi eine radikale Wende eingeleitet. Bilaterale Beziehungen werden zunehmend durch ein Engagement für multilaterale Zusammenarbeit im Rahmen der SAARC ergänzt. Im Vordergrund der Regionalpolitik steht der wirtschaftspolitische Multilateralismus, den Indien zunehmend auch in größere regionale Zusammenhänge einzubetten versucht (siehe hier das Beispiel BIMSTEC). Aber auch im Bereich sicherheitspolitischer Probleme Südasiens hat Indien begonnen, eng mit anderen Großmächten zusammenzuarbeiten, um Krisen innerhalb der Nachbarstaaten gemeinsam zu lösen. Der Fall Pakistan macht deutlich, dass Indien außerdem bereit ist, auch eigene Konflikte unter Hinzuziehung externer Großmächte zu bearbeiten. Die Erfahrung, dass der Versuch, externen Einfluss zu unterbinden, nicht nur erfolglos, sondern auch kontraproduktiv sein kann, mag dabei

ebenso eine Rolle gespielt haben wie die neue indienfreundliche Position der USA, die sich seit dem Kargil-Krieg demonstrativ auf die Seite Neu-Delhis gestellt haben.

Multilateralismus spielt auch eine wichtige Rolle in der neuen *Look-East-Politik* Indiens. Indien hat Ost- und Südostasien als wirtschaftlich und politisch wichtige Region für sich entdeckt. Der intensive Ausbau bi- und multilateraler Beziehungen dient hier dem Ziel einer gesamtasiatischen Integration. Entgegen der Konzepte des Realismus baut der neue Regionalismus Asiens nicht auf eine hegemoniale Vorherrschaft Indiens auf. Vielmehr wird versucht, im Rahmen der Integration kooperative Zusammenarbeit auch zwischen den asiatischen Großmächten China, Japan und Indien zu ermöglichen. Das asiatische Integrationsprojekt ist von Seiten Indiens auch nicht als ein Prozess exklusiver Allianzbildung zu verstehen. So sind zum Beispiel im Rahmen der sicherheitspolitischen Arbeit der ARF alle zentralen staatlichen Akteure des internationalen Systems mit eingebunden. Auch auf wirtschaftlicher Ebene scheint Indien nicht an einer rein regionalen Ausrichtung interessiert zu sein. Wie gezeigt wurde, setzt es sich gegenüber den USA und innerhalb der WTO für eine Öffnung des Welthandels insgesamt ein. Zugleich macht Neu-Delhi deutlich, dass es den globalen Freihandel nicht um jeden Preis durchsetzen will. So kann Indiens Anbindung an Ost- und Südostasien zugleich als Rückversicherung verstanden werden für den Fall, dass die WTO-Verhandlungen letztlich scheitern.

Während die Signale im wirtschaftspolitischen Bereich trotz der oben genannten Einschränkungen eine eindeutige Richtung (Liberalisierung) vorgeben, erscheint Indiens Außenpolitik im Sicherheitsbereich eher zweideutig. Einerseits engagiert Indien sich bei der bi- und multilateralen Kooperation gegen Piratentum, illegalen Waffenhandel und terroristische Gruppierungen. Zudem ist Indien seit langem intensiv in die Arbeit der UN-Friedensmissionen eingebunden und bemüht sich um die Aufnahme als ständiges Mitglied in den UN-Sicherheitsrat. Andererseits verzichtet Indien seit den Atomwaffentests von 1998 auf Initiativen zur nuklearen Abrüstung oder Rüstungskontrolle und verweigerte außerdem, sich zentralen Rüstungskontroll- und Abrüstungsinitiativen anzuschließen. Es wird hier deutlich, dass Indien keineswegs die Idee einer kollektiven Sicherheitsgemeinschaft verfolgt, wie man vor 1998 noch hätte annehmen können.

3. Nationales Interesse

In Südasien hat Indien mit seiner *Politik der guten Nachbarschaft* begonnen, die gesellschaftlichen Interessen seiner Nachbarstaaten explizit zu berücksichtigen. Besonders deutlich wird dies hinsichtlich der Bevölkerung Kaschmirs. Zwar wird nach wie vor kein Referendum über die eigene Zugehörigkeit durchführt. Neu-Delhi hat

jedoch Kommunalwahlen und Wahlen des Parlaments zugelassen sowie den Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen aktiv gesucht.

Auf der globalen Ebene kann die Abwendung Indiens von der Idee einer kollektiven Sicherheitsgemeinschaft als Bekenntnis zum Selbsthilfesystem des Realismus gewertet werden. In einem Selbsthilfesystem ergibt sich jedoch zwangsläufig eine Konkurrenz zwischen dem nationalen Sicherheitsinteresse und dem Sicherheitsinteresse anderer Staaten. Das Nationalinteresse ist in diesem Sinne nicht mit einem grenzübergreifenden gesellschaftlichen Gesamtinteresse vereinbar. Anders sieht es auf der wirtschaftspolitischen Ebene aus: Mit der wirtschaftlichen Liberalisierung hat Indien seine Strategie hinsichtlich des nationalen Interesses an wirtschaftlicher Wohlfahrt auf eine neue Basis gestellt. Im Realismus ist Wohlstand eine Machtressource und somit ein relatives Gut. Wirtschaftliche Interdependenz oder gar asymmetrische Interdependenz birgt die Gefahr, die eigene Handlungsautonomie einzuschränken und hinsichtlich der relativen Gewinne hinter den Konkurrenten zurückzubleiben. Indien hingegen investiert zunehmend in den Aufbau und die Verdichtung internationaler Interdependenz-Strukturen. Aus der Perspektive des Liberalismus dient das nicht nur dem eigenen Wohlfahrtsinteresse, sondern auch der Wohlfahrt über die indischen Grenzen hinaus. Zugleich ermöglicht es neue Formen der Einflussnahme, die vor allem auf der Fähigkeit, weiche Macht auszuüben, gründen.

Schließlich soll noch auf die internationale Klimapolitik Indiens verwiesen werden. Hinsichtlich des gesamtgesellschaftlichen Sicherheitsinteresses, den Klimawandel aufzuhalten, beweist Indien ein eng gefasstes Verständnis des eigenen Nationalinteresses. Zwar ist die Positionierung Indiens aus liberaler Perspektive argumentativ und normativ nachvollziehbar. Da Indien mit seiner Politik bewusst das Risiko eingeht, das klimapolitische Ziel entgegen gesamtgesellschaftlicher Interessen zu verfehlen, ist sie dennoch nicht mit dem liberalen Machtkonzept vereinbar.

4. Instrumente zur Realisierung eigener Interessen

Im Rahmen seiner Südasienpolitik hat Neu-Delhi die Förderung wirtschaftlicher Entwicklung zu einem wichtigen Instrument regionaler Stabilität und Zusammenarbeit gemacht. Weiche Macht spielt auch in den Beziehungen zu China und den USA eine zentrale Rolle. Sie kommt dort zur Geltung, wo gemeinsame Interessen bestehen. Im Zentrum stehen dabei vor allem der Ausbau wechselseitiger Handelsbeziehungen und die gemeinsame Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Indiens Machtkonzept kann in diesen Bereichen dem Liberalismus zugeordnet werden.

Indien setzt jedoch zugleich auf harte Macht. Wichtigstes Beispiel sind die Atomwaffentests von 1998. Es hat damit sein Abschreckungspotential demonstriert und seinem Großmachtanspruch Geltung verschafft. Neu-Delhi nutzt zudem die

Möglichkeiten, die sich durch die Kooperation mit den USA öffnen, um die eigene militärische Stärke auszubauen. Der Nukleardeal mit den USA wird diesen Prozess voraussichtlich auch für die Ebene nuklearer Aufrüstung ermöglichen. Mit den zahlreichen Militärmanövern, die Indien gemeinsam mit den USA durchführt, signalisiert es China, dass es auch durchaus zu *externer Machtsteigerung* in der Lage wäre. Dennoch bleibt Indien stets flexibel. Indem es auch China in militärische Kooperationszusammenhänge mit einbezieht und eine antichinesische Blockbildung zum Beispiel im Rahmen der Quad-Initiative vermeidet, scheint Indien sich strategisch so zu positionieren, dass es sich langfristig als autonome militärische Großmacht etablieren kann.

Insgesamt zeigt Indien sich wehrhaft, aber nicht aggressiv. Insofern betreibt es ein *defensives Balancing*. Wenngleich *defensives Balancing* auch im Liberalismus als legitime Sicherheitsvorkehrung der Staaten gilt, kann Indiens Sicherheitspolitik nicht dem liberalen Machtkonzept zugeordnet werden, denn dieses sieht vor, das *defensive Balancing* durch vertrauensbildende und transparenzfördernde Maßnahmen zu ergänzen, um so langfristig das Sicherheitsdilemma zu überwinden.

5. Internationale Regeln und Normen

Indien trägt den globalen Multilateralismus im Rahmen der UN und der WTO aktiv mit und nimmt die beiden Organisationen als Instrumente zur Gestaltung einer politischen Weltordnung, die auf den gemeinsamen Regeln der Völkergemeinschaft aufbaut, wahr. Indem Indien sich um eine Reform der UN bemüht oder im Rahmen der WTO-Verhandlungen dazu beiträgt, dass die wichtigen Beschlüsse nicht mehr ausschließlich zwischen den Industrieländern ausgehandelt werden, vertritt es nicht nur die eigenen Interessen, sondern trägt dazu bei, den Belangen der Schwellen- und Entwicklungsländer Geltung zu verschaffen. Indien wirkt damit auf ein gerechteres und damit (im Sinne des Liberalismus) auch stabileres Global-Governance-System hin. Sowohl die WTO- als auch die UN-Politik Indiens können dem liberalen Machtkonzept zugeordnet werden. Im Rahmen der UN-Politik zeichnen sich jedoch Grenzen ab, die eine Orientierung am Machtkonzept des Realismus sichtbar machen. Auf die klima- und sicherheitspolitischen Aspekte wurde bereits eingegangen. Aber auch hinsichtlich der verbindlichen Durchsetzung von Menschenrechten betont Indien das Vorrecht nationalstaatlicher Souveränität und territorialer Integrität. Diese Position vertrat Indien in Bezug auf die Situation in Sri Lanka und Kaschmir bereits im Kalten Krieg.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Indien seit Ende des Kalten Krieges auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik sein idealistisches Ziel einer kollektiven Sicherheitsgemeinschaft auf Eis gelegt und es zunehmend durch realpolitische

Machtsteigerung ersetzt hat. Die Aufgabe des idealistischen Ziels einer kollektiven Sicherheitsgemeinschaft verweist zugleich auf eine Kontinuität hinsichtlich der indischen Vorstellung von Eigenständigkeit und der damit verbundenen Großmachtambitionen, die Indien nicht mehr bloß auf der Grundlage seiner historischen Errungenschaften gründet, sondern nun auch mit den klassischen Symbolen einer Großmacht untermauert. Im Rahmen seines sicherheitspolitischen Machtkonzeptes, das demnach dem Realismus zugeordnet werden muss, bemüht Indien sich jedoch um Stabilität. Neu-Delhi gibt sich nicht aggressiv, sondern beschränkt sich auf ein defensives *Balancing*.

Jenseits der zwischenstaatlichen Sicherheitspolitik ist Indiens Sicherheitspolitik im Sinne des Liberalismus sehr viel kooperativer orientiert. Auf Gebieten wie dem internationalen Terrorismus, dem illegalen Waffenhandel oder dem Piratentum baut es seine internationale Zusammenarbeit zunehmend aus.

Auf wirtschaftspolitischer Ebene hat Indien eindeutig den liberalen Weg eingeschlagen. Hier wird ein grundlegender Wandel im außenpolitischen Selbstverständnis Indiens sichtbar. Das langfristige Ziel, sich durch freien Handel in die ökonomischen Interdependenz der Weltmärkte zu integrieren, steigert dabei nicht nur die Wohlfahrtseffekte und die wirtschaftspolitischen Kooperationszusammenhänge, sondern wirkt sich auch stabilisierend auf die sicherheitspolitischen Beziehungen Indiens aus. Von hier aus kann man Indien unterstellen, dass es sein realpolitisches Machtkonzept hinsichtlich zwischenstaatlicher Sicherheit durch langfristige liberale Maßnahmen ergänzt, denn im Sinne des Liberalismus gilt, dass aufgrund von Interdependenz der Einsatz militärischer Macht teuer und unsicher wird und er daher als Instrument zur Realisierung eigener Interessen an Attraktivität verliert. Ebenfalls dem liberalen Machtkonzept zuzuordnen ist das fortgesetzte Engagement Indiens innerhalb der UN. In Bezug auf die Menschenrechtspolitik und die Rolle Indiens in der internationalen Klimazusammenarbeit wird hier jedoch deutlich, dass Neu-Delhi der nationalen Souveränität und territorialen Integrität Priorität gegenüber gesellschaftlichen Gesamtinteressen und internationalen Normen einräumt. Hier vertritt Indien das Prinzip, das dem Weltbild des Realismus entstammt.

Schluss

Die vorliegende Arbeit hat aufgezeigt, dass es im Rahmen der IB verschiedene Weltmodelle gibt, die für eine Analyse und Bewertung von Prozessen im internationalen System unterschiedliche Beurteilungskriterien zur Verfügung stellen. Der Realismus und der Liberalismus gehen davon aus, dass Großmächte einen entscheidenden Einfluss auf die Strukturierung und Gestaltung der internationalen Beziehungen haben. Unterschiedlich bewerten sie jedoch die Reichweite der Gestaltungsmöglichkeiten. Während der Realismus annimmt, dass die Großmächte lediglich auf die strukturbestimmende Polarität des internationalen Systems Einfluss nehmen und durch ein rationales *Balancing* das Risiko gewaltsamer Konflikte minimieren können, geht der Liberalismus davon aus, dass die Großmächte die Möglichkeit haben, einen wesentlichen Beitrag dazu zu leisten, das internationale System von einem Selbsthilfesystem in eine Global-Governance-Struktur zu transformieren. Entscheidend dafür ist, ob die Großmächte ihre Machtkonzepte an dem Weltbild des Realismus oder dem des Liberalismus ausrichten.

Es ist davon auszugehen, dass die Anfang des 21. Jahrhunderts quasi-unilateral geprägte Weltordnung von kurzer Dauer ist. Als wahrscheinlich wird angenommen, dass der Aufstieg Chinas und Indiens in absehbarer Zeit zu einer multipolaren Machtkonstellation führt, deren zentrale Pole die USA, China und Indien sein werden. Vor diesem Hintergrund wurde im Rahmen der Arbeit eine umfangreiche Machtkonzeptanalyse am Fallbeispiel Indiens durchgeführt. Ziel war es, Indiens Außenpolitik zwischen den Machtkonzepten des Liberalismus und des Realismus zu verorten.

Die Analyse bezog sich dabei auf verschiedene Aspekte indischer Außenpolitik. Betrachtet wurden die außenpolitische Positionierung Indiens nach dem Erreichen der Unabhängigkeit, sein Weg zur Atommacht, die regionalen und globalen Beziehungen zu einzelnen Staaten und das Engagement gegenüber multilateralen Integrationsprojekten sowie gegenüber zentralen Global-Governance-Institutionen.

Zahlreiche Aspekte, die für eine Bewertung des indischen Machtkonzepts ebenfalls relevant sein können, mussten unbeachtet bleiben, da der Rahmen der Arbeit einen größeren Analyseumfang nicht zugelassen hat. Zu den zentralen Aspekten zählen vor allem Indiens Positionierung innerhalb der globalen Finanzinstitutionen⁴⁵⁷ und sein neues wirtschaftspolitisches Engagement in Afrika.⁴⁵⁸ Auch wurde in der Arbeit kaum

⁴⁵⁷ Siehe hierzu z. B. The Hindu, 25.09.2006.

⁴⁵⁸ Siehe hierzu z. B. Wagner, 2007a.

darauf eingegangen, welche Rolle gesellschaftliche Akteure für die indische Außenpolitik spielen, obgleich dies im Machtkonzept des Liberalismus von grundlegender Bedeutung ist.

Dennoch konnten auf der Basis der hier analysierten Aspekte einige grundlegende Elemente des indischen Machtkonzepts herausgearbeitet werden.

Es stellte sich heraus, dass Indiens Außenpolitik nicht einseitig dem Realismus oder dem Liberalismus zugeordnet werden kann.

Wie zuvor dargelegt wurde, verweisen sowohl die Vernachlässigung der Bemühungen um ein atomares Abrüstungs- und Kontrollsystem als auch der militärisch untermauerte Großmachtanspruch sowie das klassische Souveränitätsverständnis, das hinsichtlich der internationalen Menschenrechtspolitik und der Klimazusammenarbeit deutlich wird, auf eine machtpolitische Orientierung am Selbsthilfemodell des Realismus.

Zugleich lässt sich feststellen, dass Indien vor allem auf wirtschaftspolitischer Ebene, aber auch in Bezug auf sicherheitspolitische Fragen (z. B. hinsichtlich des internationalen Terrorismus) zunehmend auf internationale Zusammenarbeit setzt. Auch im Rahmen der UN zeigt Indien Bereitschaft, sich zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen. Hier kommt eindeutig das liberale Machtverständnis zum Tragen.

Was bedeuten diese Ergebnisse nun für die Entwicklungen im internationalen System? Aus der Perspektive des Realismus hat Indien mit dem Machtkonzept, das sich in seiner Außenpolitik offenbart, durchaus das Potential, die Polarität des internationalen Systems zu beeinflussen. Es nutzt seine neue wirtschaftliche Stärke u. a. dazu, militärische Macht aufzubauen. Dadurch verändert sich auch die internationale Machtverteilung, die sich für den Realismus aus den relativen Fähigkeiten der Staaten, für die eigene Sicherheit zu sorgen, ergibt.⁴⁵⁹ Indien positioniert sich zwischen China und den USA, ohne sich jedoch als kleinerer Partner in eine Allianz einbinden zu lassen. Es nutzt die Unterstützung der USA, sich als Gegengewicht zu China zu positionieren und damit die eigene nationale Sicherheit zu steigern. Durch seine Annäherung zu China beschränkt Indien zugleich den Einfluss der USA. Indien bleibt somit hinsichtlich seiner Handlungsoptionen flexibel. Zugleich hält es die Möglichkeit offen, sich selbst als autonome Großmacht zu etablieren.

Aus der Perspektive des Liberalismus ergibt sich nun die Frage, ob das Machtkonzept Indiens darüber hinaus eine Transformation des internationalen Systems von einem Selbsthilfesystem in eine Global-Governance-Struktur ermöglicht oder gar unterstützt. Als zentrale Ursache für das Selbsthilfesystem gilt das Sicherheitsdilemma. Der

⁴⁵⁹ Siehe dazu auch S. 8 in dieser Arbeit.

Liberalismus geht davon aus, dass dieses überwunden werden kann.⁴⁶⁰ Bedingung dafür ist, dass die Großmächte bereit sind, sich auf vertrauensbildende Sicherheitsmaßnahmen wie wechselseitig verpflichtende Rüstungsbegrenzungen und -kontrollen einzulassen. Seit den Atomwaffentests 1998 erscheint dies in Bezug auf Indien jedoch zunehmend unwahrscheinlich.

Da Indiens Außenpolitik in wichtigen Bereichen dem liberalen Machtkonzept zugeordnet wurde, kann aus liberaler Perspektive argumentiert werden, dass Indien dennoch ein gewisses Potential für die kooperative Transformation des Systems mitbringt:

Durch die Liberalisierung des Handels und das Engagement für die Demokratieförderungsmaßnahmen im Rahmen der UN unterstützt Indien die Entwicklung gesellschaftlicher Kräfte. Diese schaffen aus der Perspektive des Liberalismus eine substantielle Grundlage dafür, dass internationale Beziehungen weniger durch das Sicherheitsdilemma bestimmt werden, als vielmehr durch das Bemühen, gemeinsame Kooperationsgewinne zu erzielen.⁴⁶¹

Zudem baut Indien seine Beziehungen auf regionaler Ebene sowie zu den Großmächten China und USA aus. Vor allem durch die Zusammenarbeit auf wirtschaftspolitischer Ebene, aber auch in Bezug auf sicherheitspolitische Fragen (wie z. B. Terrorismusbekämpfung) ist es Indien dabei gelungen, die konfliktiven Beziehungen in Südasien als auch das Konkurrenzverhältnis zu China in friedliche Bahnen zu lenken und zu stabilisieren. Aus der liberalen Perspektive wirkt Indien auch hier dem Sicherheitsdilemma entgegen. Der wirtschaftliche und sicherheitspolitische Ertrag, der sich für Indien bereits heute aus diesen Kooperationen ergibt, spricht dafür, dass Neu-Delhi seine Kooperationen im eigenen Interesse auch zukünftig weiterhin ausbauen und vertiefen wird.

Schließlich spielt Indien eine wichtige Rolle innerhalb der UN und der WTO. Für den Liberalismus gehören diese Institutionen zu den zentralen Global-Governance-Institutionen. Sie ermöglichen es den internationalen Akteuren, auf globaler Ebene zu kooperieren und regionale sowie sektorale Kooperationszusammenhänge zu koordinieren. Sie bieten zudem einen globalen Rahmen, in dem sich die Mitglieder auf gemeinsame Normen und Regeln einigen können. Für eine Verrechtlichung und Zivilisierung der internationalen Beziehungen sind sie aus liberaler Perspektive deshalb unerlässlich. Indien tritt bereits seit der Erreichung der eigenen Unabhängigkeit aktiv für einen globalen Multilateralismus ein. Er ist dadurch zu einem Teil indischer

⁴⁶⁰ Siehe dazu auch S. 21 in dieser Arbeit.

⁴⁶¹ Hier sei noch einmal erinnert an die vorgestellten Arbeiten zum *demokratischen Frieden*, zum *Handelsstaat* und zur *Interdependenz-Analyse* (vgl. Kap. 1.2).

Politiktradition geworden. Dennoch zeigt Indien hinsichtlich seines Souveränitätsverständnisses sowie seiner Kooperations- und Kompromissbereitschaft Grenzen auf. Ob es in den zentralen Global-Governance-Institutionen weiterhin aktiv mitarbeitet und die Bereitschaft entwickelt, bestehende Hemmnisse zu überwinden, kann nur spekuliert werden. Indiens Bemühungen um einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat, seine Rolle in der Doha-Runde und den internationalen Klimaverhandlungen machen jedoch deutlich, dass die bisherigen Protagonisten und Profiteure der Global-Governance-Institutionen ihre Bereitschaft steigern müssen, auf die Ansprüche Indiens einzugehen. Tun sie dies nicht, ist es für Indien leicht, sich internationalen Verpflichtungen zu entziehen und aus der neuen Position einer Großmacht heraus das Recht der Macht der Macht des Rechtes vorzuziehen.

Literaturverzeichnis

- Albrecht, Ulrich** (1999): Internationale Politik. 5. Aufl., München u. a.
- Albrecht, Ulrich/ Hummel, Hartwig** (1990): Macht. In: Rittberger, Volker (Hg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. Opladen, S. 90-109.
- Art, Robert J.** (2004): The Fungibility of force. In: Art, Robert J./ Kenneth N. Waltz (Hg.): The use of force: military power and international politics. 6. Aufl., Lanham u. a., S. 3-22.
- Auswärtiges Amt** (2008a): Indien – Außenpolitik. <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Indien/Aussenpolitik.html>, heruntergeladen am 14.07.2008.
- Auswärtiges Amt** (2008b): Myanmar – Außenpolitik. <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Myanmar/Aussenpolitik.html>, heruntergeladen am 26.08.2008.
- Baldwin, David A.** (1993): Neorealism, Neoliberalism, and World Politics. In Baldwin, David A. (Hg.): Neorealism and neoliberalism: the contemporary debate. New York, S. 3-25.
- Baldwin, David A.** (2002): Power and International Relations. In: Carlsnaes, Walter/ Risse, Thomas/ Simmons, Beth A. (Hg.): Handbook of International Relations. London u. a., S. 177-191.
- Baumann, Rainer/ Rittberger, Volker/ Wagner, Wolfgang** (1998): Macht und Machtpolitik: Neorealistische Außenpolitiktheorie und Prognosen für die deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung. Tübingen.
- Behrens, Maria** (2004): Global Governance. In Benz, Arthur (Hg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Wiesbaden, S. 103-124.
- Behrens, Maria** (2005): Global Governance – eine Einführung. In: Behrens, Maria (Hg.): Globalisierung als politische Herausforderung. Global Governance zwischen Utopie und Realität. Wiesbaden, S. 11-23.
- Berliner Zeitung** (30.07.2008): Indien und die USA verhindern Welthandelspakt. <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2008/0730/wirtschaft/0016/index.html>, heruntergeladen am 10.08.2008.
- Bertsch, Gary K./ Gahlaut, Seema/ Srivastava, Anupam** (2006): India-US Relations. In: Mitra, Subrata K./ Rill, Bernd (Hg.): India's New Dynamics in Foreign Policy. München, S. 107-128.
- Biermann, Frank** (1998): Weltumweltpolitik zwischen Nord und Süd. Die neue Verhandlungsmacht der Entwicklungsländer. Baden-Baden.
- Blätte, Andreas** (2002): Geschichte, Struktur und Gegenwart der Vereinten Nationen. In: Herz, Dietmar/ Jetzlsperger, Christian/ Schattenmann, Marc (Hg.): Die Vereinten Nationen. Entwicklung, Aktivitäten, Perspektiven. Frankfurt a. M., S. 13-47.

- Blauberger, Michael/ Mergler, Jan/ Wagschal, Uwe** (2005): Internationale politische Ökonomie – eine neue alte Disziplin. In: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik: GWP; Sozialwissenschaften für politische Bildung, Nr. 2/2005, Jg. 54, S. 165-176.
- Bosloper, Michael u. a.** (2006): Economic Conditions and how it effects trade between the US and India. In: International Business & Economic Research Journal, Nr. 3/2006, Jg. 5, S. 55-61, <http://www.cluteinstitute-onlinejournals.com/PDFs/2006241.pdf>, heruntergeladen am 27.08.2008.
- Bundeszentrale für politische Bildung** (Hg.) (1997): Indien. Informationen zur politischen Bildung, Nr. 257, 4. Quartal.
- Bundeszentrale für politische Bildung/BpB** (Hg.) (2007): Indien. Informationen zur politischen Bildung, Nr. 296, 3. Quartal.
- Cooper, Andrew F./ Fues, Thomas** (2008): Do the Asian Drivers Pull their Diplomatic Weight? China, India and the United Nations. In: World Development, Nr. 2/2008, Jg. 36, S. 293-307.
- Czempiel, Ernst-Otto** (1979): Machtpolitik und Gesellschaftsordnung. In: Die Neue Gesellschaft, Nr. 10/1979, Jg. 26, S. 875-879.
- Czempiel, Ernst-Otto** (1981): Macht in einer interdependenten Welt. In: Merkur, Nr. 7/1981, Jg. 35, S. 653-662.
- Czempiel, Ernst-Otto** (1999): Kluge Macht. Außenpolitik für das 21. Jahrhundert. München 1999.
- Czempiel, Ernst-Otto** (2003): Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen. 3. Aufl., München.
- Czempiel, Ernst-Otto** (2004a): Die Außenpolitik der Regierung Georg W. Bush. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 45/2004, S. 16-23.
- Czempiel, Ernst-Otto** (2004b): Internationale Beziehungen: Begriff, Gegenstand und Forschungsabsichten. In Knapp, Manfred/ Krell, Gert (Hg.): Einführung in die Internationale Politik. 4. Aufl., München, S. 2-28.
- Dash, Siddhartha** (2005): India and UN. In: Orissa Review, Juni/2005, S. 48-50, http://orissagov.nic.in/e-magazine/Orissareview/jun2005/engpdf/indian_and_UN.pdf, heruntergeladen am 15.05.2008.
- Decker, Claudia/ Mildner, Stormy** (2005): Die neue Macht der Entwicklungsländer. Globale Ambitionen – regionale Verantwortung. In: Internationale Politik, Nr. 3/2006, Jg. 60, S. 17-25.
- Deutsche Bank Research** (2006): Indien - Auf dem Weg zur Weltmacht? http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD0000000000196226.pdf, heruntergeladen am 18.04.2008.

- Deutsche Bank Research** (2008): Key economic indicators: India. [http://www.dbresearch.de/servlet/reweb2.ReWEB?rwdspl=0&rwnode=CIB_INTERNET_EN-PROD\\$ASIA_MAP&rwobj=IND.nalias&rwsite=CIB_INTERNET_EN-PROD](http://www.dbresearch.de/servlet/reweb2.ReWEB?rwdspl=0&rwnode=CIB_INTERNET_EN-PROD$ASIA_MAP&rwobj=IND.nalias&rwsite=CIB_INTERNET_EN-PROD), heruntergeladen am 27.08. 2008.
- Downstreamtoday** (Hg.) (01.05.2008): Pakistan, India Commit to 2009 Start-up for Pipeline Construction, http://www.downstreamtoday.com/News/Articles/200805/Pakistan_India_Commit_to_Start_up__10561.aspx, heruntergeladen 09.08.2008.
- Druwe, Ulrich/ Hahlbohm, Dörte/Singer, Alex** (1998): Internationale Politik. 2. Aufl., Neuried.
- Ganguly, Sumit** (2006): Eine unmögliche Partnerschaft? In: Internationale Politik, Nr. 10/2006, Jg. 61, S. 20-25.
- Ganguly, Sumit** (2008): Der indisch-pakistanische Konflikt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 22/2008, S. 32-38.
- General-Anzeiger** (24.07.2008): Im eisernen Ring. S. 2.
- Goldman Sachs** (2003): Dreaming with BRICs: The Path to 2050. <http://www2.goldmansachs.com/ideas/brics/book/99-dreaming.pdf>, heruntergeladen am 22.07.2008.
- Gudisch, David** (2007): Regionale Handelsabkommen in einer globalisierten Weltwirtschaft – ASEAN, AFTA und die WTO. <http://weltpolitik.net/print/3152.html>, heruntergeladen am 17.07.2008.
- Harris, Jerry** (2005): Emerging third world powers: China, India and Brazil. In: Race & class, Nr. 3/2005, Jg. 46, S. 7-27.
- Hartmann, Jürgen** (2001): Internationale Beziehungen. Opladen.
- Hasenclever, Andreas** (2006): Liberale Ansätze zum ‚demokratischen Frieden‘. In: Schieder, Siegfried/ Spindler, Manuela (Hg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. 2. Aufl., Opladen, S. 213-242.
- Hoda, Anwarul** (2006): India in the WTO: Issues, Challenges and Prospects of Cooperation with ASEAN. In: Kumar, Nagesch/ Sen, Rahul/ Asher, Mukul (Hg.): India-ASEAN economic relations. Meeting the challenges of globalization. Singapur, S. 93-120.
- Hummel, Hartwig** (2005): Kommentar: Global Governance als neue große Debatte. In: Behrens, Maria (Hg.): Globalisierung als politische Herausforderung. Global Governance zwischen Utopie und Realität. Wiesbaden, S. 131-140.
- Hummel, Hartwig/ Menzel, Ulrich** (2000): Regionalisierung/ Regionalismus. In: Woyke, Wichard (Hg.): Handwörterbuch Internationale Politik, Opladen, S. 383-391.
- Humphrey, John/ Messner, Dirk** (2006): China and India as Emerging Global Governance Actors. In: IDS Bulletin, Nr. 1/2006, Jg. 37, S. 107-114.
- Ihlau, Olaf** (2006): Weltmacht Indien. Die neue Herausforderung des Westens. München.

- Ihlau, Olaf** (2008): Indien auf dem Sprung zur Weltmacht. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 22/ 2008, S. 3-6.
- Jacobs, Andreas** (2006): Realismus. In: Schieder, Siegfried/ Spindler, Manuela (Hg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. 2. Aufl., Opladen, S. 39-64.
- Joffe, Josef** (2005): Überwunden und verschwunden? Realismus in der Außenpolitik. In: Merkur, Nr. 9-10/2005, Jg. 59, S.829-835.
- Kage, Stephanie** (2006): New Drivers for Global Change, <http://library.fes.de/pdf-files/iez/global/50415.pdf>, heruntergeladen am 12.04.2008.
- Kamp, Matthias** (2006): Das indische Wirtschaftswunder. In: Das Parlament, Nr. 32-33/ 2006, Jg. 56, S. 7.
- Kapur, Ashok** (2006): India – From regional to world power, London u. a.
- Kegley, Charles W. Jr.** (1995): The Neoliberal Challenge to Realist Theories of World Politics: An Introduction. In: Kegley, Charles W. Jr. (Hg.): Controversies in International Relations Theory, Realism and the Neoliberal Challenge. New York, S. 1-24.
- Keohane, Robert/ Nye, Joseph** (1985): Macht und Interdependenz In: Kaiser, Karl/ Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Weltpolitik: Strukturen – Akteure – Perspektiven. Bonn, S. 74-88.
- Keohane, Robert/ Nye, Joseph** (2000): Introduction. In: Keohane, Robert/ Nye, Joseph (Hg.): Governance in a globalizing world, Cambridge (Mass.), S. 1-44.
- Keohane, Robert/ Nye, Joseph** (2001 [1977]): Power and Interdependence. 3.Aufl., New York u. a.
- Kesevan, K.V.** (2005): India and Community Building in Asia: From Idealism to Realism. In: Ritsumeikan Annual Review of International Studies, Jg. 5, <http://www.ritsumei.ac.jp/acd/cg/ir/college/bulletin/e-vol4-j.html>, heruntergeladen am 08.08.2008.
- Kindermann, Gottfried-Karl** (1977): Zur Methode der Analyse zwischenstaatlicher Politik In: Kindermann, Gottfried-Karl (Hg.): Grundelemente der Weltpolitik. Eine Einführung. München, S. 48-78.
- Kochanek, Stanley A.** (1980): India's changing role in the United Nations. In: Pacific Affairs, Nr. 1/1980, Jg. 53, S. 48-68.
- Kohler-Koch, Beate** (1994): Interdependenz-Analyse. In: Nohlen, Dieter (Hg.): Lexikon der Politik. Bd. 6, München 1994, S 221-225.
- König, Hilmar** (2008): Tête-à-tête mit der Junta. Hoher Besuch aus Myanmar in Indien willkommen geheißen. <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Indien/myanmar.html>, heruntergeladen am 08.08.2008.
- Krell, Gert** (2004a): Theorien in den Internationalen Beziehungen In: Knapp, Manfred/ Krell, Gert (Hg.): Einführung in die Internationale Politik. 4. Aufl., München, S. 57-90.

- Krell, Gert** (2004b): Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der Internationalen Beziehungen. 3. Aufl., Baden-Baden.
- Krell, Gert/ Minkwitz, Oliver/ Schörnig, Niklas** (2004): Internationale Rüstungskontrolle und Abrüstung. In: Knapp, Manfred/ Krell, Gert (Hg.): Einführung in die Internationale Politik. 4. Aufl., München, S. 550-586.
- Kümmel, Gerhard** (1999): Internationale Politik. In: Berg-Schlosser, Dirk/ Quenter, Sven: Literaturführer Politikwissenschaft. Eine kritische Einführung in Standardwerke und "Klassiker" der Gegenwart. Stuttgart u. a., S. 157-192.
- Laufer, Denise** (2007): Indien als Global Governance Akteur. Eine Analyse. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn, unveröffentlichtes Manuskript.
- Lenz, Carsten/ Ruchlak, Nicole** (2001): Kleines Politik-Lexikon. München u. a.
- Link, Werner** (1998): Die Neuordnung der Weltpolitik. Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. München.
- Link, Werner** (2001): Die Entwicklungstendenzen der Europäischen Integration (EG/EU) und die neo-realistische Theorie. In: Zeitschrift für Politik, Nr. 3/2001, Jg. 48, S. 302-321.
- List, Martin** (2006): Internationale Politik studieren. Eine Einführung. Wiesbaden.
- List, Martin u. a.** (1995): Internationale Politik: Probleme und Grundbegriffe. Opladen.
- Loewen, Howard** (2006): Entwicklung und Liberalisierung – Ergebnisse der 6. WTO-Ministerkonferenz in Hongkong. http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_global_0601.pdf, heruntergeladen am 10.05.2008.
- Loewen, Howard** (2008): Die „Quadrilateral Initiative“: Auf dem Weg zu einer neuen Sicherheitsstruktur in Asien? In: Südostasien Aktuell, 1/2008, S. 101-109.
- Masala, Carlo** (2005): Kenneth N. Waltz. Einführung in seine Theorie und Auseinandersetzung mit seinen Kritikern. Baden-Baden.
- Meier, Oliver/ Neuneck, Götz** (2006): Der Atomdeal zwischen Indien und den Vereinigten Staaten: Nukleare Nichtverbreitung am Scheideweg. In: Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Nr. 40/2006, <http://www.ifsh.de/pdf/publikationen/hifs/HI40.pdf>, heruntergeladen am 20.08.2008.
- Menon, Jayant** (2005): Building Blocks or Stumbling Blocks? Regional Cooperation Arrangements in Southeast Asia. ADB Institute Discussion Paper Nr. 41, <http://www.adbi.org/files/2005.11.dp41.regional.cooperation.seasia.pdf>, heruntergeladen am 07.06.2008.
- Messner, Dirk** (2002): Nationalstaaten in der Global Governance-Architektur. Wie kann das deutsche politische System Global Governance-tauglich werden? INEF Report, Nr. 66/2002.

- Messner, Dirk** (2005): Global Governance: Globalisierung im 21. Jahrhundert gestalten. In: Behrens, Maria (Hg.): Globalisierung als politische Herausforderung. Global Governance zwischen Utopie und Realität. Wiesbaden, S. 27-54.
- Messner, Dirk** (2006): Machtverschiebungen im internationalen System: Global Governance im Schatten des Aufstiegs von China und Indien. In: Debiel, Tobias/ Messner, Dirk/ Nuscheler, Franz (Hg.): Globale Trends 2007. Frieden, Entwicklung, Umwelt. Frankfurt a. M, S. 45-60.
- Messner, Dirk/ Nuscheler, Franz** (2003): Das Konzept Global Governance. Stand und Perspektiven. INEF Report, Nr. 67/2003.
- Mildner, Stormy-Annika/ Husar, Jörg** (2007): Indien, Brasilien und Südafrika in der Doha-Runde. Diskussionspapier, http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4418, heruntergeladen am 13.07.2008.
- Mohan, Raja C.** (2006a): India and the Balance of Power. In: Foreign Affairs, Nr. 4/2006, Jg. 85, S. 17-32.
- Mohan, Raja C.** (2006b): India's New Foreign Policy Strategy. Draft paper, <http://www.carnegieendowment.org/files/Mohan.pdf>, heruntergeladen am 10.07.2008.
- Morgenthau, Hans J.** (2006 [1948]): Politics Among Nations: the struggle for power and peace. 7. Aufl., Boston (Mass.) u. a.
- Mühlmann, Sophie** (2006): Drache und Tiger auf Tuchfühlung. In: Das Parlament, Nr. 32-33/2006, Jg. 56, S. 5.
- Müller, Harald** (2006): Weltmacht Indien. Wie uns der rasante Aufstieg herausfordert. Frankfurt a. M.
- Müller, Harald/ Rauch, Carsten** (2007): Wahl zwischen Pest und Cholera. <http://www.suedasien.info/analysen/2215>, heruntergeladen am 06.08.2008.
- Müller, Harald/Rauch, Carsten** (2008): Indiens Weg zur Wirtschaftsmacht. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 22/2008, S. 7-13.
- Müller, Oliver** (2006): Wucht der Milliarden. In: Internationale Politik, Nr. 10/2006, Jg. 61, S. 39-45.
- Mürle, Holger** (2006): Regeln für die globalisierte Wirtschaft – Eine empirische Analyse aus der Perspektive der Global Governance-Perspektive. Studies 17, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Dissertation, Bonn.
- Neuneck, Götz** (2006): Proliferation und Kontrolle von Massenvernichtungswaffen. In: Debiel, Tobias/ Messner, Dirk/ Nuscheler, Franz (Hg.): Globale Trends 2007. Frieden, Entwicklung, Umwelt. Frankfurt a. M.
- Neuss, Beate** (2005): Kenneth Neal Waltz. In: Riescher, Gisela (Hg.): Politische Theorie der Gegenwart in Einzeldarstellungen. Von Adorno bis Young. Stuttgart, S. 480-483.

- Nolte, Detlef** (2006): Macht und Machthierarchien in den IB. GIGA Working Papers 29, http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/wp29_nolte.pdf, heruntergeladen am 22.04.2008.
- Nuscheler, Franz** (1998): Eine neue Weltpolitik. Multilateralismus statt Pax Americana. In: Internationale Politik, Nr. 11/1998, Jg. 53, S. 10-16.
- Nye, Joseph** (1988): Neorealism and neoliberalism. In: Nye, Joseph (Hg.) (2005): Power in the global information age. From realism to globalization. 2. Aufl., London u. a., S. 21-34.
- Nye, Joseph** (2003): Das Paradox der amerikanischen Macht. Warum die einzige Supermacht der Welt Verbündete braucht. Hamburg.
- Nye, Joseph** (2004): Soft power: the means to success in world politics. New York.
- Oberender, Peter O.** (2006): China und Indien auf dem Weg zur Weltmacht. Bayreuth.
- Petersen, Britta** (2006): Reise durch den Selbstmordgürtel. In: Das Parlament, Nr. 32-33/2006, Jg. 56, S. 14.
- Pilny, Karl** (2006): Tanz der Riesen. Indien und China prägen die Welt. Frankfurt a. M.
- Rajamani, Lavanya** (2008): Indiens internationale Klimapolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 22/2008, S. 19-25.
- Reinicke, Wolfgang H.** (1998): Global Public Policy, Governing without Government? Washington.
- Rice, Condoleezza** (2000): Campaign 2000: Promoting the National Interest. In: Foreign Affairs, Nr. 1/2000, Jg. 79, <http://www.foreignaffairs.org/20000101faessay5/condoleezza-ric/campaign-2000-promoting-the-national-interest.html>, heruntergeladen am 07.06.2008.
- Richardson, James L.** (2001): Contending Liberalisms in World Politics. Ideology and power. Boulder (Colo.) u. a.
- Rieger, Günter/ Schultze, Rainer-Olaf** (1994): Machttheoretische Ansätze. In: Nohlen, Dieter (Hg.): Lexikon der Politik. Bd. 2, München, S. 243-254.
- Rittberger, Volker** (1999): Deutschlands Außenpolitik nach der Vereinigung. Zur Anwendbarkeit theoretischer Modelle der Außenpolitik: Machtstaat, Handelsstaat oder Zivilmacht? In: Bergem, Wolfgang u. a. (Hg.): Friedenspolitik in und für Europa. Opladen, S. 83-108.
- Rosecrance, Richard** (1986): The Rise of the Trading State: commerce and conquest in the modern world. New York.
- Rothermund, Dietmar** (2008): Indien. Aufstieg einer asiatischen Weltmacht. München.

- Rüland, Jürgen** (2004): Hans Joachim Morgenthau. In: Riescher, Gisela (Hg.): Politische Theorie der Gegenwart in Einzeldarstellungen. Von Adorno bis Young. Stuttgart, S. 326-329.
- Schattenmann, Marc** (2002): Frieden und Sicherheit. In: Herz, Dietmar/ Jetzlsperger, Christian/ Schattenmann, Marc (Hg.): Die Vereinten Nationen. Entwicklung, Aktivitäten, Perspektiven. Frankfurt a. M., S. 48-95.
- Schieder, Siegfried** (2006): Neuer Liberalismus. In: Schieder, Siegfried/ Spindler, Manuela (Hg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. 2. Aufl., Opladen, S. 175-212.
- Schiller, Theo** (1995): Liberalismus. In: Nohlen, Dieter (Hg.): Lexikon der Politik. Bd. 1, München. S. 298-304.
- Schiller, Thomas** (2002): Weltwirtschaftsordnung. In: Herz, Dietmar/ Jetzlsperger, Christian/ Schattenmann, Marc (Hg.): Die Vereinten Nationen. Entwicklung, Aktivitäten, Perspektiven. Frankfurt a. M., S. 96-124.
- Schörnig, Niklas** (2006): Neorealismus. In: Schieder, Siegfried/ Spindler, Manuela (Hg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. 2. Aufl., Opladen, S. 65-92.
- Schulz, Bert** (2006): Editorial. In: Das Parlament, Nr. 32-33/2006, Jg. 56, S. 1.
- Siedschlag, Alexander** (1997): Neorealismus, Neoliberalismus und postinternationale Politik. Beispiel internationale Sicherheit – theoretische Bestandsaufnahme und Evaluation. Opladen.
- Siedschlag, Alexander** (2005): Realisierung von Global Governance. In: Behrens, Maria (Hg.): Globalisierung als politische Herausforderung. Global Governance zwischen Utopie und Realität. Wiesbaden, S 99-114.
- Spiegel-online** (09.11.2006): Bangalore - ab sofort die "Stadt der gekochten Bohnen". <http://www.siegel.de/wirtschaft/0,1518,447289,00.html>, heruntergeladen 12.12.2006.
- Spieß, Clemens** (2006): Foreign Policy, 'The World Belongs to us, but what about the region?' In: Voll, Klaus/ Skoda, Uwe (Hg.): Rising India – Europe's Partner? Berlin, S. 120-130.
- Spindler, Manuela** (2006): Interdependenz. In: Schieder, Siegfried/ Spindler, Manuela (Hg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. 2. Aufl., Opladen, S. 93-120.
- Spindler, Manuela/ Schieder, Siegfried** (2006): Theorie(n) in der Lehre von den internationalen Beziehungen. In: Schieder, Siegfried/ Spindler, Manuela (Hg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. 2. Aufl., Opladen, S. 9-38.
- Strange, Susan** (1996): The Retreat of the State. The Diffusion of Power in the World Economy. Cambridge.
- Süddeutsche Zeitung** (03.03.2006): Bush umwirbt Indien mit Atom-Vertrag. S. 1.

- Süddeutsche Zeitung** (06.09.2007): Manöver vor Indiens Küste. Washington schmiedet ein neues Militärbündnis in Asien. S. 5.
- Süddeutsche Zeitung** (07.07.2008): Indiens Regierung zerbricht fast am Atomgeschäft mit den USA. S. 8.
- Süddeutsche Zeitung** (17/ 12/ 2007): Indiens kleiner Triumph. 2007, S. 2.
- Süddeutsche Zeitung** (19.06.2008): Der Westen nach Bush. S. 4.
- Süddeutsche Zeitung** (30.05.2008): Waffen mit politischem Preis. S. 4.
- Süddeutsche Zeitung** (30.07.2008): Rückschlag für den Welthandel. S. 1.
- Take, Ingo** (2006): Weltgesellschaft und Globalisierung. In: Schieder, Siegfried/ Spindler, Manuela (Hg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. 2. Aufl., Opladen, S. 269-294.
- Tellis, Ashley J.** (2005): India as a New Global Power. An action agenda for the United States. <http://www.carnegieendowment.org/files/Tellis.India.Global.Power.FINAL.pdf>, heruntergeladen am 01.02.2008.
- Tharoor, Shashi** (2005): Eine kleine Geschichte Indiens, Frankfurt a. M.
- The Hindu** (25.09.2006): IMF quota shuffle: India's missed opportunities. <http://www.hindu.com/biz/2006/09/25/stories/2006092501091500.htm>, heruntergeladen am 12.07.2008.
- Vereinte Nationen** (Hg.) (1960): Declaration on the Granting of Independence to Colonial Countries and Peoples, UN-Resolution 1514, XV. http://www.unhchr.ch/html/menu3/b/c_coloni.htm, heruntergeladen am 27.08.2008.
- Vereinte Nationen** (Hg.) (1945): Charta der Vereinten Nationen, <http://www.uni.de/charta/charta.htm>, heruntergeladen am 03.05.2002.
- Voll, Klaus** (2005): Globale asiatische Großmacht? Indische Außen- und Sicherheitspolitik zwischen 2000 und 2005. Berlin.
- Wagner, Christian** (1998): Von der Regionalmacht zum weltpolitischen Akteur? Die indische Außenpolitik im Spannungsfeld nationaler und internationaler Veränderungen. Sankt Augustin.
- Wagner, Christian** (2001a): Globalisierung und außenpolitischer Wandel in der Indischen Union. SWP-Studie 2001/ S 36, http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=244, heruntergeladen am 03.01.2008.
- Wagner, Christian** (2001b): Indien. In: Bellers, Jürgen/ Benner, Thorsten/ Gerke, Ines M. (Hg.): Handbuch der Außenpolitik: von Afghanistan bis Zypern. Oldenburg, S. 886-898.
- Wagner, Christian** (2005a): Die „verhinderte“ Weltmacht. Die Außenpolitik der Indischen Union, 1947-1998. Baden-Baden.

- Wagner, Christian** (2005b): From Hard Power to Soft Power? Ideas, Interaction, Institutions, and Images in India's South Asian Policy. Heidelberg Papers in South Asian and Comparative Politics. <http://archiv.ub.uni-heidelberg.de/volltextserver/volltexte/2005/5436/pdf/hpsacp26.pdf>, heruntergeladen am 13.01.2008.
- Wagner, Christian** (2005c): Indien in der deutschen Außenpolitik. Stand und Ausblicke. SWP-Studie 2005/S17, http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=2341, heruntergeladen am 12.04.2008.
- Wagner, Christian** (2006a): Indien als strategischer Partner der USA. SWP-Aktuell 13, http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=2876, heruntergeladen am 05.12.2007.
- Wagner, Christian** (2006b): Indiens neue internationale Rolle. GIGA Focus 4, http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_asien_0604.pdf, heruntergeladen am 25.04.2008.
- Wagner, Christian** (2007a): Auf leisen Sohlen. Indiens Engagement in Afrika. In: Entwicklungspolitik Information Nord-Süd, Nr. 06-07/2007, S. 46-47.
- Wagner, Christian** (2007b): Demokratie mit sozialer Achillesferse: Indien nach 60 Jahren Unabhängigkeit, GIGA Focus 9, http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_asien_0709.pdf, heruntergeladen am 18.02.2008.
- Waltz, Kenneth** (2000): Structural Realism after the Cold War. In: International Security, Nr. 1/ 2000, Jg. 25, S. 5-41.
- Waltz, Kenneth** (2006 [1979]): Theory of International Politics, Boston (Mass.) u. a.
- Weber, Max** (1980 [1921]): Wirtschaft und Gesellschaft. 5. Aufl., Tübingen.
- Wilhelm, Andreas** (2006): Außenpolitik. Grundlagen, Strukturen und Prozesse. München u. a.
- World Bank** (Hg.) (2008): Gross domestic product 2007, PPP. World Development Indicators database, http://siteresources.worldbank.org/DATASTATISTICS/Resources/GDP_PPP.pdf, heruntergeladen am 28.08.2008.
- WZB Forschung** (2008): Pfadabhängigkeit und Wandel internationaler Institutionen. http://www.wzb.eu/zkd/tki/projects/project_viola_rixen.de.htm, heruntergeladen am 18.07.2008.
- Zangl, Bernhard** (2006): Regimetheorie. In: Schieder, Siegfried/ Spindler, Manuela (Hg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. 2. Aufl., Opladen, S. 121-144.
- Zhang, Dong** (2006): India Looks East: Strategies and Impacts. AusAID Working Paper, http://www.ausaid.gov.au/publications/pdf/india_east.pdf, heruntergeladen am 01.05.2008.

- Zingel, Wolfgang-Peter** (2007): Wirtschaftssystem und wirtschaftliche Entwicklung in Indien. http://www.bpb.de/themen/9HJ43A,0,Wirtschaftssystem_und_wirtschaftliche_Entwicklung_in_Indien.html, heruntergeladen am 07.08.2008.
- Zürn, Michael** (1994): Neorealistische und Realistische Schule. In: Nohlen, Dieter (Hg.): Lexikon der Politik. Bd. 6, München 1994, S. 309-321.
- Zürn, Michael** (1998): Regieren jenseits des Nationalstaats. Globalisierung und Denationalisierung als Chance. Frankfurt, 1998.